

Grünes Gedächtnis 2016



GRÜNES GEDÄCHTNIS 2016

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Grünes Gedächtnis 2016

Bildnachweise

- S. 11 Argus Fotoagentur – Reinhard Janke
S. 22/23 imago – Wolf P. Prange
S. 26 Petra-Kelly-Archiv – Faksimile
S. 34 privat
S. 41 privat
S. 56 Maik Jespersen
S. 74 Flugblatt, aus: Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand: A – Martin Schmidt, Sig. 189
S. 79 Plakat der hessischen Grünen zu den Landtagswahlen 1982 und 1983; Archiv Grünes Gedächtnis, Plakatsammlung
S. 82 Plakat, ca. 1978; Archiv Grünes Gedächtnis, Plakatsammlung



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de> Eine elektronische Fassung kann her-

untergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Grünes Gedächtnis 2016

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, Berlin 2017

Coverfoto: © Joker Fotoagentur – Lutz Schmidt

Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen 1987 in Oldenburg: unbekannt, Annette Schwarz, Regina Michalik, Adrienne Goehler (v.l.n.r.)

Gestaltung: feinkost Designnetzwerk, Constantin Mawrodiw

Druck: ARNOLD group, Großbeeren

ISBN 978-3-86928-158-2

Bestelladressen:

Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, Eldenaer Straße 35, 10247 Berlin

T +49 30 28534260 **E** archiv@boell.de **W** www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Vorwort	7
1 BEITRÄGE ZUR ZEITGESCHICHTE	
Interview mit Lukas Beckmann «In Friedens- und Menschenrechtsfragen geht es um Loyalität von Bürgern unterschiedlicher Systeme und verschiedener Staaten»	10
Interview mit Mechtild M. Jansen «Das war mir immer wichtig, die unterschiedlichen Realitäten in meiner Bildungsarbeit zusammenzukriegen»	33
Elsbeth Zylla Jürgen Fuchs und die Kölner Heinrich-Böll-Stiftung	50
2 DAS HISTORISCHE DOKUMENT	
Das föderative Stiftungsmodell Kommentar: Anne Vechtel	64
3 ARCHIVBESTÄNDE	
Sophie Lange Der Nachlass Martin Schmidt	72
Anastasia Surkov Die Akten des hessischen Landesverbandes der Grünen	76
Christoph Becker-Schaum Der Archivbestand der Berliner AUD (1964–1989)	83
4 ARCHIVPROJEKTE	
Christoph Becker-Schaum Zum Abschluss der Edition der Fraktionssitzungen «Die Grünen im Bundestag 1983–1990»	88
Christoph Becker-Schaum Jürgen Fuchs: «Sagen, was ist». Diktatur als grenzüberschreitende Erinnerungslandschaft	91
Positionspapier des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare Zur Zukunft der Archive von Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen	95

5 REZENSIONEN

Christoph Becker-Schaum

Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom 110

Anastasia Surkov

Erst stirbt der Wald, dann du! Das Waldsterben als westdeutsches Politikum
(1978–1986) 113

Anne Vechtel

Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte 116

Die Autorinnen und Autoren 119

VORWORT

Als sich 1979 Die Grünen gründeten, um als politische Vereinigung an der Europawahl teilzunehmen, wurde für die Wahlkampagne die erste grüne Geschäftsstelle eingerichtet. Wir haben in den letzten Jahren, soweit uns das möglich war, mit denjenigen gesprochen, die damals die Wahlkampagne getragen haben: mit Roland Vogt, Eva Quistorp, Wilhelm Knabe und Milan Horáček. Lukas Beckmann ist der fünfte Mitarbeiter, den wir erreichen konnten. Mit ihm schließen wir diese Interviewreihe ab.

Ein zweiter Schwerpunkt unserer Gespräche mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen beleuchtet die Beziehung von Feministinnen zu den Grünen und umgekehrt. Uns interessiert dabei die berufliche und politische Praxis der Frauen, die diese Begegnung entscheidend geprägt haben. Für dieses Jahrbuch haben wir Mechtild M. Jansen interviewt. Frühere Gespräche mit Eva Quistorp und Sibylle Plogstedt sind bereits veröffentlicht. Mechtild M. Jansen hat sich jahrzehntelang als Feministin und Bildungsreferentin an der Schnittstelle zwischen feministischen Netzwerken und grüner Politik bewegt, sei es während ihrer Arbeit bei der hessischen Landeszentrale für politische Bildung, bei der Frauenanstiftung bzw. der Heinrich-Böll-Stiftung oder den Grünen.

Die grüne Stiftung spielt für die Öffnung der grünen Partei zur Zivilgesellschaft immer wieder eine große Rolle. Lukas Beckmanns eminente Bedeutung in diesem Zusammenhang muss nicht extra betont werden. 2017 liegen die wichtigsten Debatten um die Stiftungsgründung 30 Jahre zurück. Wir haben aus diesem Anlass die Rede von Christine Dörner auf dem Oldenburger Parteitag 1987 als historisches Dokument ausgewählt und kommentiert. In dieser Rede hat sie für das Modell einer Länderstiftung geworben. Die föderale Zusammenarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung mit den Länderstiftungen hat hier ihren Ursprung.

Zwei Beiträge beschäftigen sich mit Jürgen Fuchs. Er gehörte der Kölner Heinrich-Böll-Stiftung an, für die er fünf Jahre als ehrenamtlicher Vorstand Verantwortung übernommen hatte. Elsbeth Zylla hat über die Beziehung zwischen Jürgen Fuchs und der Heinrich-Böll-Stiftung bei der ersten internationalen Jürgen-Fuchs-Konferenz im November 2016 in Wrocław referiert. Wir veröffentlichen ihren Vortrag sowie einen Tagungsbericht zur Konferenz, der sich insbesondere dem Schriftsteller und Dissidenten Jürgen Fuchs widmet.

Abgerundet wird das Heft durch Beiträge aus der Archivpraxis des letzten Jahres. Sie beziehen sich auf Archivprojekte, Archivbestände und Veröffentlichungen zur Geschichte der Ökologie. Der erste dieser Texte ist das Positionspapier des Arbeitskreises «Überlieferungen der neuen sozialen Bewegungen» im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA). Neuerschlossene Archivbestände sind die Archivalien des Landesverbandes Hessen, der AUD-Berlin und der Nachlass von

Martin Schmidt. Das sind drei sehr verschiedene Quellensammlungen zur Geschichte der Grünen, deren Reichtum in der großen Diversität der Überlieferung liegt.

Für das Zustandekommen des Jahrbuchs möchten wir uns bei allen unseren Autorinnen und Autoren bedanken. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir Interesse und Vergnügen bei der Lektüre.

Berlin, im Februar 2017

Anne Vechtel und Christoph Becker-Schaum
Archiv Grünes Gedächtnis

1 Beiträge zur Zeitgeschichte

«In Friedens- und Menschenrechtsfragen geht es um Loyalität von Bürgern unterschiedlicher Systeme und verschiedener Staaten»

Lukas, wo kommst du her?

Lukas Beckmann: Tja, wer weiß das schon? Wir werden in diese Welt hineingeboren! Aufgewachsen bin ich im Dreiländereck Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Holland, wenige hundert Meter von der Grenze. In einem kleinen Ort: Wilsum, mit weniger als tausend Einwohnern. Fast nur Landwirtschaft, ein paar Handwerker. Wir hatten einen Hof, dort lebte ich mit meinen Eltern, meinen Großeltern, einer jüngeren und einer älteren Schwester bis ich mit 20 wegging.

Wann warst du aus der Schule?

Lukas Beckmann: Die Realschule habe ich im November 1966 abgeschlossen, danach eine landwirtschaftliche Lehre gemacht. Zwei Lehrjahre zu Hause, ein Jahr auf einem Ausbildungsbetrieb. Nach dem Abschluss der Berufsschule habe ich noch einen Winter lang die sogenannte Winterschule besucht – eine landwirtschaftliche Fachschule – zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung. Ich wohnte auf dem Lehrbetrieb, aber wenn Ernte war, Kartoffelernte, Getreideernte, Heuernte usw., brauchten meine Eltern Unterstützung. Dann bin ich oft mehrmals in der Woche, wenn ich auf dem Lehrbetrieb fertig war, nach Hause gefahren, habe dort abends mitgeholfen, bin spätabends wieder mit dem Moped zurück, damit ich am nächsten Morgen um halb sechs wieder zum Melken auf dem Lehrbetrieb war.

Hast du einen richtigen Meisterabschluss?

Lukas Beckmann: Nein. Ich hätte dann noch das zweite Jahr Winterschule machen müssen. Aber das war kein Thema mehr, weil ich mich während des externen

¹ Das Interview hat Christoph Becker-Schaum am 9. Oktober 2016 mit Lukas Beckmann geführt. Petra Kirberger hat den Text redaktionell bearbeitet.



**Lukas Beckmann auf der Bundes-
delegiertenkonferenz in Duisburg 1987**

Lehrjahres entschieden habe, einen anderen Weg zu gehen. Ich wollte studieren, aber ich hatte kein Abitur. Also musste ich erst mal Abitur machen und hab mich dann am Westfalen-Kolleg in Bielefeld beworben.

Meine Entscheidung, den Hof nicht weiterzuführen, bedeutete das Ende des Hofes, denn meine Eltern konnten ihn alleine nicht weiterführen. Mein Vater hat sich dann für den Zivildienst bei der Bundeswehr entschieden. Die hatte im Nachbarort ein Ersatzteillager. Für diese Tätigkeit musste er eine Aufnahmeprüfung machen. Wir haben mit ihm Schreibmaschine, Mathe und Deutsch geübt. Er bestand die Prüfung und war nun nicht mehr Bauer, sondern Angestellter. Kurz bevor ich wegging, haben wir dann die Maschinen und das Vieh verkauft. Eine Auktion mit einigen hundert Leuten. Das Land wurde verpachtet. Ein paar Schweine und ein paar Schafe haben wir behalten. Für die blieb meine Mutter zuständig, neben der Führung des Haushalts.

Ein ziemlicher Schnitt.

Lukas Beckmann: Ja! Das war ein Einschnitt. Das war für mich eine andere Welt. In Bielefeld war ich zum ersten Mal im Kino, zum ersten Mal in der Diskothek usw. Ende 1972 machte ich das Abitur. Im Sommersemester 1973 begann ich das Soziologiestudium an der Universität Bielefeld. In der Zwischenzeit arbeitete ich als Hilfspfleger im Krankenhaus. In der Kollegzeit hat mich vor allen Dingen Biologie interessiert, und an der Biologie insbesondere die Verhaltensforschung. Das hat mich damals sehr fasziniert: Wenn wir nur von biochemischen Prozessen durchflutet werden, was ist dann eigentlich der Teil, wo wir frei bzw. wo wir gesellschaftlich formbar, beeinflussbar sind? Was ist der Kern vom Ich? Diese Frage hat mich ständig verfolgt. Und deshalb wollte ich mehr wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge und hab gedacht: Eigentlich ist Soziologie dafür das Richtige.

Das passt ja auch zusammen.

Lukas Beckmann: Als die Frage nach dem Soziologie-Schwerpunkt anstand, habe ich mich für Entwicklungssoziologie entschieden. Ich hatte vor, diesen Schwerpunkt mit meiner landwirtschaftlichen Ausbildung zu verbinden. Während des Studiums habe ich für die IMEX, eine Zuchtvieh-Import-Export-Gesellschaft gearbeitet, die Zuchtrinder und Zuchtbullen nach Brasilien und Argentinien exportierte. Drei Jahre hintereinander habe ich diese Transporte begleitet – 1974, 75 und 76. Die Tiere kamen nach wochenlanger Schiffsreise erst mal in Quarantäne und wurden dann zu den Käufern und ihren Haciendas gefahren. Ich bin dann in den Folgewochen mit einem Tierarzt tausende von Kilometern in Brasilien herumgefahren, zur Nachuntersuchung der Tiere, und habe dabei viel gesehen und viel gelernt. Ich habe die Zeit auch genutzt, um Entwicklungsprojekte anzuschauen und konnte u.a. an einem Regionaltreffen von DEED-Entwicklungshelfern teilnehmen. Bei der zweiten Reise kamen mir die ersten Bedenken. Bei dem Entwicklungshelfertreffen begegnete mir viel Selbstbezogenheit und Selbstmitleid. Sie hatten es schwer in der fremden Welt und niemand wusste ihre schwere Arbeit angemessen zu schätzen.

1977 nahm ich mit der Uni Bielefeld an einem von der Volkswagenstiftung finanzierten Forschungsprojekt im Nordosten Brasiliens teil. Es ging um die Erforschung der sozialen und ökonomischen Folgen eines von der Weltbank finanzierten Staudammprojekts in Juazeiro. Ein Projekt, das später noch internationale Bekanntheit erreichte. 80.000 Menschen wurden umgesiedelt. Bisher hatten sie von der Subsistenzwirtschaft gelebt, 98 Prozent hatten keine Schule besuchen können und konnten weder lesen noch schreiben. Die Energie blieb nicht in der Region, sondern wurde nach Bahia mit Überlandleitungen transportiert, um dort für die chemische Industrie zur Verfügung zu stehen. Und die Bewohner, die vorher vom Fischen gelebt hatten und auf den kleinen Inseln des Flusses Maniok, Bohnen und Mais angebaut und nach der Regenperiode Schwemmlandwirtschaft betrieben hatten, mussten sich eine neue Lebensgrundlage suchen. Unsere Fragestellung war: Wo bleiben diese Menschen? Wovon leben sie später? Wer gibt ihnen neues Eigentum? Als wir ankamen, war ein Teil der Dörfer bereits evakuiert worden. Die ersten neuen Dörfer am Rande des zukünftigen Sees wurden gebaut. Mein Studienfreund Martin und ich haben zwei Monate mit Luftmatratze und Schlafsack in einer Schule, die noch kein Dach, keine Türen und Fenster hatte, verbracht, Interviews geführt und Akten in der öffentlichen Verwaltung studiert. Eines Abends saß da unter einem Baum ein alter Mann, der Dorfälteste. Wir gingen zu ihm, immer mehr kamen hinzu und ich fragte ihn: Was ist eigentlich euer Problem? Vorher ward ihr von der Witterung abhängig und hattet alte und kaputte Häuser. Es gab Jahre, da ist die Ernte ausgefallen. Jetzt habt ihr neue Häuser, erstmals eine Schule und ihr bekommt neues Land zugewiesen. Und seine Antwort war: «Vorher haben wir für uns gearbeitet, jetzt arbeiten wir für die.» Und damit war eigentlich alles gesagt. Sie mussten das Land neu kaufen oder pachten. Oder sie mussten in die Städte verschwinden. Ich fand das sehr bemerkenswert, diese Reduktion von scheinbarer Komplexität. Wir hatten uns auf dieses Forschungsprojekt intensiv vorbereitet; im Sprachlabor Portugiesisch gelernt, entwicklungspolitische Theorien studiert. Und machten jetzt vor Ort die Erfahrung, dass die Menschen, die weder lesen noch schreiben konnten und keine Bildung hatten, ein sehr klares Verständnis von ihrer Situation hatten, davon was passierte und woraus sie sich nicht wieder würden befreien können. Sie brauchten also unsere Forschungsergebnisse gar nicht und die Weltbank sowieso nicht. Das war für mich ein Schlüsselerlebnis, dass ich gedacht habe: So interessant das biografisch wäre, und auch legitim, aber unter der Überschrift, «anderen Menschen helfen zu wollen», taugt das für mich nicht.

Welche Schlüsse hast du daraus gezogen? Du dürftest dann irgendwann dein Examen gemacht haben.

Lukas Beckmann: Ich habe das Studium 1978 abgeschlossen. Während des Studiums war ich in vielen Gruppen engagiert, die mit Entwicklungspolitik und Menschenrechtsarbeit zu tun hatten. Ich habe jahrelang bei Amnesty sehr viel gemacht, habe in Bielefeld und Ostwestfalen zahlreiche Amnesty-Gruppen mit aufgebaut. Habe über meine Brasilienreisen Diavorträge gehalten, Leute gesucht, die dann eine neue Gruppe aufmachten. Als Gruppe betreuten wir damals drei Gefangene: Ost, West,

Süd. Wir hatten einen Gefangenen aus Russland, einen aus Chile und einen aus Südafrika. Dann habe ich beim Aktionskomitee Afrika viel gemacht, in der Bonner Zeit war ich bei der ILA, Informationsstelle Lateinamerika. Das war in der Zeit der Vorbereitung der Kampagne «Fußball ja, Folter nein» vor der Fußballweltmeisterschaft 1976 in Argentinien. Dort lernte ich Siegfried Pater kennen, den Chef der ILA.

Wir hatten schon damals eine starke Aktionsorientierung. Später war ich mit ihm im BUKO, dem Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. Mit einer Amnesty-Gruppe habe ich die Besetzung eines Bielefelder Kaufhauses organisiert, eine Protestaktion gegen den Verkauf von Teppichen, die von Kindern geknüpft worden waren.

Eine aktionsorientierte, öffentliche Intervention, um mit wenig Aufwand Botschaften möglichst öffentlichkeitswirksam auf den Punkt zu bringen. Ich hatte diese Aktion lange ganz vergessen, bis ich irgendwann gefragt wurde, wie das eigentlich gekommen ist mit diesen politischen Aktionsformen. Da fiel mir wieder ein, dass wir das ja in der Bielefelder Zeit auch schon gemacht haben.

Ich könnte mir vorstellen, dass du noch weitere Eisen im Feuer hattest, als du 1978 Examen gemacht hast.

Lukas Beckmann: Ich hatte bereits Vorverträge für den Entwicklungsdienst abgeschlossen, doch das hatte sich für mich erledigt. Stattdessen habe ich mich beworben als Generalsekretär von Terre des Hommes in Osnabrück und landete auf Platz 2.

Ein ungünstiger Platz.

Lukas Beckmann: Es war genau der richtige Platz, weil er mir zeigte, dass man mit dem Studium doch was anfangen kann, und mir gleichzeitig auch die Gelegenheit gab, noch mal darüber nachzudenken, was ich wirklich machen wollte. Ich hatte eine Vereinbarung mit einer Hamburger Computerfirma, CCS, die hatte eine Lizenz für den heutigen Scanner, damals noch Lesegerät. Die boten mir an, bei ihnen eine Stiftung aufzubauen mit dem Ziel, Gewinne vor Steuern in eine Stiftung zu überführen, die dann für kulturelle Aufgaben zur Verfügung stehen sollten. Wir hatten vereinbart, dass ich dort im Frühjahr 1979 anfangen.

Gleichzeitig war ich damit nicht ganz zufrieden. Es war so, dass mich schon als Jugendlicher immer wieder der Gedanke begleitet hat: Ich will nach Bonn, in die Politik. Gleich nach dem Diplom bin ich auch zunächst nach Bonn gegangen zur Welthungerhilfe für ein Praktikum. Ich dachte: Vielleicht gibt es ja auch eine Möglichkeit, Entwicklungsarbeit hier zu machen und Strukturen zu verändern. In der Personalabteilung sagten sie: «Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder Presse-/Öffentlichkeitsarbeit oder Sie gehen in die Poststelle.» Ich sagte: «Dann gehe ich in die Poststelle.» «Das war jetzt aber nicht so gemeint.» «Doch», sagte ich, «ich möchte gerne in die Poststelle. Da kommen die Informationen rein und gehen raus von den verschiedensten Abteilungen, und ich möchte diese Struktur verstehen.»

Der wichtige Grund für mich war: Die Welthungerhilfe hatte einen Comic herausgegeben zum Thema «Welthunger». Dieser Comic war in einer hohen Auflage gedruckt worden, durfte aber auf politischen Beschluss hin nicht verschickt werden.

Der war also gut.

Lukas Beckmann: Der war richtig gut, ein Super-Comic! Dann bin ich in die Poststelle. Und als ich dann ein paar Tage da war, fragte ich: «Sagt mal, wo gibt es eigentlich diese Broschüre, diesen Comic?» Ich hatte über meine Mitgliedschaft im BUKO viele Adressen von entwicklungspolitischen Gruppen. Die habe ich dann erst mal versorgt. Wenn die anderen am späteren Nachmittag weg waren, habe ich Broschüren gepackt, Broschüren gepackt, Broschüren gepackt. Kam morgens etwas später und dafür arbeitete ich abends etwas länger. Und so habe ich einige zehntausend verschicken können.

Wie bist du dann nach Düsseldorf gekommen?

Lukas Beckmann: Ich fuhr Ende 1978 nach Kassel zu einer zweitägigen Veranstaltung mit Beuys und Dutschke. Es ging um die Frage: Brauchen wir eine neue Partei links von der SPD? Es war saukalt, Schleswig-Holstein wurde mit der Bundeswehr aus der Luft versorgt; alles war zugeschnitten. Die Veranstaltung war abgesagt worden wegen der Verkehrsverhältnisse. Nur ein Freund und Beuys und ich hatten von der Absage nichts erfahren. Ich sitze am zweiten Tag in Kassel in einem Café und irgendwann kommt Beuys rein, der gerade von einer Gastvorlesung aus Wien kam. Wir kamen direkt ins Gespräch, und als ich ihm meine Interessen erläutert hatte, sagt er: «Komm doch nach Düsseldorf! Ich habe jetzt diesen Raum, in der Akademie.» Im Sommer 78 hatte er durch Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts gegen das Land Nordrhein-Westfalen durchgesetzt, nicht mit einer Million abgefunden zu werden. Er wollte stattdessen diesen Arbeitsplatz bis zu seinem Lebensende in der Düsseldorfer Kunstakademie. Er wollte da arbeiten dürfen.

Und dann stellte sich heraus, dass Beuys Kuratoriumsmitglied war für die Stiftung dieser Computerfirma CCS in Hamburg. Diese Firma hatte neben dem Wunsch, eine klassische Stiftung zu gründen, auch die Überlegung, ob sie nicht das Unternehmen in eine Stiftung überführt, um in einer neuen Eigentumsform zu arbeiten. Dann sagt Beuys: «Die haben allen Kuratoriumsmitgliedern geschrieben, dass sie jemanden gefunden haben, der für diese Stiftung arbeiten will. Das bist du also?!» Und seine Reaktion: «Komm trotzdem nach Düsseldorf.» Was ich dann auch gemacht habe.

In Düsseldorf standen wir dann zur verabredeten Zeit mit einem Polizisten vor dieser Tür, Raum 3 in der Kunstakademie. Die war seit 1972, seit mehr als sechs Jahren, verplombt gewesen. So eine Staubschicht! Überall Utensilien, Metall, Holz, Fett. Wir haben in den kommenden Wochen erst mal alles saubergemacht und den Raum als Büro vorbereitet. Das war dann das FIU-Büro der Freien Internationalen Universität. Wir nannten es Büro für Interentwicklung.

Ich hatte vor, in Zusammenarbeit mit CCS eine Datenbank aufzubauen über weltweite Alternativen, also Entwicklungsland und Industrieland, Nord und Süd. Was kann man anders machen in den Bereichen Landwirtschaft, Medizin, Eigentumsrechte, Einkommensgestaltung? Was gibt es alles? Wer kann wo eine Ausbildung machen, um anderes zu lernen? Mein Geschäftsmodell war: Die erste Information gibt es immer umsonst, dann zahlt jeder 5 Mark. Ich wollte nicht differenzieren, es sollte nicht viel Verwaltungsaufwand sein, sondern das Grundkonzept war: Es gibt eine Datenbank, wo man gesellschaftliche, politische und auch wirtschaftliche Alternativen abrufen kann. Die mich leitende Frage war: Welche Alternativen gibt es eigentlich zum Kapitalismus, ohne im Sozialismus zu landen? In meiner Diplomarbeit hatte ich mich u.a. mit den Ansätzen vom Prager Frühling beschäftigt und gab meine Diplomarbeit bewusst am 21. August 1978 ab – genau 10 Jahre nachdem sowjetische Panzer in Prag den Prager Frühling beendeten.

Dann währte das aber gar nicht lange mit der FIU und diesem Büro und mir. Nach wenigen Wochen kam Beuys mit einem Zeitungsartikel morgens ins Büro und sagte: «Da gibt's jetzt doch Bewegung zur Europawahl und Herbert Gruhl u.a. wollen antreten.» Beuys hatte Weihnachten 78 in der *Frankfurter Rundschau* einen ganzseitigen Artikel «Aufruf zur Alternative» veröffentlicht und darin seine Vorstellungen von einer neuen parlamentarischen Alternative erläutert.

Wann ist das erschienen?

Lukas Beckmann: In der Weihnachtsausgabe 1978. Da ging es im Kern um die Frage: Wie bringt man Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen so zusammen, dass sie sich nicht die Köpfe einschlagen? Im Hintergrund stand die Erfahrung vieler Hochschulgruppen, die sich nach 68 sektiererisch bekämpft hatten. Uns war klar, dass man auf so einer Basis keine Partei gründen kann. Wir saßen also in der Kunstakademie und meine Reaktion war: «Da machen wir mit!» Und Beuys sagt: «Klar machen wir mit!» Dann haben wir mit Gruhl ein Gespräch geführt.

Gruhl hatte im Juli 1978 die Grüne Aktion Zukunft, GAZ, gegründet.

Lukas Beckmann: Zuvor hatte er 1978 das Buch «Ein Planet wird geplündert» geschrieben – Auflage über 400.000. Als ehemaliger CDU-Abgeordneter hatte er noch ein Büro im Langen Eugen, dem Abgeordnetenhaus am Bonner Rheinufer. Dort haben wir ihn besucht. Gruhl hatte aber ein Problem: Auf der einen Seite fand er es sehr attraktiv, mit Beuys als einer international bekannten Persönlichkeit diesen Schritt zur Europa-Wahl zu gehen. Gleichzeitig war ihm Beuys aber viel zu unberechenbar, zu grundsätzlich. Er kam aber nicht auf den Punkt. Bis ich ihn fragte, wer denn sonst noch alles mitmache. Dann zählte er die Gruppen auf: Grüne Liste Umweltschutz, Grüne Liste Rheinland-Pfalz, Grüne Liste Schleswig-Holstein und die AUD, also die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher. Ich fragte: «Und mit wie vielen Leuten machen Sie das?» Er sagte: «AUD, GAZ und GLU haben jeweils 150 Delegierte, die anderen kommen mit 10, 20 dazu.» Ich sagte: «Dann lassen Sie uns doch einfach mit

15 Leuten auch dazu kommen.» Gruhls Gesicht entspannte sich. Ich glaube, er hatte das Gefühl: Die Freie Internationale Universität, das ist eine gewaltige Bewegung. Und wir waren ja nicht so viele, vor allem nicht zentral organisiert. Für uns war die FIU überall dort, wo FIU-Leute waren. Das waren Kassel, Amsterdam, London, später Berlin. Und so kam es, dass wir mit 15 Leuten an der Gründungsversammlung teilgenommen haben. In den Wochen vor der Gründung am 17./18. März 1979 in Frankfurt-Sindlingen hat die FIU zusammen mit Wilfried Heidt aus Achberg von der Aktion Dritter Weg ein eigenes Programm geschrieben. Wir nannten es «Die grüne Alternative». Das habe ich am Vorabend der Gründung nach Frankfurt mitgenommen. Da traf ich auch zum ersten Mal Petra Kelly.

Zu Beginn der Gründungsversammlung am nächsten Morgen in Sindlingen gab's gleich Krach: Diese ganzen Gruppen hatten sich schon mehrmals getroffen und bemüht, gemeinsam ein Programm zu verabschieden. Und jetzt kommt die FIU und legt plötzlich ein eigenes vor! Empörung im Saal! Beuys geht nach vorne und sagt: «Liebe Freunde, was ist das Problem? Wir unterstützen euer Programm. Aber wir würden uns freuen, wenn in dieser Entwicklungsphase verschiedene Programme kursierten, mit denen wir gar nicht nach außen treten, sondern damit wir uns erst mal kennenlernen. Ich weiß doch gar nicht, wie ihr denkt. Und ihr wisst doch gar nicht, wie wir denken!» Dann kam er zurück auf diesen Begriff «Einheit in der Vielfalt», ein Kernpunkt in dem Artikel von 1978. Er sagt: «Die Einheit ist der Ort, wo wir gemeinsam in die Öffentlichkeit treten. Dafür treten wir zu Wahlen an. Aber es muss auch den Bereich der Freiheit geben. Das ist die Vielfalt, wo wir diskutieren über die Frage: Wo wollen wir eigentlich hin und mit welchen Mitteln wollen wir da hinkommen?» Der Saal beruhigte sich. Es war eine sehr interessante Situation.

Du hast dann beim Bundeswahlleiter die Kandidatur für 1979 eingereicht. Dafür braucht man das Protokoll über die Wahl der Kandidaten. Eines ist beim Bundeswahlleiter gelandet. Im Allgemeinen gibt es ein zweites Exemplar. Niederschriften über Wahlen gehören in Vereinen zu den geheiligten Dokumenten. Von der Gründungsversammlung der Vereinigung Die Grünen ist das Dokument nicht da. Wir haben es nie gefunden. Es muss drinstehen, wer angetreten ist, die Stimmenauszählungen und so weiter. Das alles ist im Augenblick nicht nachprüfbar. Besitzt du das zweite Exemplar?

Lukas Beckmann: Nee, leider nicht.

Beuys hat 1976 für den Bundestag kandidiert.

Lukas Beckmann: Er hat für die AUD kandidiert, in Düsseldorf. In seinem persönlichen Wahlauf Ruf an die Düsseldorfer waren alle wesentlichen Punkte enthalten, die die Grünen später in den Mittelpunkt gestellt haben: Ökologie, die Gleichberechtigung der Geschlechter, das Verhältnis von Nord und Süd.

Jetzt ist der 17./18. März 79. Und die junge Listengemeinschaft – so muss man sie nennen, für eine Partei fehlen eigentlich die Substrukturen –, sie kandidiert und braucht einen, der das Boot zusammenhält. Bist du direkt gefragt worden?

Lukas Beckmann: Die Frage an alle Beteiligten war: Wie organisieren wir das jetzt in der kurzen Zeit bis zum 10. Juni, also bis zur Europawahl? Nach dem Gründungsparteitag bin ich mit Joseph Beuys, Petra Kelly und Milan Horáček in dessen Frankfurter Wohnung gefahren. Der Vorstand hatte sich kurz konstituiert und gesagt: Wir brauchen unbedingt ein Büro. Da war schon klar: Wir können jetzt nicht lange nach Personal suchen. Jede der sechs Gründungsorganisationen sollte eine Person nach Bonn schicken, die den Wahlkampf mitorganisiert. Für die FIU war ich das dann.

Dann haben wir angefangen. Wir hatten zunächst ja noch kein Plakat, kein Flugblatt, kein gedrucktes Programm, keinen Fernseh- oder Rundfunkspot. Wir hatten ein Programm und eine Satzung, die aber noch nicht gedruckt waren. Wir hatten einen Kopierer und unten in dem Keller vom angemieteten grünen Bungalow in der Ebert-Allee, 120 bis 150 m neben der SPD und schräg gegenüber der CDU-Zentrale in Bonn, stand ein Matrizendrucker. Damit haben wir angefangen. Dann habe ich das erste Flugblatt geschrieben, eine DIN A4-Seite: «Die Grünen auf dem Weg zur Alternative». Das haben wir dann im Wahlkampf zigtausendmal verteilt als Kurzfassung vom Programm – gedruckt in Bielefeld. So ging das los.

Die Vorstände waren berufstätig und deshalb in der Woche nicht da. Die Sitzungen waren an den Wochenenden. Nur Herbert Gruhl kam auch unter der Woche ab und zu vorbei. In der Geschäftsstelle arbeiteten Frau Wieczorek von der AUD, von der GLU Werner Knecht, von der GAZ Herr Fänger und von der FIU ich. Petra Kelly und Roland Vogt waren die Spitzenkandidaten.

Da hast du eine Lebensentscheidung getroffen?

Lukas Beckmann: Damals noch nicht. Im März war die Gründung, am 10. Juni 1979 war die Wahl. Und nach dem überraschend guten Ergebnis mit 3,2% dann die Frage: Wie geht es jetzt weiter? Ich hatte mit Beuys vereinbart, nach dem Wahlkampf nach Düsseldorf zurückzukommen.

Der Bundesvorstand hat mit allen in der Geschäftsstelle Gespräche geführt. «Ich gehe zurück nach Düsseldorf», war meine Antwort. Nach Abschluss der Gespräche kamen sie erneut auf mich zu: Kannst du das nicht doch weitermachen? Dann habe ich zunächst mit Beuys gesprochen und blieb in Bonn. Da war ja noch nicht klar, ob das mit der Gründung der Partei im parteirechtlichen Sinne auch klappt. Aber in gewisser Weise war das Fundament gelegt. Wir bekamen 4,8 Millionen DM als Wahlkampfkostenrückerstattung. Wie sollten wir mit diesem Geld den begonnenen Parteibildungsprozess voranbringen?

Der Wahlkampf ist ja nicht aus der Rückfinanzierung bezahlt worden, sondern aus dem Vorschuss von Beuys.

Lukas Beckmann: Viele haben einen Beitrag geleistet, Beuys auch. Beuys hat etliche tausend in den Topf geworfen. Wir arbeiteten in dieser Phase alle auf Basis mündlicher Verträge ohne ein Einkommen von den Grünen. Und wer kein sonstiges Einkommen hatte, wurde aus privaten Mitteln unterstützt, nicht aus der Parteikasse. Ich hatte als Geschäftsführer in dieser Zeit keinen schriftlichen Vertrag, erst ab Juni 1979.

Es gibt einen Beschluss vom Bundesvorstand, Petra und Roland als politische Geschäftsführer einzustellen. Und dann muss es einen Vertrag mit Milan geben als Pressesprecher im Wahlkampf.

Lukas Beckmann: Petra und Roland waren als Spitzenkandidaten die politischen Geschäftsführer, weniger in der Bonner Geschäftsstelle, sondern vor allem unterwegs auf Wahlkampfreisen. Milan war öfter da, telefonierte schon damals viel und effizient, er machte den Pressespiegel, kam morgens mit einer Stofftasche voll Zeitungen, die er in der Regel schon gelesen hatte, weil er die Ausgabe nachts um zwei vom Frankfurter Bahnhof holte. Dann fing er an zu schnippeln und aufzukleben. Das wurde kopiert, und dann wussten wir, was für uns wichtig war.

Zu größeren Veranstaltungen in Frankfurt, Hannover, Düsseldorf etc. fuhren wir alle zusammen. Ein großer Peugeot, drei Sitzreihen, er gehörte Rolands Frau. Auf dem Beifahrersitz Milan, hinter uns Joseph Beuys und Rudi Dutschke, dahinter Petra und Roland. Wir fuhren nicht, wir segelten – alles war leicht, auch nach Tagen ohne Schlaf. Ein Höhepunkt: An einer Autobahnraststätte halten und mit Beuys eine Bockwurst essen. Ein ästhetischer Genuss!

Jetzt ist dieser August. Du warst einverstanden und hast gesagt: Bonn ist okay. Du machst das. Die Debatten laufen dann einmal über das Programm.

Lukas Beckmann: Ja, aber es gab ja die Grün-Bunt-Alternativen-Gespräche in der zweiten Hälfte 1979. Sie fanden statt in der Bonner Gaststätte Harmonie – zwei Treffen mit den führenden Köpfen der möglicherweise Beteiligten, der Alternativen Liste Berlin, der Bunten Liste Hamburg, der Grünen Liste Hessen und einigen straff geführten Parteien und Organisationen, die vor allem von der Sorge getrieben waren, dass da ein wichtiges politisches Ereignis endgültig ohne sie stattfinden könnte, wie Christian Semler von der KPD, Joscha Schmierer vom KBW und Jürgen Reents vom KB. Und natürlich mit allen Repräsentanten, die zur Europawahl das grüne Wahlbündnis gegründet und unterstützt hatten: August Haußleiter (AUD), Helmut Lippelt (GLU), Herbert Gruhl (GAZ), Rudi Dutschke. Auf dem ersten Treffen brachte Milan zum ersten Mal Herbert Gruhl und Rudi Dutschke zusammen, ein gemeinsames Mittagessen. Es war meine Aufgabe, die Gespräche in der Bonner Harmonie zu moderieren. Da ging's zur Sache und nicht nur um die Zukunft des Planeten: Mitgliedschaft und Doppelmitgliedschaft? Wie bildet sich die grüne Identität? Was ist mit den alten Organisationen, wenn deren Mitglieder in die Grünen eintreten? Müssen Mitglieder ihre alte Organisation verlassen, müssen die Organisationen ihre jetzigen Strukturen

auflösen? Da hat Dutschke eine sehr wichtige Rolle gespielt. Er war sehr klar: Wenn, dann muss das für alle gelten. Er knöpfte sich dann August Haußleiter vor und fragte: «August, löst du die AUD auf?» August druckste rum, wich aus, aber am Ende sagte er ja. Danach konnte auch Gruhl nicht mehr kneifen, für die GLU war eine Auflösung eher selbstverständlich und für die K-Gruppen wurde es eng für eine Doppelmitgliedschaft.

Welche Rolle hat der Nato-Doppelbeschluss von Ende 1979 in euren Debatten gespielt?

Lukas Beckmann: Die Anti-Atombewegung hat sich anfangs nicht sehr stark damit identifiziert. Das war erstaunlich, weil für Personen wie Petra Kelly und Roland Vogt, die ja aus dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und dem Forum Europa kamen, dieser Zusammenhang völlig selbstverständlich, gelebte Praxis war. Aber in der Bewegung war es nicht selbstverständlich. 1980 gab es in Nordhorn-Lingen die erste Demonstration von Friedensbewegung und Ökologiebewegung mit einem gemeinsamen Aufruf.

Waren die Grünen 1979/80 offen für die Friedensbewegung?

Lukas Beckmann: Das war nie strittig. Eine Frage war aber: Ist die Friedensbewegung eine Ein-Punkt-Bewegung gegen die NATO-Nachrüstung mit Pershing II und Cruise Missile, oder ist sie eine Bewegung gegen militärische Aufrüstung in beiden Militärblöcken? Und ist sie zudem eine Bewegung, die den Zusammenhang zwischen Frieden und Menschenrechten, also den Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Bürgerrechten, thematisiert? Das war umstritten.

Dahinter war ja auch eine gewaltige Kraft.

Lukas Beckmann: Die größte Demonstration der Friedensbewegung war am 10. Juni 1982, die sogenannte Anti-Reagan-Demo. Da waren alleine in Bonn weit über 500.000 Menschen, und viele Busse blieben zwischen Köln und Bonn stecken und kamen gar nicht mehr durch. Das hatte damit zu tun, dass zu dem Zeitpunkt die Auseinandersetzung innerhalb der Friedensbewegung explodiert ist. Es gab im Vorfeld der Demonstration einen Kongress in der Godesberger Stadthalle mit über 1.100 Teilnehmern. Dort ging es um die Frage: Sprechen wir uns auch aus gegen die Stationierung der sowjetischen SS20-Raketen oder bleibt diese Forderung draußen? Gibt es einen Link zwischen Frieden und Menschenrechten? Ich war für die Grünen im Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung, war Teil der Gesprächsleitung und hatte mich mit dem Bundesvorstand, insbesondere mit Petra Kelly und Rudolf Bahro, vorbereitet, um uns ganz klar als eine blockübergreifende Bewegung zu positionieren, die weitere Rüstungsspiralen ablehnt und Frieden und Menschenrechte als unteilbar ansieht. Das lief ja in den Verhandlungen über den Demonstrationsaufruf, verkürzt gesagt, immer nach dem gleichen Muster: Lasst uns in den Aufruf mit aufnehmen die Solidarität mit

den Menschen in Südafrika, also gegen Apartheid. War für alle Konsens. Gegen die Militärdiktatur in Chile. War für alle Konsens. Kurdistan, gegen die Militärregierung in der Türkei. War für alle Konsens. Und dann kam ich mit Solidarność und Charta 77 und der DDR-Opposition. Dann kam der große Aufschrei. Ja, aber [...] das wird doch alles zu viel und dadurch beliebig und dann lasst uns lieber schreiben: Für Frieden und Menschenrechte weltweit!

Ich hatte einen eigenen, grünen Aufruf als Präambel zum Aufruf des Koordinierungsausschusses vorgetragen. Zwei Drittel lehnten ihn ab, nur die katholische Kirche von unten, Teile des BBU und Teile einiger protestantischer Organisationen unterstützten uns. Daraufhin sind wir mit etwa einem Drittel der Versammelten aus der Godesberger Stadthalle ausgezogen und kündigten an, mit einem eigenen Aufruf zu mobilisieren. Die Botschaft war: Die Friedensbewegung ist gespalten. Die einen sind nur gegen die westlichen Atomraketen, die anderen sind gegen die der Nato und des Warschauer Pakts, und sie sind für die Verbindung von Frieden und Menschenrechten. Diese Auseinandersetzung hat die gesellschaftliche Verankerung der Friedensbewegung stark erweitert. Wichtige Teile der Bevölkerung konnten sich jetzt in anderer Weise damit identifizieren. Und deshalb kamen 1982 auch viele Menschen nach Bonn – nicht in Gruppen organisiert, sondern mit selbstorganisierten Bussen und ohne sich im Koordinationsbüro anzumelden.

Was da 1981 passiert ist, das war richtig greifbar.

Lukas Beckmann: Das war eine gesellschaftliche Bewegung! Ich bin damals viel unterwegs gewesen. Es galt in der Zuspitzung die Frage: Wie steht man zur Sowjetunion? Wie steht man zur DDR? Wie steht man eigentlich zu den Menschen? Unser Ansatz war: In Friedens- und Menschenrechtsfragen geht es um Loyalität von Bürgern unterschiedlicher Systeme und verschiedener Staaten.

Du sagst jetzt «unser Ansatz». Wenn ich mir die Bundestagsfraktion angucke, unterstützt ein Großteil diese Politik gar nicht.

Lukas Beckmann: Nun ja. Wir waren politisch und auch sozial ein breites Spektrum. Die einen wurden ihren Bedürfnissen eher im Gespräch mit dem Generalsekretär der SED oder anderen «Offiziellen» gerecht, für andere war die konkrete politische Unterstützung der Opposition entscheidend – auch um den Preis, dass dann die staatliche Ebene Gespräche mit uns eher ablehnen wird. Man könnte es freundlich eine Arbeitsteilung nennen. Aber das war es nicht. Den Ansätzen lagen unterschiedliche Politikverständnisse, ideologische und mentale Blockaden und vor allem unterschiedliche Verständnisse von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen zugrunde, die wir bis 1989, bis zum Fall der Mauer, innerparteilich nicht überwunden haben.

Meinst du, das ist eine Eliten-Problematik oder eine Grünen-Problematik?



Pressekonferenz am 2.3.1983 zum Verbot eines Angriffskrieges,
v.l.n.r.: Joachim Wernicke, Gert Bastian, Otto Schily, Lukas Beckmann;
im Vordergrund das US-amerikanische Brettspiel «The first battle of the next year»



ZEBRA: 141 Atombomben auf Hawaii und Tokio
die (etwa Hiroshima 93.000)

Lukas Beckmann: Nein, es war eine Frage der Haltung. Eine Haltung gegenüber Menschen, die unter autoritären, diktatorischen Bedingungen persönlich und familiär viel riskierten, um für Demokratie und Freiheit zu kämpfen. Für einen Teil der Grünen war es wichtiger, mit der Opposition zu reden, für einen anderen Teil wichtiger, mit der politischen Führung Gespräche führen zu können in der verblendeten Erwartung, auf dieser Ebene deutsch-deutsche Politik gestalten und auf Honecker Einfluss nehmen zu können. Das zeigte sich ja auch im Oktober 1983, als wir die Demo-Aktion auf dem Alexanderplatz gemacht haben. Da wurde im Grunde genommen die ganze Problematik und Widersprüchlichkeit der westeuropäischen Friedensbewegung sichtbar und auf den Punkt gebracht. Ausgangspunkt war eine END-Konferenz, eine Veranstaltung des European Nuclear Disarmament-Bündnisses mit 1.200 Teilnehmenden im Berliner ICC. Auch hier vertrat ich im Koordinierungsausschuss die Grünen. Die erste END-Konferenz war in Brüssel, für die zweite in Berlin wollte die Mehrheit der Organisatoren die Zusage, dass es ausschließlich um die Nato-Nachrüstung geht. Und dass es keine Aktivitäten in Richtung Ost-Berlin und UdSSR geben darf. Das war natürlich absurd.

Ich hatte seit 1981 Einreiseverbot. Also war die Frage: Wie komme ich trotzdem rein? Ich mietete ein für den Grenzübergang angemessenes Auto, einen 380er Mercedes. Die Grenzer tickten ja im Grunde genauso wie die bei uns. Damit fuhren wir rüber, ich hatte nur meinen Führerschein gezeigt, meinen Ausweis hatte ich nicht dabei. «Wir bräuchten dann zumindest mal ein aktuelles Foto.» Das konnte ich an der Grenze machen. Da ich meinen Personalausweis nicht dabei hatte, konnten sie die Nummer nicht abgleichen. Und so war ich drüben.

Einem Freund hatte ich meine Foto-Kamera gegeben und gesagt: Du musst morgen kurz vor 12 in Berlin sein, an der Weltuhr. Da wirst du mich sehen und ein paar andere auch, und du hast höchstens 10 Sekunden Zeit, um ein paar Fotos zu machen. Danach fährst du sofort zurück in den Westen. Um 12 Uhr ging es dann los. Die Transparente hatten wir in der Nacht vorher bei einem Bekannten vorbereitet: «Für Abrüstung in Ost und West. Für Frieden und Menschenrechte in Ost und West», «Schwerter zu Pflugscharen».

Wir wurden relativ schnell festgenommen und abgeführt. In dem Verhörraum kam es nur kurz zu einer Auseinandersetzung. Dann wurde ihnen klar, wen sie da festgenommen hatten – u.a. Petra Kelly und Gert Bastian. Beide waren in den DDR-Medien sehr präsent als Kritiker der Nato-Nachrüstung, insbesondere Bastian als ehemaliger Bundeswehrgeneral und Mitglied der Generäle für den Frieden, die – wie später Markus Wolf in seiner Autobiografie schrieb – auch von der DDR mitfinanziert wurden.

Wir formulierten dann einen Brief an Honecker und haben ihn auf dem Rückweg zum Grenzübergang Friedrichstraße im Gebäude des Staatsrats der DDR abgegeben. Der Mann wurde kreidebleich, weil er mit der Frage, ob ich Herrn Honecker bitte sofort sprechen kann, nicht klar kam. Honecker war nicht im Haus. Aber am nächsten Morgen erhielten wir im ICC in Westberlin einen persönlich unterschriebenen Brief von Honecker: Gert Bastian, Petra Kelly und ich. Darin bedauerte er sehr, dass er uns nicht angetroffen habe und dass es ja vielleicht zu einem anderen Zeitpunkt eine Gelegenheit gebe.

Wann kam es zum Treffen?

Lukas Beckmann: Ende Oktober 1983. Eine Mitarbeiterin aus der Fraktion hatte handschriftlich einen Friedensvertrag vorbereitet, der damals von den DDR-Kirchen genutzt wurde, um persönliche Friedensverträge zwischen ostdeutschen und westdeutschen Christen zu schließen. Links neben mir saß Häber², dann kam Honecker. Ich reichte Honecker diesen Vertrag rüber und bekundete, dass aus meiner Sicht nach seinen umfassenden Ausführungen zum Friedenswillen des «Arbeiter- und Bauernstaates» (Honecker) einer gegenseitigen Unterzeichnung nichts im Wege stehe. Honecker liest den Text und setzt den Stift an. In dem Augenblick nimmt Häber mit seiner linken Hand die rechte Hand von Honecker, hält sie fest und sagt: «Also, wir sollten jetzt diesem ersten offiziellen Treffen zwischen der SED-Führung und den Grünen nicht die Ernsthaftigkeit nehmen.» Honecker macht eine kleine Ruckbewegung, zieht seinen rechten Arm wieder los und sagt: «Ja, aber die ersten beiden Punkte kann ich unterschreiben.» Und unterschreibt dann die ersten beiden Punkte, aber nicht den letzten Punkt. Der hieß: Wir setzen uns im eigenen Land jeweils für eine einseitige Abrüstung ein. Danach kündigte ich an, einige Tage später wieder in Ostberlin zu sein, um mit einigen Friedensfreunden aus der DDR, aus Holland, England und Westdeutschland eine Petition für Abrüstung in West und Ost bei der amerikanischen und bei der sowjetischen Botschaft zu übergeben; nächste Woche Donnerstag.

Daraufhin Honecker: «Wieso machen Sie das nicht in Bonn? Da gibt es doch auch eine amerikanische und sowjetische Botschaft.» Und ich: «Sie wissen, dass wir schon öfter mit ein paar hunderttausend in Bonn unterwegs waren. Deshalb, denke ich, ist es jetzt an der Zeit, das auch mal in Ostberlin zu machen.» Honecker antwortete darauf nicht.

Durch eine Pressekonferenz in Ostberlin wurde die beabsichtigte Petitionsübergabe in Ostberlin öffentlich. Ich hatte diese Aktion länger vorbereitet, hatte Materialien rüberbringen lassen, die u.a. bei Rainer Eppelmann lagerten. Nach dem Gespräch bei Honecker waren wir in verschiedenen Wohnungen, wo jeweils 30, 40 Menschen zusammenkamen, bei Bärbel Bohley, Ulrike und Gerd Poppe, bei Vera und Knut Lengsfeld und bei Rainer Eppelmann. Dort berichteten wir jeweils über das Gespräch mit Honecker und verabredeten uns zur Petitionsübergabe am 4. November in Ostberlin.

Zwei Tage nach dem Gespräch bei Honecker ruft mich frühmorgens Gert Bastian an: «Häber steht bei mir im Büro. Er fragt, ob ich Abstand nähme von der Aktion, die in Ostberlin zu einer Unruhe führen würde. Das könnten sie nicht zulassen.» «Ich bin morgen um 14 Uhr an der Friedrichstraße in Ostberlin verabredet. Dabei bleibt es», sagte ich und flog direkt nach Berlin, um mich mit Jürgen Fuchs und Roland Jahn zu beraten. In einem Café Ecke Ku'damm/Uhlandstraße eröffnete ich ein kleines Büro, um erreichbar zu sein. Dort rief mich zuerst Manfred Stolpe an, damals Sekretär der Kirche. Er habe Gespräche geführt, auch mit dem ZK gesprochen. Ob ich um 15 Uhr

2 Herbert Häber war zu dieser Zeit Leiter der Westabteilung des Zentralkomitees der SED.

Persönlicher



FRIEDENSVERTRAG

Wir verpflichten uns hiermit,

- gegenseitige Gewaltanwendung in jedem Fall auszuschließen
- uns gegenseitig nicht als Feinde zu betrachten und Feindbilder abzubauen

E. Heunig
31.10.57

- uns in unserem Land für den Beginn einseitiger Abrüstung einzusetzen.

Dirk Heindes
György János
Krista Mész

László Farkas

László Barkan
Orlo Ed
Peter K. Kelly
Antje Vollmer



einreisen könne, statt 14 Uhr? Ich lehnte ab und wurde um 14 Uhr am Grenzübergang abgewiesen.

Abends konnte ich im SFB-Studio die Aufnahmen von der Friedrichstraße sehen: 250, 300 Menschen hatten sich versammelt, einige Gesichter erkannte ich. Die Kirche versuchte zu vermitteln. Dann wurde bekannt, dass im Vorfeld bereits einige Hundert Personen von der Polizei festgenommen worden waren, um ihre Teilnahme an der Petitionsübergabe zu verhindern. Zum Teil hatte man sie aus den Zügen herausgeholt von Leipzig und anderen Städten.

Dirk Schneider und Antje Vollmer, beide Bundestagsabgeordnete, kritisierten mich scharf und forderten meine Ablösung als Bundesgeschäftsführer. Aus einigen Kreisverbänden kamen Ausschlussanträge aus der Partei. Der Vorwurf: Beckmann bringt Leute ins Gefängnis, er gefährdet sie und hat sich mit niemandem von uns abgesprochen. Mit wem hätte ich mich absprechen sollen? Wenn Telefone abgehört werden und in den eigenen Reihen genug falsche Freunde waren, die jede Aktion in Ostberlin zu verhindern versucht hätten? Ostdeutsche Bürgerrechtler/innen reagierten mit einem öffentlichen Brief an die Grünen-Führung in Partei und Fraktion und schrieben sinngemäß: Wir sind sehr froh, dass unsere politische Situation endlich mal diese Öffentlichkeit erreicht, denn es macht für uns einen großen Unterschied, ob wir mit oder ohne Öffentlichkeit für unsere Freiheitsrechte kämpfen und im Gefängnis sitzen. Dieser Brief hat Wogen geglättet und verstärkte den Druck, sich innerhalb der Grünen inhaltlich und strategisch mit unserem Verhältnis zur DDR-Opposition zu beschäftigen. Wer sind unsere Verbündeten? Mit wem sind wir solidarisch, zu wem loyal? Das war ein langer Prozess.

Ich denke, viele haben seinerzeit nicht verstanden, was mich und andere wie Petra Kelly, Milan Horáček, Wilhelm Knabe, Elisabeth Weber und zahlreiche andere antrieb in dieser Auseinandersetzung. Ich war ganz stark geprägt von meiner Arbeit bei Amnesty International, die ja zum Grundprinzip erhoben hatte: Wir betreuen nicht nur Gefangene in der Sowjetunion, so wie es die CDU gerne tat, nicht nur Gefangene in Südafrika und Nicaragua, so wie es die Linke gerne tat, sondern wir setzen uns ein für die Würde verfolgter Menschen, und unsere Solidarität mit ihnen darf nicht davon abhängig sein, in welchem System sie leben. Das war der Punkt.

Du hast zum Bundesvorstand kandidiert und dich durchgesetzt, bist gewählt worden. Ist das richtig?

Lukas Beckmann: Eine Möglichkeit, diese politische Arbeit fortzusetzen. Bundesvorstandssprecher war eine ehrenamtliche Tätigkeit, die ich seinerzeit nur über Arbeitslosenhilfe finanzieren konnte.

Der Bundestagswahlkampf 1983, für den ich als Bundesgeschäftsführer die federführende Verantwortung übernahm, hatte ja neben Ökologie und Frieden die Flick-Affäre als Thema. Damals war bekannt geworden, dass Flick die Parteien mit großen Barbeträgen bestochen hatte. Nach der Wahl beantragten wir deshalb einen Flick-Untersuchungsausschuss, dessen Arbeit von Otto Schily geprägt wurde. Dies hatte allerdings auch zur Folge, dass wir angefangen haben, Bereiche der nicht

gesetzlich geregelten Politikfinanzierung, wie die Finanzierung von parteinahen politischen Stiftungen, unter die Lupe zu nehmen und das Bundesverfassungsgericht damit zu befassen. Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag war auch ein erstes Anrecht auf eine uns nahestehende Stiftung entstanden. Wir wollten jedoch zunächst das Urteil aus Karlsruhe abwarten. Die Entscheidung fiel im Juli 1986. Es lag auf der Hand, dass die Adenauer-, Ebert-, Naumann- und Seidel-Stiftung nicht verboten werden, sondern dass wahrscheinlich die Grenzen zwischen Partei, Fraktion und Stiftungen noch einmal deutlicher gezogen werden und dass damit auch für uns der Weg frei wird, eine eigene Stiftung zu gründen.

Mir lag sehr daran, dass wir keine parteipolitische, sondern eine kulturpolitische Stiftung als parteinahe Stiftung gründen. Ich hatte Heinrich Böll 1978 vor der Gründung der Grünen kennengelernt; er gehörte zusammen mit seiner Frau Annemarie Böll zu den ersten Intellektuellen, die uns 1979 per Aufruf zur Europawahl unterstützt haben. Wenige Wochen vor seinem Tod rief mich sein Sohn René an, sein Vater würde sich freuen, wenn ich ihn besuchen käme. Es entwickelte sich ein sehr langes, für mich sehr denkwürdiges Gespräch. Er schlug einen weiten Bogen über seine Erfahrungen mit Politik und Politikern, erzählte von Wehner, Brandt, Kohl, Adenauer, Schmidt u.a., wie er sie als Menschen erlebt hatte.

Wie kam es zur Gründung einer Initiative für eine Heinrich-Böll-Stiftung?

Lukas Beckmann: Im Sommer 1986 hatte das Verfassungsgericht in Karlsruhe über unsere Klage entschieden. Heinrich Böll war ein Jahr zuvor verstorben und ich verfolgte das Ziel, einer grünnahen Stiftung seinen Namen zu geben. Heinrich Böll war eine moralische und politische Instanz – selbst bei seinen Gegnern. Er war Literatur-nobelpreisträger und hatte wesentlich dazu beigetragen, dass die deutsche Sprache nach 1945 auch im Ausland wieder sprechbar wurde und öffnete mit seinen Romanen und als Persönlichkeit Türen für erste Gespräche mit Moskau und anderen Ländern. Heinrich Böll hatte uns zusammen mit seiner Frau Annemarie bei der Europawahl 1979 unterstützt, ebenso bei der Bundestagswahl 1983. Seine Unterschrift unter einem Wahlaufufruf war vertrauensbildend für viele weitere Persönlichkeiten aus den intellektuellen und künstlerischen Milieus der alten Bundesrepublik.

Ich fuhr zu Annemarie Böll und sprach zunächst mit ihr und ihrem Sohn René Böll über die Idee einer grünnahen Heinrich-Böll-Stiftung. Einige Wochen später kam Renés Bruder Vincent hinzu, ebenso Lew Kopelew und einige weitere enge Freunde der Familie. Mein Vorschlag fand Unterstützung. Umso mehr sah ich mich in der Pflicht, offen über mögliche Probleme bei der innerparteilichen Durchsetzung zu sprechen. «Es gibt drei Punkte, die es nicht einfach machen», sagte ich: «Böll war ein Mann, Böll war Katholik und Böll war bürgerlich.» Annemarie Böll hat gelassen reagiert: «Es ist nicht unsere Initiative», sagte sie, «kein Vorschlag der Familie. Aber wenn Sie den Vorschlag machen, werden wir ihn unterstützen. Und machen Sie sich wegen öffentlicher Diskussionen keine Sorgen. Das kennen wir alles. Die Stadt Köln hat fünf Jahre gebraucht, um sich nach heftigen Diskussionen für eine Ehrenbürgerschaft meines Mannes zu entscheiden.»

Ich habe diese Initiative zur Böll-Stiftung als Parteimitglied und Bürger angestoßen, nicht in meiner damaligen Funktion als einer der drei Vorstandssprecher der Partei. Nach außen nicht leicht zu trennen, aber mir war klar: Wenn ich mit diesem Vorschlag durch die Mühlen unserer Gremien muss, ist der Vorschlag tot, bevor er das Licht der Öffentlichkeit erreicht. Nach einer öffentlichen Einladung zur Gründung der Initiative über den Kölner Stadtanzeiger forderte mich der Bundesvorstand auf, die Initiative sofort zurückzuziehen. Fast alle Landesvorstände folgten dieser Aufforderung. Nur Baden-Württemberg schloss sich nicht an. Für mich war klar, dass ich den Gründungstermin der Initiative für eine Böll-Stiftung nicht absagen würde. Es folgte eine heftige öffentliche Auseinandersetzung. Und wie erwartet, schaltete sich die SPD ein. Willy Brandt, Johannes Rau und weitere führenden Sozialdemokraten riefen bei Annemarie Böll an. Sie erinnerten daran, dass die Familie Böll doch eigentlich sozialdemokratisch sei und Heinrich Böll die Kanzlerkandidatur von Willy Brandt und ihn auch 1972 nachdrücklich unterstützt habe. Auch das Angebot, in der Friedrich-Ebert-Stiftung einen Kulturbereich mit Heinrich Böll als Namensgeber einzurichten, stand im Raum.

Dann habe ich zu einer Bundespressekonferenz eingeladen, um mein Anliegen zu begründen und zu erläutern, warum ich für eine kulturpolitische Stiftung mit dem Namen Heinrich Böll als parteinahe grüne Stiftung eintrete. Und das ging gut! Die führenden Medien honorierten mehrheitlich das kulturpolitische Anliegen und begleiteten den öffentlichen Diskurs.

Das erste Treffen der Initiative für eine Heinrich-Böll-Stiftung fand in Köln wie geplant statt. Es waren auch viele Grüne dabei und viele unterstützten das Projekt von Beginn an: Christa Nickels, Michael Vesper, Willi Hoss, Claudia Roth und viele andere. Tagsüber tippte ich auf meiner Schreibmaschine Vorlagen für die Initiativtreffen. Als arbeitsloser Parteivorsitzender konnte ich die Kopien nicht bezahlen. Deshalb bin ich nachts ins Hochhaus Tulpenfeld und hab die Vorlagen dort auf mehrere Etagen und Kopierer verteilt, die Treppen rauf und runter, bis ich die Sachen zusammen hatte.

Beim Sonderparteitag der Grünen 1987 in Oldenburg erhielt das Angebot einer Böll-Stiftung keine Mehrheit. Ebenso nicht der Buntstift, die Frauenanstiftung und ein weiteres Dritte-Welt-Modell. Nach der Entscheidung ging René Böll ans Redepult: «Die Initiative zieht ihr Angebot an die Grünen zurück. Wir werden die Stiftung nun unabhängig von den Grünen gründen.» So hatten wir uns im Initiativkreis im Vorfeld verständigt. Im November 1987 folgte – unabhängig von den Grünen – die Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung in der Kölner Flora. Über 500 Menschen nahmen teil, viele von ihnen auch Mandatsträger/innen der Grünen. Vor allem auch viele bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Intellektuelle, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler.

Wie geht es dann weiter?

Lukas Beckmann: Die Grünen wollten ja eine Stiftung, gleichzeitig war bei der Böll-Stiftung ein Spektrum an Persönlichkeiten vertreten, deren politische Unterstützung von der Führung der Partei durchaus hochgeschätzt wurde.

Nach Gründung der Initiative für die Heinrich-Böll-Stiftung hatten sich der Buntstift, ein Bündnis aus Landesstiftungen, und die Frauenanstiftung in Hamburg konstituiert. Ich fuhr mit einem gutachtenerfahrenen Verwaltungswissenschaftler zum zuständigen Referatsleiter ins Innenministerium, um informell anzufragen, ob grundsätzlich auch das Modell einer Holding mit drei Stiftungen denkbar sei. Da ging es um die Frage: Auf wie vielen Ebenen darf eine Stiftung Mittel an untere Gliederungen weiterleiten? Adenauer-, Ebert-, Naumann- und Seidel-Stiftung leiteten Teile der Finanzmittel aus dem Bundeshaushalt an ihre Landesstiftungen weiter. Im Fall einer Holding mit drei Bundesstiftungen brauchten wir eine weitere Ebene, um einen Geldfluss an Länderstiftungen zu ermöglichen. «Ich kann Ihnen das nicht versprechen», sagte der Beamte, «aber wenn Ihre Fraktion den Antrag heute einbringen würde, hätte die angedachte Stiftungskonstruktion eine gute Chance, unsere Zustimmung für eine Empfehlung an den Haushaltsausschuss zu erhalten.» Das reichte fürs Erste.

Wie ist es zu dem gemeinsamen Vorgehen mit der Frauenanstiftung gekommen?

Lukas Beckmann: Irgendwann rief Adrienne Goehler mich an, eine der Initiatorinnen der Frauenanstiftung und ihre Wortführerin. Adrienne sagte: «Wir haben kein Interesse an einer Mehrheit auf dem nächsten Parteitag für das Modell der Länderbildungswerke. Das wird dann eine klassische Parteistiftung. Deshalb sollten wir gemeinsam zu einer anderen Lösung kommen.» Ich sagte: «Adrienne, wir kommen aus ganz verschiedenen politischen Perspektiven. Du aus der Hamburger Szene des Kommunistischen Bundes, auch wenn du dort nie Mitglied warst, so sind die Bindungen doch zu eng, als dass ich Vertrauen habe.» Aber Adrienne rief mich mehrmals wieder an. Dann folgten über mehrere Wochen stundenlange Telefonate in der Nacht, in denen wir uns darüber austauschten, was wir jenseits von parteipolitischen Gesichtspunkten mit einer Stiftung wirklich erreichen wollten. Dabei lernte ich Adrienne neu kennen, sie mich sicher auch. Wir kannten uns bis dahin nur aus innerparteilichen Gremiendiskussionen. Die nächtlichen, stundenlangen Telefonate haben eine neue Vertrauensbasis geschaffen. Am Ende haben wir zusammen einen Antrag formuliert für den nächsten Parteitag in Ludwigshafen 1988. Wir sind zusammen ans Mikrofon, haben zur Überraschung vieler gemeinsam den Antrag und unsere Ziele und unser Selbstverständnis einer grünnahen Stiftung begründet, und am Ende fand unser Antrag für eine Holding, den Stiftungsverband Regenbogen, darunter drei Stiftungen, eine klare Mehrheit. Und das hat dann funktioniert bis 1996. 1994 hat die Bundestagsfraktion eine Stiftungsreform angestoßen, um die Strukturen zu verschlanken.

Wie ging es dann weiter?

Lukas Beckmann: Ich war Geschäftsführer der Böll-Stiftung und Vorstand des Stiftungsverbandes Regenbogen. Hier waren alle drei Stiftungen vertreten. Im Sommer 1989 hatte der Regenbogen die ersten staatlichen Mittel erhalten. Anfang 1990 schrieb ich dem Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung einen Brief mit dem Hinweis, dass wir uns strukturell darauf vorbereiten sollten, dass die Grünen aus dem

Bundestag fliegen. Für mich war das Ergebnis im Dezember 1990 keine Überraschung. Woher soll dann das Geld kommen für die grünnahne Stiftung? Ein Teil der Strategie war, möglichst viele Auslandsprojekte anzustoßen und nicht nur Barmittel, sondern vor allem auch Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre zu akquirieren, damit im Fall der Fälle zumindest unsere Auslandsprojekte mit Mitteln aus dem Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit (BMZ) weiterfinanziert werden. Einige Wochen nach der Bundestagswahl 1990 kam Werner Schulz auf mich zu: «Jetzt haben wir die kleine ostdeutsche Fraktion mit acht Abgeordneten im Bundestag, wir kennen uns in den Bonner Gefilden jedoch kaum aus. Kannst du uns unterstützen?» Ich wusste nicht, wie das gehen soll. Die Böll-Stiftung war neu, der Regenbogen war neu. Auch stand ich in einer besonderen Verantwortung für die Böll-Stiftung und deren Ruf nach außen. Wir hatten gerade die ersten fünf Millionen an staatlichen Geldern bekommen. Eines der ersten Projekte waren die Mütter vom Plazo de Mayo in Argentinien. Das lief gut an.

Da gab es politische Verwicklungen.

Lukas Beckmann: Beim ersten Projekt hat sich der deutsche Botschafter in Argentinien an das Auswärtige Amt gewandt und wollte unsere Unterstützung verhindern mit dem Hinweis auf eine «Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes», wovon er dringend abrate. Das BMZ lehnte unseren Antrag ab, die Böll-Stiftung reichte eine Verwaltungsklage ein, wir haben gewonnen, das Projekt wurde finanziert. Glück gehabt. Und vor allem gute Richter.

Und wie kamst du dennoch zur Bundestagsgruppe?

Lukas Beckmann: Werner Schulz kam im Frühjahr 1991 erneut auf mich zu und bat mich um Unterstützung. Die nächste Wahl 1994 vor Augen, konnte ich nicht erneut Nein sagen. Ich blieb noch eine Zeit bei der Böll-Stiftung und dem Regenbogen, arbeitete parallel als Geschäftsführer der Bundestagsgruppe, bis ich im Sommer ganz in den Bundestag wechselte.

Die Haushaltsverhandlungen standen an und damit auch die Frage, wie geht es weiter mit der grünnahnen Stiftung? Darüber habe ich ein Gespräch geführt mit Bernhard Vogel, dem Chef der Adenauer-Stiftung. Meine Frage und Bitte war, ob die Stiftung bis zur nächsten Wahl in der bisherigen Höhe weiterfinanziert werden könne, damit kein Schaden entstünde und der Name Böll nicht beschädigt würde. Vogel hatte dafür Verständnis und hat sich danach nachdrücklich für uns eingesetzt – im Gegensatz zu Holger Börner von der Ebert-Stiftung. Allerdings musste jemand im Haushaltsausschuss den Antrag stellen für die grünnahne Stiftung, aber unsere West-Fraktion war uns ja abhandengekommen. Damit bin ich dann zu Werner Schulz: Was machen wir jetzt? Werner sagte: «Bei uns gibt es eine Diskussion über die Gründung einer Robert-Havemann-Stiftung.» Mein Vorschlag: «Ich wechsle in die Bundestagsgruppe, unterstütze euch, ihr beantragt die Mittel für den Regenbogen. Und wir bilden in der Bundestagsgruppe eine Kerngruppe, die die Assoziation von Bündnis 90 und den

Grünen vorbereitet, ohne die weder die Grünen noch das Bündnis 90 bei der nächsten Bundestagswahl in drei Jahren eine Chance haben werden.» So sind wir dann verfahren – eine programmatisch und politisch sehr wichtige Entwicklungszeit für beide Seiten.

Anmerkung von Lukas Beckmann: An allen hier beschriebenen Prozessen waren viele Menschen beteiligt. Dass ich nur wenige namentlich erwähne, liegt in der Natur der Gesprächssituation. Dafür bitte ich um Verständnis und Nachsicht.

«Das war mir immer wichtig, die unterschiedlichen Realitäten in meiner Bildungsarbeit zusammenzukriegen»

Mechtild, lass uns am Anfang beginnen. Was ist dein familiärer Hintergrund?

Mechtild M. Jansen: Ich komme aus Köln, aus einer Lehrerfamilie. Ich habe zwei ältere Brüder und bin ordentlich links-katholisch erzogen worden.

Wann hast du Heinrich Böll das erste Mal gelesen?

Mechtild M. Jansen: Natürlich in der Schule. Er wurde damals sogar schon in der Unterstufe gelesen. Heinrich Böll – den kannte man.

Dann hast du irgendwann Abitur gemacht?

Mechtild M. Jansen: Ich habe in Köln viele Schulwechsel hinter mich gebracht. Ich bin von der Obersekunda auf eine Frauenfachschule, danach auf die Höhere Fachschule für Sozialpädagogik. Da habe ich meine erste Ausbildung gemacht.

Höhere Fachschule – ist das fachbezogenes Abitur?

Mechtild M. Jansen: Nein, das ist eine richtige Berufsausbildung. Danach durfte man, wenn man besonders gut war, an die Uni. Dann habe ich noch ein Jahr an einer Sonderschule in Köln gearbeitet, um das Anerkennungsjahr zu machen. Und dann bin ich nach Frankfurt zum Studium von Pädagogik, Soziologie und Psychologie. Als ich an der Uni war, habe ich noch die Allgemeine Hochschulreife erworben. Da studierte ich aber längst schon.

Das ging mit dem Abschluss, den du hattest?

¹ Das Interview haben Christoph Becker-Schaum und Anne Vechtel am 20. Oktober 2015 geführt. Der Text wurde von Petra Kirberger redaktionell bearbeitet.



Mechtild M. Jansen, 2015

Mechtild M. Jansen: Ich bin mit einer Sonderprüfung reingekommen. Bei der Prüfung kam extra jemand von der Uni und begutachtete, ob man in der Lage sei, wissenschaftlich zu arbeiten. Die Allgemeine Hochschulreife habe ich mehr der Vollständigkeit halber beantragt. Man weiß ja nie, wofür man die Zettel noch mal brauchen kann.

Falls die Frage war, ob ich als Frau um Studium oder Abitur habe kämpfen müssen – nein. Als ich noch nicht in der Schule war, wusste ich schon, dass ich Abitur machen und studieren sollte.

Es stand nicht infrage?

Mechtild M. Jansen: Nein, überhaupt nicht. Meistens kommen ja bei Frauen die Geschichten, wie sie darum gekämpft haben; und dass die Brüder studieren durften. Diese Schiene fiel komplett flach, weil meine Eltern immer der Meinung waren, eine Frau brauche einen Beruf, von dem sie sich ernähren kann.

War deine Mutter berufstätig?

Mechtild M. Jansen: Sie war Hausfrau. Meine Mutter war das jüngste von acht Kindern und als ihre Mutter gestorben war, wollte der Vater seine Kleinste zu Hause halten. Als meine Mutter geheiratet hat und nach Köln gezogen ist, hätte sie gerne noch mal was gemacht. Das hätte mein Vater auch gut gefunden. Aber dann hätte sie beim BDM eintreten müssen, und damit hatten sie es nicht so. Nach dem Krieg hatte sie drei Kinder, dann war es nicht mehr so akut. Aber es war schon so, dass sie – 1911 geboren – eigentlich hätte Abitur machen sollen. In ihrer Familie waren es vorwiegend die Mädchen, die weitermachen sollten, während die Jungen teilweise in einen Handwerksberuf oder kaufmännischen Beruf gesteckt wurden. Das fand ich immer interessant, weil es gegen das Klischee ist.

Du hast dann Diplompädagogik studiert?

Mechtild M. Jansen: Ja. Und danach noch – just for fun – weiter Sonderpädagogik. Aber da habe ich dann beschlossen: Das beende ich nicht. Ich hatte einen Job, wo ich nebenbei auch studieren durfte.

Was war das?

Mechtild M. Jansen: Ich habe als Bildungsreferentin bei der Katholischen Hochschulgemeinde in Frankfurt gearbeitet. Zusammen mit der Evangelischen Studentengemeinde hatten wir ein Modell entwickelt, in den Fachbereichen tätig zu sein. Dazu gehörte auch, dass ich in meiner Arbeitszeit mehrere Seminare besuchen durfte. Optimale Bedingungen!

Bist du direkt aus den studentischen Zusammenhängen in den Job gewandert oder gab es eine Ausschreibung?

Mechtild M. Jansen: Ich bin schon während des Studiums in den Job. Ich habe nebenbei als Sozialpädagogin gearbeitet, erst eine Viertelstelle, dann eine halbe. Nach dem Studium haben sie mich gefragt, ob ich bleiben wollte. Der Studentenpfarrer wollte unbedingt, dass ich mich bewerbe. Dabei hatten wir öfter Meinungsverschiedenheiten.

Dieser Pfarrer war eigentlich Jude. Um rauszukommen nach England, hatten die Eltern ihn taufen lassen. Er ist aus Dankbarkeit, weil er überlebt hat, Augustinermönch geworden und 1968 wieder nach Deutschland zurückgekommen. Der war natürlich anders. Er hat mich so lange bequatscht, bis ich gesagt habe: Gut, ich bewerb' mich mal. So bin ich da gelandet und war dann sicher zwölf Jahre lang Bildungsreferentin.

Wann hast du angefangen? Ende der 1970er?

Mechtild M. Jansen: Nein. 1974 hatte ich Examen gemacht. Also habe ich bei der KSG, der Katholischen Studentengemeinde, 1973 angefangen, erst als Assistentin und 1974 als Bildungsreferentin, was insofern spannend war, weil ich damals viel mit der Evangelischen Studentengemeinde gemacht habe. Da gab es eigentlich keine Trennung. Beide Studentengemeinden hatten in Frankfurt viel mit der Studentenbewegung zu tun. Die waren sehr offen. Ich habe ganz früh mit den Frauensachen angefangen, noch 1974 oder 1975, dann auch kritische Theorie. Pädagogik und andere Themen – da konnte man relativ viel machen. Das erkennt man erst hinterher, wie privilegiert man hat arbeiten können, ohne dass einer groß reingeredet hat. An der Uni fing das mit der Frauenforschung erst so langsam an.

Was hast du genau gemacht?

Mechtild M. Jansen: Ich habe vorwiegend Seminare und Arbeitskreise organisiert, auch mit der Uni viel kooperiert. Zum Beispiel haben wir mit den Erziehungswissenschaftler/innen eine Riesenfrauenwoche gemacht. Zwei Wochen nur feministische Themen – und alle haben mitgemacht, 1981 war das, oder 1982.

Wie seid ihr zu den Themen gekommen?

Mechtild M. Jansen: Die lagen auf der Straße oder schwirrten an der Uni herum: Psychoanalyse und Weiblichkeit, Frauen und Faschismus, Frauen in den Zwanzigerjahren, Frauen und Geschichte. Dann: Kritische Theorie für Frauen. Marx lesen für Frauen. Ich habe mir mal von einer Mitarbeiterin alles aus den Programmen kopieren lassen, wofür ich meinen Kopf hingehalten habe. Da war ich selber erstaunt, wie kritisch und ganz nah an der Zeit das gewesen ist. Das war auch der Vorteil der Uni in Frankfurt, einerseits waren dort die linken oder kritischen Dozenten und gleichzeitig die Frauenszene und Frauenbewegung.

Damals kämpften wir auch um den Frauenlehrstuhl. Wie beschäftigt man Frauen, dass sie still sind? Man lässt sie um einen Lehrstuhl kämpfen. Jeden Montag überlegten wir im Frauenplenum: Was für Aktionen machen wir? Das ging bis ins Ministerium oder in den Landtag. Flugblätter von der Zuschauertribüne runter schmeißen und dafür eine Strafe kassieren.

War das auch ein Bündnis mit Frauengruppen aus der Stadt?

Mechtild M. Jansen: Nein, das war vorwiegend Universität. Aber wir haben natürlich immer geguckt, wie wir Journalistinnen einbeziehen konnten, Politikerinnen oder andere wichtige Frauen. Das war eine unendliche Geschichte, aber es hat Spaß gemacht. Zum Beispiel einen Sandsack auf die Präsidentenetage zu schütten, damit sie den Frauen immer wieder Sand in die Augen streuen konnten. Oder die Uni umzubenennen in Cornelia-Goethe-Uni, was keiner mehr weiß. Das Cornelia-Goethe-Zentrum meint, sie wären die ersten, die auf die Idee gekommen sind, sich so zu nennen. Das fand ich immer interessant, was Frauengeschichte betrifft. Jeder Kaninchenzüchterverein ist da besser dokumentiert. Du machst das alles. Du machst die Aktion. Dann bist du durch. Dann hast du ein anderes Thema – und keiner weiß mehr was davon.

Das ist Überlieferungsbildung. Damit beschäftigen wir uns im Archiv Grünes Gedächtnis.

Mechtild M. Jansen: Aus der Zeit ist ganz viel, auch was die Frauen betrifft, in Vergessenheit geraten. Bei der Hochschulgemeinde habe ich mal eine Broschüre gelesen. Da wurde das Alfred-Delp-Haus der Katholischen Studentengemeinde 40 oder 50 Jahre alt. Die ganze Frauenarbeit – komplett gestrichen.

Was ganz spannend war bei der Arbeit bei der Hochschulgemeinde: Da kamen auch viele Leute, die früher gesagt hatten: «Nie wieder setze ich einen Fuß in so eine Institution, schon gar nicht in eine katholische». Das Publikum kam auch aus dem weiteren Umfeld, Frauen aus der Stadt, die schon lange arbeiteten. Wir haben unser Angebot im *Uni-Report* und dann auch über Zeitungen bekannt gemacht. Und hatten nachher einen Stamm, der aufmerksam geworden war und kam. Das Publikum war gemischt, auch Ältere und Frauen aus anderen Milieus. Natürlich nicht aus dem Arbeitermilieu, aber auch kein rein studentisches Milieu. Es kamen durchaus auch Hausfrauen, die Kinder hatten und nicht gearbeitet haben.

Das heiße Thema um 1980: die Startbahn. Wie weit war das präsent?

Mechtild M. Jansen: Die aktuellen politischen Themen waren immer präsent. Du konntest das überhaupt nicht trennen, die Hochschulgemeinde war ja kein luftleerer Raum. Das Umfeld hat die Themen ganz stark geprägt. 1978 oder 1977 haben wir die Kapelle in der Jügelstraße umgewidmet und da eine interkulturelle Krabbelstube eröffnet, zusammen mit der Evangelischen Studentengemeinde. Den Altar haben wir

auf den Sperrmüll bringen lassen. Das kam nicht so gut. Wir hatten überhaupt kein Problem damit, [lacht] es war auch kein schöner Altar. Vor allen Dingen fand ich es viel gescheiter, Kapellen und Kirchen für solche Zwecke umzuwidmen. Das war nach der Kinderladenbewegung. Eine Krabbelstube war angesagt, und interkulturell fanden wir natürlich besonders schick.

Das war auch nötig.

Mechtild M. Jansen: Natürlich! Es gab keine Krabbelstuben. Ich fand den Job bei der KSG immer spannend, die Themen wechselten. Wenn ich heute die Programme der Gemeinde ansehe, erfasst mich das Grausen. Das ist mir zu fromm oder es ist nur technisch: Self-Management. Damals war das viel gesellschaftskritischer. Aber es war auch eine bestimmte Zeit, die Leute waren politisch anders motiviert. Später bin ich dann «strafversetzt» worden.

Was war der Grund für die Zwangsversetzung?

Mechtild M. Jansen: Offiziell wollten sie eine Stelle einsparen. Inoffiziell hatte es mit dem Inhaltlichen zu tun: Das war zu feministisch, zu links, das war völlig klar. 1985 bin ich nach Dillenburg versetzt worden, um ein katholisches Erwachsenenbildungswerk zu leiten. Die wollten mich eigentlich auch nicht, weil sie gedacht haben: Da kommt so eine Feministin von der Uni, was sollen wir mit ihr?

Ich fand es total spannend dort. Du machst ganz andere Erfahrungen. Wenn du von der Uni kommst und den feministischen und linken Kram gemacht hast, und dann kommst du in die krude Wirklichkeit des Hinterlandes. Die Katholiken, die da waren, waren alle Flüchtlinge.

Flüchtlinge?

Mechtild M. Jansen: Zweiter Weltkrieg, Vertriebene. Das ist schon eine eigene Erfahrung. Du machst auf einmal Altenfreizeiten mit, natürlich nur Frauen. Das hat meinen Horizont erweitert, wenn du es geschafft hast, die Frauen zum Erzählen zu bringen, wenn sie dann von ihrer Flucht erzählt haben. Mit Frauenarbeit konnte schon einiges auf dem Land bewirkt werden, aber man musste völlig anders als in Frankfurt arbeiten. Ich habe mit Alleinerziehenden-Arbeit angefangen. 1985 habe ich ein Wochenende für Alleinerziehende angeboten, das war der Renner. Nachher hatten wir so einen Treff einmal im Monat. Das Interessante war: Die AWO hat auch so was gemacht, da kam aber keiner hin. Zu mir kamen sie, weil das katholisch war. Wenn das Kind schon geschieden ist [lacht], dann lassen wir es lieber zu den Katholiken.

Nach anderthalb Jahren bin ich dann – dank der Grünen – an die Landeszentrale für politische Bildung nach Wiesbaden berufen worden.

Berufen?

Mechtild M. Jansen: Nicht berufen, ich bin gefragt worden. Die hatten in Wiesbaden unter der rot-grünen Koalition durchgesetzt – ich glaube, das war Priska Hinz und noch irgendeine Frauengruppe –, dass in der Landeszentrale eine Stelle für Frauen eingerichtet wurde. Die wurde besetzt mit Uta Enders-Dragässer, war aber nach einem halben Jahr wieder frei. Und dann haben die Grünen mich angesprochen, nach dem Motto: Die hat zwölf Jahre bei der katholischen Kirche durchgehalten, ist bei ihren Themen geblieben – die fragen wir mal. Die kannten mich aus Frankfurt und von der Uni, von den Frauen- und anderen grünen oder linken Zusammenhängen. Ich fand das natürlich toll. Ich dachte: weg vom Lande! Die Vorstellung, immer auf dem Land bleiben zu müssen, war so: Kaufe ich mir einen Revolver oder nicht?

Gab es eine gute Zusammenarbeit mit der Fraktion und den Frauen?

Mechtild M. Jansen: Das hat erst mal gedauert, weil mit allen Tricks versucht wurde, mich bei der Landeszentrale zu verhindern. Das Übliche. Nach vier oder sechs Wochen krachte die Regierung. Die SPD hat gesagt: Die Jansen ist in der Probezeit, die kann weg. Und da war, glaube ich, mein Glück, dass ich bei der Kirche gearbeitet hatte. Wie auch immer, ich bin geblieben.

Und nun zur Zusammenarbeit mit der Fraktion? Die haben sich eigentlich nicht gekümmert. Sie haben erreicht, dass es eine Stelle gab. Und dann haben sie sich nicht mehr dafür interessiert. Ich musste immer den Kontakt suchen. Ich fand das nicht immer gut, denn sie haben mich auch mit vielen Dingen allein gelassen. Der Vorteil war: Du bist ihnen auch nicht verpflichtet gewesen. Wenn, dann hatte ich immer erst mit den Frauenpolitikerinnen in der Fraktion zu tun.

Wann bist du Parteimitglied geworden? Was war da deine Überlegung?

Mechtild M. Jansen: Am liebsten wär' ich nie in eine Partei gegangen. Irgendwann habe ich gedacht: Wenn ich schon auf diesem Ticket sitze – ich werde sowieso immer als Grüne verhaftet –, dann kann ich auch eintreten.

Was hast du inhaltlich gemacht?

Mechtild M. Jansen: Eigentlich bin ich für Frauenpolitik eingestellt worden. Dann haben sie schnell einer von der SPD das Ressort gegeben. Ich habe gesagt: «Ich mache alles, aber auch Frauen!» Zuerst haben sie mir kein Geld gegeben, um mich so kaltzustellen. Dann hat Gertrud Schilling von der grünen Landtagsfraktion gesehen, dass im Haushalt Mittel für Friedensprojekte waren. Ich habe gesagt: «Ja, das nehme ich.» Ich dachte: Dann hast du wenigstens schon mal Geld. Ich war am Anfang das Schutt- und Müll-Referat: Bundeswehr, ein bisschen Frauen, Umwelt, ausländische Mitbürger – also eigentlich alles, was keiner wollte. Spätaussiedler, Sinti und Roma.

Wie viele wart ihr?

Mechtild M. Jansen: Sieben, acht Referenten oder Referatsleiter. Insgesamt 25 Leute mit Bibliothek und Sachbearbeiter und so.

Da steckten doch viele spannende Themen drin.

Mechtild M. Jansen: Ja, natürlich. Seminare mit Sinti und Roma zum Beispiel fand ich auch spannend. Ich fand auch die Arbeit mit den Aussiedlern nicht unspannend. Ich hatte damit überhaupt keine Erfahrung, aber auch keine Ressentiments. Als dann die Russlanddeutschen und die Rumäniendeutschen kamen, haben wir mehrere größere Projekte dazu gemacht. Ich war ein Jahr oder ein halbes da, als die CDU sagte – das war noch vor der Maueröffnung –, man müsste sich doch mehr mit den Aussiedlern beschäftigen.

Aussiedler aus Russland bereits?

Mechtild M. Jansen: Russland- und Rumäniendeutsche. Und auch einige aus Polen. Behalten habe ich auf Dauer Migration, wie das dann hieß, geschlechtsspezifische Jugendarbeit, Gender und Frauen. Damals habe ich gesagt: «Ich hatte immer schon ein großes ethnologisches Interesse, ich geh da erst mal so dran, auch an die Aussiedler. Kannst immer noch was lernen.»

Ich habe am Anfang viel mit der AGAH zusammengearbeitet, der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen. Ich habe angefangen, zum Teil auch mit anderen Trägern – Paritätischer Wohlfahrtsverband, Caritas und anderen –, Fachtagungen zu machen und nur mit Multiplikatoren zu arbeiten. Frauen auf der Flucht war ein Thema, das haben wir Anfang der 1990er aufgenommen. Oder immer wieder die Integrationsfrage. Mir war es wichtig, immer wieder die positiven Aspekte hervorzuheben. Einmal haben wir eine Broschüre rausgebracht, bei der es um gelungene Migrationsgeschichten ging.

Also positive Beispiele?

Mechtild M. Jansen: Ja. In diesem Rahmen bin ich bei allen Themen irgendwie mal durch, bis zum Kopftuchstreit. Wir haben immer geguckt, dass es über die AGAH lief, damit Leute mit einem echten Migrationshintergrund dahin kamen und es auch in die Community gelangte. Na ja, und ich konnte auch nicht nur in Frankfurt arbeiten, die Landeszentrale hat ja auch das Land zu bedienen. Ende der 1980er Jahre und Anfang der 1990er hatte ich ein Projekt, das war gar nicht so absurd wie es klingt: Umweltsprechstunden, ursprünglich mit dem Hausfrauenverband. Erst in Darmstadt, dann in Fulda, Korbach, Kassel, Bensheim. Ein Projekt mit niederschwelligem Angebot. Mit Ständen in der Fußgängerzone haben wir versucht, für Umweltschutz im Haushalt zu werben. Das war irgendwie witzig. In den ländlichen Bereichen kriegtest du wenigstens noch mal Presse. Der beste Effekt war, dass wir den Hausfrauenverband oder die, die mitgemacht haben, gestützt haben. Dadurch hatten die größere Aufmerksamkeit.



Mechtild M. Jansen und Prof. Dr. Pia Schmid bei einer Veranstaltung der Reihe «Frauen und Literatur» in der VHS Offenbach, 2007

Du kannst ja gar nicht so viel machen, und wenn du noch ein Land bedienen sollst, wenn du keinen wirklichen Ansprechpartner in Korbach oder Kassel oder Hofgeismar oder wo auch immer hast. Ich habe mir immer einen Kooperationspartner gesucht, der vor Ort verwurzelt ist. Du kommst ja gar nicht an die Adressen und weißt nicht, wie du ein Thema lancieren kannst.

Du hast erzählt, dass bei der Hochschulgemeinde die Themen in der Luft lagen. Wie war das bei der Landeszentrale? Du bist mehr oder weniger auf grünem Ticket reingekommen, hattest aber gar nicht so viel Kontakt.

Mechtild M. Jansen: Ich war unter den feministischen Wissenschaftlerinnen und in Frankfurt mit vielen vernetzt, da waren natürlich immer grüne und autonome Frauen dabei. In der LAG Frauen der Grünen war ich immer drin.

Ich war in so vielen Diskussionszirkeln. Sowohl zu dem Migrationsthema als auch zu dem Frauenthema, und ich hatte natürlich viel mit Wissenschaftlern, hessischen Frauenwissenschaftlerinnen zu tun und habe auch mit anderen Unis Projekte oder Kongresse gemacht. Also Themenfindung? Es war eher: Du kannst nicht alles machen.

Wir haben 1992 einen Riesenkongress gemacht im Römer in Frankfurt: «Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit».² Die Themen waren einfach da. Auch wenn du

² Mechtild M. Jansen; Ulrike Prokop (Hg.), Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Frankfurt/Main: Stroemfeld 1993.

dich mit kritischer Theorie oder Antisemitismus befasst hast – du brauchtest nur die Presse aufzuschlagen.

Der kommunale Wahlkampf 1989 hatte einen ausländerfeindlichen Unterton bei der CDU. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten, das AmkA, war im Prinzip die Reaktion darauf. Die ganzen 1990er Jahre war dieses Thema ein ungebrochener Mobilisierungsfaktor.

Mechtild M. Jansen: Das Thema Fremdenfeindlichkeit hat sich in Hessen durchgezogen. Dem konnte man sich nicht entziehen. Ich weiß, die Bundeszentrale hat sich lange geziert, auch zu Migration und Ausländern etwas zu machen. Die hatten noch lange in ihrer Satzung stehen: Die Bundeszentrale ist zuständig für Angehörige des deutschen Volkes. In Hessen stand da nichts drin.

Das liegt an der Geschichte.

Mechtild M. Jansen: Das ist ja klar! Aber auch wenn das in der Satzung steht, man kann auch Satzungen erweitern. Die Bundeszentrale hat das erstaunlicherweise – ich fand das schon schlimm – noch ziemlich lang drin gehabt.

Als ich gegangen bin, habe ich mir auch von der Landeszentrale alles, was ich gemacht hatte, angeguckt. Das ist noch mal spannend zu lesen, welche Themen früh da waren, wieder weg waren, wieder auftauchten, die Linien. Da kannst du auch so ein bisschen Bildungs- und Ideengeschichte sehen: Was wurde zu welchem Zeitpunkt wie diskutiert?

Die Frage jüdischer Mitbürger, Vertreibung, Holocaust hast du auch immer wieder behandelt.

Mechtild M. Jansen: Ja. Ich habe ganz früh mit der Jüdischen Gemeinde angefangen zum Frauenthema zu arbeiten. Ich kannte Trude Simonsohn³ und wollte gern mit ihr ein Seminar machen zu jüdischen Frauen. Das hat mich sehr berührt, als die Gemeinde gesagt hat: Das ist das erste Mal, dass eine Landeszentrale mit uns etwas machen will. 1988!

Da haben wir dann auch noch das Frauenreferat und das AmkA mit reingenommen. Da gibt's auch ein Buch drüber: «Lektüre und Brüche».⁴ Über ein Jahr in der jüdischen Gemeinde zur jüdischen Frau; berühmte jüdische Frauen von Glückel von Hameln bis Anna Freud. Nachher gab's in der Landeszentrale ein eigenes Referat, Aufarbeitung Holocaust, jüdische Geschichte. Wir hatten noch mal «Jüdische Mystikerinnen» oder «Hannah Arendt», oder das Thema noch mal anders wieder verpackt.

³ Trude Simonsohn, geb. 1921, Überlebende von Theresienstadt und Auschwitz, ist Ehrenbürgerin der Stadt Frankfurt/Main.

⁴ Mechtild M. Jansen; Ingeborg Nordmann (Hg.), Lektüre und Brüche, Königstein: Ulrike Helmer Verlag 2000.

Wir haben gesagt: Welche berühmten Frauen gibt es? Was hatten sie für eine Bedeutung? Wenn du wissen willst, was du verloren hast, musst du erst wissen, was überhaupt da war und wer. Dass ich mit den Flüchtlingsfrauen aus Dillenburg, also in der Zeit, als ich bei der katholischen Erwachsenenbildung gearbeitet habe, keine Interviews gemacht habe, hat mir nachher leidgetan.

Eine von deinen Publikationen handelt von Backlash⁵. Da gibt es eine klare Orientierung auf ein akademisches Publikum. Warst du immer zweigleisig?

Mechtild M. Jansen: Ja, immer. Ich hatte das akademische Publikum, dann aber auch die Mütterkongresse. Ich habe immer mit Frauen aus sozialen Brennpunkten gearbeitet und dort mit «Endverbraucherinnen» zu tun gehabt. Das war mir immer wichtig, die unterschiedlichen Realitäten zusammenzukriegen: Was die einen über den Backlash sagen, und dann bei Seminaren in den Brennpunkten zu hören, was deren Realität ist. Da hast du ja manchmal das Gefühl, das hat nichts miteinander zu tun. Da musst du dann gucken: Wie stellst du für dich den Zusammenhang her, was da wo miteinander zu tun hat.

Bleiben wir beim akademischen Publikum. Diese Backlash-Debatte ist offensichtlich ganz breit, mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen. Aber wie geht es da weiter?

Mechtild M. Jansen: Das ist eine gute Frage. Die Debatte ist ja ausdifferenziert. 1995 ist das Heft rausgekommen. Das heißt, 1992 oder 1993 war die Veranstaltung dazu. Die Backlash-Debatte – das kannst du sagen – taucht alle zehn Jahre wieder auf. Ich habe damals gesagt: Ich glaube das nicht so mit dem Backlash, denn es gibt keinen gradlinigen Aufstieg. Du hast es ja auch immer mit einer neuen Generation von Frauen zu tun. Jede erlebt es wieder neu und besonders schlimm oder besonders toll. Ich denke, man wird sich damit abfinden müssen: Es gibt nicht einen Feminismus, und du musst lernen, dass mehrere Sachen nebeneinanderstehen. Und ich denke, das ist auch immer ein Generationenkonflikt, ein ausgesprochener oder nicht ausgesprochener. Die können sich wahrscheinlich eher wieder auf die Großmütter beziehen. Bei manchem Inhaltlichen habe ich gedacht: Nicht schon wieder.

Einiges wiederholt sich.

Mechtild M. Jansen: Viermal oder dreimal schon gehört. Klar, für die, die jetzt Mitte 20 sind, für die ist es eine ganz neue und ganz wesentliche Sache. Sie denken, sie sind mehr oder weniger die ersten, die so denken. Nun, wenn sie mehr Selbstbewusstsein haben und mehr können und mehr dürfen, dann kannst du nur sagen: «Dafür hat es sich doch gelohnt, dass du gekämpft hast und auf die Gass' gegangen bist.»

5 Mechtild M. Jansen; Sigrid Baringhorst; Martina Ritter (Hg.), Frauen in der Defensive? Zur Backlash-Debatte in Deutschland, Münster: Lit 1995.

Du darfst nicht außer Acht lassen, dass wir inzwischen eine ziemlich entsolidarisierte Gesellschaft haben. Ich kriege das bei jüngeren Frauen mit. Was die sich selber alles antun, statt sich mal zusammenzutun. Denen fehlt ein Bezugspunkt, dass es auch gesellschaftliche und sonst wie Bedingungen [...]

[...]für die eigenen Probleme gibt.

Mechtild M. Jansen: Und das ist, glaube ich, ein Riesenproblem, diese bekloppte Individualisierungsdebatte, die in den 1990er Jahren losging, halte ich für fatal. Die betreiben Vereinzelung!

Bei den heute 35-jährigen Frauen kriegst man ab und zu mit, dass sie eigentlich ununterbrochen in Kontroversen sind: Fraktionierungen zu Positionierungen, aber auch Auseinandersetzungen darüber, welch unmöglicher Stil in der Debatte gepflegt wird.

Mechtild M. Jansen: Ruppig und rau war es immer. Aber heute bist du viel mehr auf kleine, enge Pfade eingeschworen. Man redet ja seit Jahren: Alle vernetzen sich mit allen. Aber, ob es wirklich eine interdisziplinäre Arbeit oder interdisziplinäre Wissenschaft gibt, auch zu den ganzen feministischen Sachen, da bin ich sehr skeptisch. Als Ehrenmitglied des Cornelia-Goethe-Zentrums habe ich auch mit dem Freundeskreis zu tun. Unser Bestreben war es immer, unterschiedliche Disziplinen miteinander zu verquicken. Ein großer Anspruch.

Die Frauenbewegung in dem Sinne gibt es ja schon lange nicht mehr. Es gibt noch Zirkel, die sich sehr stark spezialisiert haben. Was die Erziehungswissenschaftlerinnen beschäftigt, weiß ich schon gar nicht mehr. Die Soziologinnen öffnen sich Richtung Management: Wie komme ich in Führungspositionen? Als symbolische Kiste ist das wichtig, aber davon ändert sich die Welt nicht.

Oder sie ändert sich eben doch dadurch?

Mechtild M. Jansen: Ich hänge in einer Gruppe in Frankfurt, eine Führungsakademie für Frauen, das heißt jetzt «Mixed Leadership». «Frauen» will keiner mehr im Titel. Eine Debatte ähnlich wie bei der Böll-Stiftung mit der «Geschlechterdemokratie». Wir machen jetzt «demokratische Vielfalt». Ich dachte immer: Demokratie hätte was mit Vielfalt zu tun. Aber ich habe wahrscheinlich im falschen Lexikon nachgeguckt. Geschlechterdemokratie – dass ausgerechnet die Böll-Stiftung so ein Alleinstellungsmerkmal aufgibt! Da kann ich nur sagen: «Willkommen im Mainstream!» Aber ganz oben.

Warum sind die so anders geworden oder nicht mehr so solidarisch? Ich denke, es ist eine andere Zeit. Das fand ich interessant, dass die jüngeren Frauen auf der

Konferenz⁶ gesagt haben: Eigentlich darfst du dich nicht als Feministin bezeichnen. Mir ist das sowas von egal. Ich sage: Ich bin Feministin oder nicht Feministin. Hat mich noch nie gejuckt. Ich glaube, die konnotieren das selber negativ.

Wie hast du den Mütter-Konflikt bei den Grünen erlebt?

Mechtild M. Jansen: Ich fand das Papier von Gisela Erler sehr provokant. Aber um etwas bewirken zu können, musst du Dinge sehr deutlich machen. Und ich fand schon, dass in der Frauenbewegung sehr oft die Mütterfrage und auch die Mütter an den Rand gedrückt wurden. Es war kein Thema. Für mich war das nicht so fremd. Das hing aber sicher auch damit zusammen, dass ich Erziehungswissenschaftlerin bin und als Sozialpädagogin gearbeitet habe und dadurch einen ganz anderen Blick auf gesellschaftliche Realität hatte.

Ich fand die Diskriminierung von Müttern immer blöde. Du kannst nicht sagen: Das eigentlich tolle Bild einer Frau ist, möglichst keine Kinder zu haben und Karriere zu machen. Oder das andere Bild: volle Erwerbstätigkeit, vollen Haushalt und noch drei Kinder. Das kannst du doch keinem antun. Als Erziehungswissenschaftlerin habe ich bezweifelt, ob es wirklich für ein Kind immer so gut ist, wenn beide Eltern zehn Stunden weg sind.

Insofern fand ich, dass Gisela Erler zwar überzogen hat, es war aber gut, das zu thematisieren. Nicht umsonst waren ja auch die Kinderläden erst mal eine Initiative von Frauen, die gesagt haben: Mit den herkömmlichen Kindergärten nicht, irgendwie wollen wir das anders machen. Das war ja auch ein Aufbruch in Richtung einer emanzipatorischen Erziehung. Diese Bewegung, die vom Deutschen Jugendinstitut, von Gisela Erler und anderen mit unterstützt wurde, fand ich prima.

Dann habe ich mit dem Mütterzentrum in Langen Kontakt aufgenommen – und habe erst mal einen voll drüber gebraten gekriegt. Jetzt würde sich schon wieder eine staatliche Institution, die Landeszentrale, ihrer bemächtigen wollen. Ich habe gesagt, da ich ja gut im Aushalten war: «Lass sie toben, wir kommen schon zusammen.» Schließlich haben wir in Hessen mehrere große Mütterkongresse gemacht. Da bin ich dann von der anderen Seite ganz schön dafür angemacht worden, wie man so was als Feministin machen kann.

Wir haben Mütterkongresse gemacht mit ziemlich frechen Themen, die waren auch immer gut voll. Wir hatten sogar einmal Frau Süßmuth da oder Dieter Schnack mit seinen «Kleinen Helden in Not».

Du kannst die Kinderfrage und die Mütterfrage nicht nur so diskutieren: Wie organisiere ich maximal das Kind weg? Anstatt zu sagen: Vielleicht könnte die Arbeit auch um die Kinder herum organisiert werden und beide arbeiten vielleicht mal weniger? Was jetzt passiert in der ganzen Debatte um Erwerbstätigkeit: Alles richtet sich nach den Betrieben und nicht nach den Bedürfnissen der Kinder und Eltern, das finde ich nach wie vor nicht witzig.

⁶ Kongress der Heinrich-Böll-Stiftung, Gunda-Werner-Institut, «Dare the impossible/Wage das Un_mögliche. Das 21. Jahrhundert feministisch gestalten», Berlin, 15.–18. Oktober 2015.

Die Zentren hatten eigentlich eine doppelte Geschichte: Wenn man nicht die realen Bedürfnisse klärt und die Mütter nicht anspricht, dann werden wir niemals vorankommen, sie politisch zu vertreten und eine politische Macht daraus zu gewinnen.

Mechtild M. Jansen: Die Mütterzentren sind oft getragen worden von gut qualifizierten Frauen, die aber aus irgendeinem Grund nicht arbeiten konnten oder wollten. Die haben sich ein Forum geschaffen: einerseits um die Kinder ein Stück loszuwerden oder eine kollektivere Betreuung zu haben, aber auch um zu gucken: Wie können wir politisch was durchsetzen? Insofern war das auch für eine ganze Reihe Leute ein Motor zur Politisierung.

Die beiden Konfliktparteien, die du beschreibst, sind genauso bei den grünen Frauen zu finden.

Mechtild M. Jansen: Ja! Bei den Grünen hat es auch heftig geknallt. Man würde das Papier heute sicher anders schreiben. Ich war vor drei, vier Jahren bei den Grünen im Landtag als Referentin zu einer Veranstaltung zum 8. März: «Brauchen wir eine Mütterquote?» Die Veranstaltung hatte ziemlichen Zulauf, viele grüne Frauen, die gesagt haben, wie sie als Mütter auf dem Arbeitsmarkt noch mal diskriminiert werden. Ich würde ja nicht überall eine Quote einführen – jetzt noch eine Mütterquote –, aber als Provokation finde ich das durchaus richtig.

Der Streit bei den Grünen um das Müttermanifest wird ja als absolut unsäglich beschrieben. Das klingt bei dir jetzt anders.

Mechtild M. Jansen: Ich habe das so hart nicht erlebt. Oder ich hatte mit den Hardcore-Leuten nicht so viel zu tun. Oder die haben sich mir gegenüber eher zurückgehalten. Bei diesen Streitigkeiten ist es auch oft so: Sie werden heftig geführt, dann verändert sich bei manchen Leuten etwas biografisch. Auf einmal kriegen sie doch ein Kind oder die Schwester kriegt ein Kind oder der Mann bringt eins mit oder die Freundin – wie auch immer. Also ich habe da schon die absurdesten Sachen gesehen, wo Leute erst so heftig dagegen waren, kaum haben sie mal selbst Kindkontakt, wird dann alles so überhöht, wie schlimm das alles ist.

Man muss bei den Grünen mitdenken, dass es nicht nur ein Streit unter Frauenpolitikerinnen und Feministinnen war um Radikalität [...]

Mechtild M. Jansen: [...] sondern Flügelstreit. Der Subtext bei der Kinderfrage war ja bei einem Teil der Leute: Frauen, wie könnt ihr nur so dumm sein und weniger arbeiten wegen der Kinder. Dabei macht sich keiner klar, was das eigentlich für Auswirkungen haben wird. Wenn du Kinder zehn Stunden oder länger weggibst, wirst du irgendwann andere Sozialisationsmodelle kriegen, wie du sie ja auch aus der DDR gekannt hast. Anstatt zu sagen: Eigentlich wollen wir 30 Stunden für alle.

Das war mir immer wichtig – ob bei der Landeszentrale oder den Müttersachen: «Kinder haben beide.» Dafür musst du Modelle schaffen. Und es ist ja auch nur eine bestimmte Phase, wo Kinder viel Aufmerksamkeit und Zuwendung brauchen, das ändert sich ja.

Auch die Alleinerziehenden-Frage stellt sich leider immer wieder. Ein bisschen anders jetzt, aber die Probleme sind nicht gelöst. Du müsstest es gesellschaftlich anders diskutieren.

Man muss das auch als soziale Frage diskutieren.

Mechtild M. Jansen: Und das ist nicht eine Frage der Rentenbeteiligung, das könntest du ja noch irgendwie abfedern. Immer mehr Betriebe sagen heute: Wenn einer zwei oder drei Jahre raus ist, kommt er nicht wieder rein. Die Arbeitswelt verändert sich so schnell, dass du nach drei Jahren völliger Analphabet bist. Das ist ja auch viel Ideologie, glaube ich. – Aber du wolltest anfangs auch noch was wissen über die Migrationssache.

Ja. 1974 ging es um das revolutionäre Subjekt und um die Kämpfe in den südeuropäischen Diktaturen. Dann kam die deutsche Einheit mit Mölln und Lichtenhagen und so weiter. Wir haben die Ausländerbeiräte angesprochen, dass die Etablierung gesellschaftlicher Organisationen ein wichtiges Vehikel für die Integration ist. Die Debatte darüber hat sich in den letzten 40 Jahren siebenmal gedreht.

Mechtild M. Jansen: Mindestens! Die Akteure haben sich auch verändert. Ich glaube, da ist auch von Fachkräfte-Seite eine Reihe gelaufen, auch von Betroffenen selber. Und je mehr Leute mit migrantischer Geschichte dann wieder in das Feld gehen, diskutieren die auch noch mal anders.

Und wenn du guckst, wie wenig Frauen in den Ausländerbeiräten hochkommen. Und untereinander, da haben sie sich auch ganz schön – heute würde man sagen: rassistisch – verhalten. Da hat es geknallt. Da war es nicht schlecht, wenn ich Gender-Themen mit aufnehmen konnte. Was ich zum Beispiel wichtig fand: Frauen und Flucht, Frauenerwerbsarbeit. Dann 2002: Religion und Migration. Ich habe gesagt: Das Thema liegt auf der Straße, das können wir persönlich finden, wie wir wollen. Das wird uns auf die Füße fallen, wenn wir da nichts machen.

Es ging um die Migranten, aber auch um die Frage: Wie gehen die Behörden mit den Problemen um? Wie schulen wir die?

Mechtild M. Jansen: Wir haben Tagungen dazu gemacht, bei denen Kontakt zu den unterschiedlichen Moscheen, zu buddhistischen oder anderen Vereinen hergestellt wurde. Später habe ich auch mit dem AmkA zusammengearbeitet. Da habe ich als Feministin – gar nicht laut sagen – versucht, Imamen die Frauenrechte nahezubringen. Was ist das Grundgesetz? Wie lebt man in Frankfurt? Das hatte ich mir auch

nicht träumen lassen, dass ich mal in einem Projekt mitarbeiten würde: Imane für Frankfurt.

Hattest du persönlich mit ihnen zu tun?

Mechtild M. Jansen: Ja, natürlich. Mit einer Praktikantin zusammen, die Pakistani war, habe ich ihnen die Frauenrechte nahegebracht.

Ganz zum Schluss – ist ja lustig, wie man sich so weiterentwickelt – habe ich noch ein Pilotprojekt mit der hessischen Polizei gemacht. Wie schulen wir Prävention in migrantischen Vereinen und Moscheengemeinden so, dass eine gegenseitige Sensibilität gefördert wird?

Ich hatte zuvor schon mal ein Projekt mit der Polizei gemacht, mit der Bundeszentrale und der Uni Marburg zusammen, über Fremdenfeindlichkeit und Fremdenangst, kurz nach der Wende. Das war schon ganz interessant, wie du auf einmal mit deinem Gegner versuchst zusammenzuarbeiten. Das wäre mir viele Jahre vorher nicht vorstellbar gewesen.

Sag mal: Du bist seit 20 Jahren bei der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen im Beirat, von Anfang an.

Mechtild M. Jansen: Ja, ich war von Anfang an im Beirat. Inzwischen bin ich Vorstand, ich hab' die Seite gewechselt.

Wie kannst du deine frühere Arbeit in den heutigen Landesstiftungsalltag einbringen?

Mechtild M. Jansen: Die Anforderungen an die Stiftungsarbeit sind heute ganz anders als früher. Aber ich profitiere natürlich von meinen Erfahrungen.

Europa ist als Thema ein ganz durchgängiges. Was ist Europa? Wie ist es mit den Völkern usw.? Die Fragen haben wir immer gestellt.

Mechtild M. Jansen: Die stellen wir auch weiterhin. Das sind Traditionslinien, die sind geblieben. Wir haben ja viel Aktuelles, sei es Ukraine oder jetzt Türkei, also die Felder, wo es politisch brennt. Dazu musst du dich natürlich verhalten.

Was manchmal ein bisschen zu kurz kommt, ist das Thema Umwelt. Wir machen auch noch ein bisschen Wirtschaft und die Rechtsfrage, also Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus. Die Frauenfrage ist ein bisschen unterbelichtet. Du musst ja auch in Frankfurt gucken: Wer bietet noch was an? Du kannst einen Ladies' Lunch machen, auch mal hin und wieder eine Tagung dazu. Wir kriegen von jungen Frauen immer wieder zu hören: Macht doch mal was zu Alleinerziehenden.

Also noch nie gehört?

Mechtild M. Jansen: Ich versuche mich immer zu erinnern, wie ich denn war, als ich jung war, und was ich von den blöden Alten da oben gedacht hab, die überhaupt das Leben nicht mitbekommen haben. Dann sollen die jungen Frauen es mal angehen. Vielleicht kann man sie unterstützen dabei.

Wir machen Seminare für Frauen, die sich mehr politisch betätigen wollen. Zunächst geht's theoretisch: Was wollen sie? Dass sie sich einmischen, nicht jammern, sondern selber machen. Insofern kommt auch alles wieder zusammen, schließlich hatte ich um die Jahrtausendwende einen Schwerpunkt: Frauen fit für die Politik. Aber dann irgendwann hatte ich das Gefühl: Nach fünf Jahren bist du durch. Dann musst du erst wieder warten. Denn die, die interessiert sind, müssen nachwachsen. Das hört nie auf. Es geht immer weiter.

Jürgen Fuchs und die Kölner Heinrich-Böll-Stiftung

Der Schriftsteller Jürgen Fuchs war neun Jahre lang, von 1987 bis 1996, in unterschiedlichen Gremien der Heinrich-Böll-Stiftung aktiv. Von Beginn an war er Mitglied im Förderkreis und im Stiftungsrat. Dem ehrenamtlichen Vorstand gehörte er von 1992 bis 1996 an, darin formal zuständig unter anderem für den Fachbeirat Kunst, aber er war auch Mitglied der DDR-Adhoc-Gruppe und verschiedener anderer Beratungszusammenhänge. Im Folgenden wird es vor allem darum gehen, welcher Art sein Engagement in dieser Institution war, welches die Besonderheiten seiner Rolle waren und was ihn schließlich dazu bewog, sich später zurückzuziehen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung in Köln (1987–1997)

Entstehung

Am 14. September 1986 kam es in Köln zum Auftakttreffen einer «Initiative zur Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung», und am 8. November 1987 wurde in Köln diese Gründung schließlich vollzogen. Sie war Teil eines dreigliedrigen Stiftungskonsortiums, in dem sich die Heterogenität der politischen Strömungen niederschlug, die es seit der Gründung der grünen Partei 1980 dort gab. So existierte, neben der Kölner Heinrich-Böll-Stiftung, ebenfalls ab 1987 die feministische Frauenanstiftung und seit 1988 schließlich der Buntstift als Zusammenschluss von Länderbildungswerken. Die drei Einzelstiftungen erhielten ihre Projektmittel vom Bundesministerium des Innern, dem Auswärtigen Amt und ab 1991 auch vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Sie bildeten einen gemeinsamen Dachverband, den Stiftungsverband Regenbogen, der Zuwendungsempfänger seitens der Ministerien war. Ein komplizierteres Konstrukt war kaum vorstellbar. Die Heterogenität im grünen Milieu und damit auch in den grünnahen Stiftungen nahm noch zu, als 1990 die DDR-Bürgerrechtspartei «Bündnis 90» das alternative politische Spektrum bereicherte.

Satzung

In der Satzung der Kölner Heinrich-Böll-Stiftung in ihrer Fassung von 1992 – und das ist sehr wichtig – fand die grüne Partei bzw. die entsprechende politische Grundströmung mit keinem Wort Erwähnung. Die einleitende Plattform bestand fast ausschließlich aus Zitaten von Heinrich Böll, hatte dabei einen sehr starken Fokus auf

Menschenrechtsfragen und machte sich sowohl Bölls moralische und politische Grundhaltung als auch seine Handlungsmaxime zu eigen. Eine Besetzung von Gremien auch durch Mandatsträger der grünen Partei war ausdrücklich nicht vorgesehen.

Die inhaltlichen Kernpunkte wurden sowohl in der Plattform als auch in der Satzung umfassend dargelegt. Als wichtigstes Satzungsziel war in § 2,1 formuliert: «Die Heinrich-Böll-Stiftung will, dass ökologisches Handeln und Wirtschaften, die Demokratie und die Solidarität unter den Menschen gestärkt und solche Verfahren und Einrichtungen entwickelt werden, die ein gewaltfreies Zusammenleben erlauben. Sie dient damit dem gesellschaftlichen Wandel und fördert die politische Bildung.»¹

Aktive Personengruppen und Individuen

Ralf Fücks, Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung seit 1996, schrieb 2014 über die Motive von Jürgen Fuchs, sich in der Kölner Heinrich-Böll-Stiftung einzubringen: «Seine Nähe zu Heinrich Böll – seiner Person und seinen Büchern – hat gewiss dazu beigetragen, dass er sich in dieser Gemeinschaft von Freigeistern engagierte.»² Die so betitelte «Gemeinschaft von Freigeistern» war ein Zusammenschluss von Individuen im Dunstkreis der grünen Partei. Biografisch stammten viele von ihnen aus verschiedenen linken Strömungen, aus denen auch die Gründungsväter und -mütter der Grünen hervorgegangen waren – aus feministischen, trotzkistischen, maoistischen Gruppierungen und anderen -ismen, auch aus der linken Sponti-Bewegung, aus ökologisch orientierten Basisgruppen sowie aus der Friedensbewegung der 1980er Jahre. Einige waren schlicht Sozialdemokraten oder stammten aus dem mittel- und osteuropäischen Dissens, aus lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen oder denen anderer Länder. Der Anteil an Schriftsteller/innen und Publizist/innen und auch an Künstler/innen war relativ hoch. Den meisten gemeinsam war, dass sie einer engen Bindung an Parteien abhold waren, sich einen ideologiefreien, offenen Diskurs und einen freundschaftlichen Umgang miteinander wünschten. Die Bedeutung der Menschenrechte, auch die von Literatur und Kunst für eine demokratische Gesellschaft, wurde sehr hoch geschätzt, und hier fand Jürgen Fuchs einen Ort, der zu ihm und seinen Intentionen passte.

Bereits seit seiner Ausbürgerung 1977 pflegte er Kontakte zu Personen und Personengruppen, die in der grünen Partei oder deren Umfeld aktiv waren. Dazu gehörten insbesondere Mitglieder bzw. Anhänger der blockübergreifenden Friedensbewegung, die auch die unabhängige Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung in der DDR und in anderen Ländern der sowjetischen Einflussphäre unterstützten. Jürgen Fuchs war auf diese Art bereits sehr dicht an den Milieus und Personen, die schließlich die Heinrich-Böll-Stiftung begründeten – vor allem war wohl Lukas Beckmann, später der erste Geschäftsführer der Stiftung, derjenige, der ihn in der Gründungsphase mit einbezog. Im Vorstandsprotokoll vom 6. Juni 1988 ist bereits festgelegt, Lukas Beckmann sei verantwortlich für den Kontakt zu Jürgen Fuchs. Später gewann

¹ Satzung der Heinrich-Böll-Stiftung (Köln) in der Fassung vom 25. Januar 1992.

² Ralf Fücks, Vorwort, in: Ernest Kuczyński, Im Dialog mit der Wirklichkeit. Annäherungen an Leben und Werk von Jürgen Fuchs, Halle/Saale 2014, S. 9.

er selbst Menschen für die Arbeit der Stiftung – so fanden etwa Edwin Kratschmer, Michael Stognienko und György Dalos über ihn den Weg in die neue Institution.

Materiallage

Was die Aktivitäten des Autors in der Institution betrifft, sind Unterlagen dazu nur schwer auffindbar. Protokolle im Archiv Grünes Gedächtnis, etwa des Vorstands, der Mitgliederversammlung oder einzelner Fachgremien, sind häufig nur das Skelett dessen, was verhandelt wurde und geben darüber hinaus wenig preis. Konflikte, die einer bestimmten Entscheidung zugrunde lagen, sind oftmals überhaupt nicht sichtbar oder werden nur in Halbsätzen angesprochen. Stimmungen, Befindlichkeiten einzelner Personengruppen sind ausgelassen – vor allem die in einer solchen Institution besonders wichtige Art der Meinungsbildung bzw. deren Qualität taucht gar nicht erst auf.

So habe ich komplementär einige wenige Personen zu Rate gezogen, die mit Jürgen Fuchs in unterschiedlichen Rollen, vor allem über die gemeinsame Vorstandsarbeit, zu tun hatten: Lukas Beckmann, René Böll, György Dalos und Frieder Wolf. Nicht zuletzt war mir auch meine eigene Wahrnehmung von Jürgen Fuchs hilfreich bei der Sortierung dieses Teils der Stiftungsgeschichte und dem Auffinden von Materialien. Wie Fuchs war ich Mitglied der 1990 vom Vorstand eingesetzten DDR-Adhoc-Gruppe, und auch im Zusammenhang mit meiner 1993 beginnenden hauptamtlichen Tätigkeit im Berliner Büro der Kölner Heinrich-Böll-Stiftung hatte ich über die Arbeit an konkreten Projekten regelmäßig mit ihm zu tun.

Den Zeitzeugen stellte ich gleichlautend folgende, bewusst sehr allgemein gehaltene Fragen: In welchen Konfliktlagen und Fragestellungen wurde die Position von Jürgen Fuchs besonders sichtbar? Und: Wie würdest du seine Rolle in der Heinrich-Böll-Stiftung charakterisieren? Im Folgenden nehme ich Bezug auf Aktivitäten von Jürgen Fuchs, soweit sie aufgrund der Materiallage belegt sind.

DDR-Adhoc-Gruppe

Im Mai 1990 erhielten alle politischen Stiftungen Sondermittel des Bundesinnenministeriums für die demokratische und politische Bildungsarbeit in der DDR. Auf die Heinrich-Böll-Stiftung entfielen zu Beginn 430.000 DM, in den Folgejahren weitere 436.000 DM – ein vergleichsweise großer Betrag vor allem unter dem Blickwinkel, dass viele kleine Initiativen und Projekte auf dem Territorium der gerade noch existierenden DDR nur wenig Geld benötigten, um ihre Ideen voranzutreiben. Allerdings fehlten die Strukturen, um das Geld verteilen zu können. Der Vorstand benannte deshalb ein Gremium, die sogenannte DDR-Adhoc-Gruppe. Sie konstituierte sich schon im Juni 1990, bestand vor allem aus Bürgerrechtler/innen der DDR und sollte über die entsprechenden Projektanträge entscheiden. Mitglieder waren unter anderem Ulrike Poppe, Andreas Schönfelder, Ludwig Mehlhorn, Thomas Seidel und Lotte Templin. Ihnen zur Seite gestellt waren drei Personen aus der «alten» BRD, von denen zu Recht vermutet wurde, dass sie sich mit den Gegebenheiten im Westen besser auskannnten. So kam der bereits 1977 emigrierte Jürgen Fuchs quasi als «Westler» in dieses

Gremium – tatsächlich kannte er sich mit Gegebenheiten und Strukturen innerhalb bestimmter intellektueller und literarischer Milieus hervorragend aus.

Die sehr intensiv arbeitende Gruppe nahm ihre Aufgabe für die Dauer eines knappen Jahres wahr und wurde 1991, letztlich auch nur für die Dauer eines knappen Jahres, durch ein gewähltes Gremium ersetzt, den Fachbeirat Neue Länder, für den Jürgen Fuchs als Vorstandsmitglied qua Satzung nicht nominiert werden durfte. Danach gab es in der Gremienstruktur keine Unterscheidung mehr in alte und neue Bundesländer.

Projekte

Die Chance, eigene Projektideen umzusetzen und dafür auch eine Möglichkeit der Finanzierung vorzufinden, dürfte natürlich ein zentrales Motiv für das Engagement in der Heinrich-Böll-Stiftung gewesen sein. Für Jürgen Fuchs waren vor allem Themen wichtig, die den Umgang mit Geschichte, insbesondere der Selbstbehauptung des Einzelnen unter den Bedingungen der Diktatur, im Fokus hatten. Sein Blick war speziell auf die gesellschaftliche Verantwortung der Schriftsteller und Intellektuellen gerichtet, und seine Aufmerksamkeit galt vor allem der Betrachtung des gerade an sein Ende gekommenen SED-Staates sowie anderer Staaten des sowjetischen Einflussbereichs. Zahlreiche Projekte und Veranstaltungsideen wurden von ihm initiiert oder lanciert, und er trat selbst häufig als Podiumsteilnehmer oder als lesender Autor in Erscheinung. Im Folgenden seien einige wichtige Beispiele für seine Aktivitäten genannt.

1990 hatte er wesentlichen Anteil daran, dass der umfangreiche Stasi-Akten-Bestand des DDR-Dissidenten und Physikers Robert Havemann, insgesamt 85 Ordner, archivisch erschlossen werden konnte. Diese Aufgabe wurde als vierjähriges Kooperationsprojekt zwischen der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Havemann-Archiv von Michael Stognienko umgesetzt.

Die von Edwin Kratschmer, Hochschullehrer in Jena und ein enger Vertrauter von Jürgen Fuchs, von 1993 bis 2001 durchgeführte Veranstaltungsreihe »Jenaer Poetikvorlesungen«, eine Kooperation des Collegium Europaeum Jenense und der Heinrich-Böll-Stiftung, war von Fuchs initiiert und bis zu seinem Tod 1999 unterstützt worden. Dabei handelte es sich um 30 öffentliche Poetikvorlesungen mit 30 Autorinnen und Autoren aus zehn Ländern, von denen sich viele unter den Bedingungen totalitärer Regimes behauptet hatten. Unter ihnen waren viele große Namen, etwa die späteren Nobelpreisträger Herta Müller und Imre Kertész, der Ungar István Eörsi, die Polen Tadeusz Różewicz und Andrzej Szczypiorski, die Russen Daniil Granin und Lew Kopelew, die Tschechen Ludvík Kundera, Pavel Kohout und Jiri Gruša, die ehemaligen DDR-Autoren Günter Kunert, Wolf Biermann und Reiner Kunze. Jürgen Fuchs selbst hielt seine viel beachtete Vorlesung mit dem Titel »Poesie und Zersetzung« am 16. Juli 1993 als Auftakt der gesamten Veranstaltungsreihe.

Im April 1993 sprach Fuchs auf einer Konferenz in Moskau zum Thema »Stasi, KGB und Literatur«, im Kern ein Diskurs zwischen deutschen und russischen Schriftsteller/innen, an dem auch Joachim Gauck und Roland Jahn beteiligt waren.

Nur einen Monat später kam es in Prag zu einer im Untertitel so genannten «Konferenz zur mitteleuropäischen Verständigung» anlässlich des 25. Jahrestags des Prager Frühlings. Sie trug den Titel «Berlin—Prag—Paris 1968». Neben Jürgen Fuchs waren unter anderem Daniel Cohn-Bendit, Joschka Fischer und Gretchen Dutschke daran beteiligt.

Am 16. und 17. September 1994 fand in Berlin die Tagung «Die Zukunft der Vergangenheit» mit dem Untertitel «Einmischung in eigene Angelegenheiten» statt. Darin ging es um die Selbstbehauptung von Individuen unter den Bedingungen der Diktatur. Jürgen Fuchs hatte hierbei die Rolle eines konzeptionellen Beraters – ich meine mich zu erinnern, dass auch der Titel der Tagung von ihm stammte. Er selbst moderierte ein Panel «Berichte vom Leben in der Diktatur», auf dem auch Waclaw Długoborski, damals Direktor des Auschwitz-Museums, zu Wort kam.

1996 fand auch das internationale Berliner Symposion «Die Sprache als Hort der Freiheit – Sprachwende und Sprachwandel nach 1989» seine konzeptionelle Unterstützung. Hier sprachen renommierte osteuropäische Fachleute und solche aus Ost- und Westdeutschland – Sprachwissenschaftler/innen, Journalist/innen, Schriftsteller/innen, Soziologen und andere.

Besonders wichtig war die im Februar 1996 in Berlin stattfindende große Tagung, die von der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg und den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt wurde. Dabei ging es um ein Thema, das für Jürgen Fuchs persönlich von höchster Relevanz war und ihn sehr beschäftigte, unter anderem vermutlich, weil es mehrere Sphären seines Lebens miteinander verband und seine Empathie in besonderer Weise herausforderte. Es ging um die Bspitzelung und Verfolgung Jugendlicher durch den Staatssicherheitsdienst der DDR, um die Einwerbung von jungen Menschen für die Zwecke des Geheimdienstes, um die Instrumentalisierung von Unmündigen durch Offiziere des Staatssicherheitsdienstes. Die Veranstaltung, die große öffentliche Resonanz erzielte und in der Folgezeit noch an anderen Orten wieder aufgelegt wurde und auch in eine Buchpublikation mündete, hatte den Titel «Beschädigte Seelen – verstörte Gewissen. Die Kinder- und Jugendpsychologie des MfS und ihre Folgen». Protagonist/innen der Tagung waren vor allem Psycholog/innen und Sozialtherapeuten, Pastoren und Pädagoginnen. Gemeinsam suchten sie nach den Wirkungsmechanismen, über die es dem MfS gelungen war, auf Jugendliche Einfluss zu nehmen.

Konflikte

Zu der Frage, wie sich Jürgen Fuchs anlässlich politisch-inhaltlicher Konflikte positionierte, seien zwei Beispiele genannt. In einer der Organisationen, mit denen die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin kooperierte, der «Gedenkbibliothek für die Opfer des Stalinismus» mit Sitz am Hausvogteiplatz, kam es im Herbst 1994 zu einem Konflikt um die Vergangenheit einer KZ-Aufseherin, der sowohl in der Gruppe selbst, von der einige Mitglieder in der Debatte rechtspopulistische Positionen einnahmen, als auch außerhalb hohe Wellen schlug. Im Kern ging es dabei um die Frage, ob man dieser

Frau, die zum Opfer des SED-Staates geworden war, den Opferstatus absprechen dürfe. Jürgen Fuchs bestand – darin Heinrich Bölls Positionen in der Terrorismusdebatte der 1970er Jahre nicht unähnlich – auf der Gültigkeit rechtsstaatlicher Prinzipien auch für Nazis. Vor allem aber blieb er seiner wichtigen Maxime treu, die da hieß: «Sagen was ist» – der Opferstatus der Frau sollte zwar anerkannt, gleichzeitig aber über ihre Nazi-Vergangenheit gesprochen werden. Seine Auffassung war, dass die beiden Dimensionen ihrer Vergangenheit nicht gegeneinander aufgerechnet werden konnten und sollten.

In einem weiteren Konflikt, den ich nirgendwo nachvollziehbar dokumentiert gefunden habe, ging es um die Kuba-Arbeit der Stiftung: Ein kubanischer Bürgerrechtler und Vertreter der Stiftung, Pablo Milanés, war als Gast der Heinrich-Böll-Stiftung in Köln. Nach Aussage des damals zuständigen Referenten handelte es sich bei der kubanischen Stiftung um eine NGO, was auch immer man darunter unter den kubanischen Bedingungen der 1990er Jahre verstanden wissen wollte. Jürgen Fuchs befragte den Gast zur Situation der Menschenrechte in dem Inselstaat, genauer zu seiner Haltung gegenüber der just erfolgten Ausbürgerung des Schriftstellers José Díaz. Darauf erwiderte der Gast, so das Zeugnis von György Dalos: «Yo soy comunista» («Ich bin Kommunist»), ein mehr als deutlicher Hinweis auf die Regimetreue des Befragten. Fuchs gehörte mit großer Entschiedenheit in der sich nun ergebenden Debatte um mögliche Kooperationen in Kuba zu denjenigen, die Partner solcher Art für die Heinrich-Böll-Stiftung als nicht geeignet empfanden.

Die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin (ab 1997)

Im Ergebnis umfassender Fusionsverhandlungen, die der Erwartung der Partei Bündnis 90/Die Grünen folgten, schlossen sich 1997 die eingangs genannten drei grünen Einzelstiftungen zusammen zu einer Institution, die wiederum den Namen Heinrich Bölls trug. Im Leitbild der neuen Stiftung, wie es später formuliert wurde, wird zwar der Schriftsteller Böll noch genannt, aber gleich im ersten Satz heißt es: «Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der »grünen« politischen Grundströmung [...]» Die Stiftung definiert sich selbst als grüne Ideenagentur, deren oberste Maxime das weltweite Engagement für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte ist, und nimmt ausdrücklich Bezug auf die politischen Inhalte und Ideale, die auch für die Partei Bündnis 90/Die Grünen besonders bedeutsam sind. Die Bedeutung von Kunst und Kultur, die in der Satzungsplattform der alten Heinrich-Böll-Stiftung so breiten Raum einnahm, ist reduziert auf den Satz: «Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.»³

In der neuen Satzung heißt es: «Allen Organen und Gremien dürfen nur bis zu einem Viertel Personen angehören, die auf Landes- oder Bundesebene ein Parteiamt innehaben oder die in Landes-, Bundes- oder Europaparlament ein Mandat ausüben» (§ 5/1) – auch dies ein deutlicher Unterschied zur Kölner Stiftung, in deren Satzung die aktive Ausübung eines Parteiamtes ausgeschlossen war. Für die 49-köpfige

3 Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung (Berlin), www.boell.de, 2016.



Jürgen Fuchs, 1992

Mitgliederversammlung ist die Wahl von maximal vier Personen aus Bundespartei und Bundestagsfraktion plus einer weiteren Person aus dem EU-Parlament vorgegeben, im neunköpfigen Aufsichtsrat muss mindestens eine Repräsentantin oder ein Repräsentant der Partei bzw. der Fraktion vertreten sein.

Jürgen Fuchs hat sich selbst an den Fusionsverhandlungen nicht beteiligt – aus meiner Warte möchte ich sagen: Wozu auch? In diesem kleinteiligen Kampf um unterschiedliche Programmatik, um Personalangelegenheiten, Satzungsdetails und Erbhöfe gab es für seine inhaltlichen Interessen kaum Raum, und gewiss war ihm mehr daran gelegen, seine Projekte voranzutreiben. Es ist keine direkte Äußerung von ihm überliefert, was er über die nun angestrebte stärkere Anbindung an die grüne Partei dachte. Bei aller Sympathie, die er für grüne Ideen hegte, dürfte ihm bei seiner biografisch begründeten Parteien-Abstinenz daran kaum gelegen haben. Dennoch trug er die Fusion zumindest in der Form mit, so dass er auf der letzten Mitgliederversammlung der alten Heinrich-Böll-Stiftung 1997 dem Verschmelzungsvertrag zustimmte.

Gründe für den Ausstieg

Sicher ist allerdings, dass Jürgen Fuchs den Wechsel von der alten zur neuen Heinrich-Böll-Stiftung nur pragmatisch nachvollzog. Zwar war er noch Mitglied der neuen Mitgliederversammlung, aber offenbar nahm er vom 7. bis 8. Dezember 1996 letztmalig an einer Sitzung teil. Auch ließ er sich in den neu gegründeten Fachbeirat Kunst wählen, aber er trat dort nur sehr verhalten in Erscheinung und wurde nur auf zwei Sitzungen gesehen. In einem längeren Brief an das Fachbeiratsmitglied Peter Rüdel vom 8. Februar 1997, in dem es um die künftige inhaltliche Ausrichtung des Fachbeirats Kunst geht, beschwört Fuchs noch einmal den inhaltlichen Konsens der Kölner Heinrich-Böll-Stiftung insbesondere im Umgang mit den Diktaturen der Vergangenheit und der Haltung zur Demokratie und wünscht sich, dass dieser Konsens «nicht aufgekündigt» wird. Im Protokoll des Fachbeirats vom 5. September 1997, einer Sitzung, an der Fuchs vermutlich letztmalig teilgenommen hat, wird vereinbart, dass er sich in einem kurzen schriftlichen Statement «zur Rolle von Kunst und Kultur in einer Massendemokratie» äußern soll. Ob es zu diesem Statement tatsächlich kam, ist nicht überliefert.

Noch gravierender als mögliche Vorbehalte gegenüber der neuen Organisation mag der Umstand gewesen sein, dass Fuchs schwer krank war. Zudem lösten sich die freundschaftlichen Zirkel der alten Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Weggang der Geschäftsstelle aus Köln nach und nach auf – die Anfänge dieser Entwicklung dürfte Fuchs noch erlebt haben.

Bereits 1994 gab es für Jürgen Fuchs die Diagnose «Plasmozytose», einer seltenen Form der Leukämie. Für ihn verband sich damit eine neue Prioritätensetzung zugunsten seines umfassenden Werks «Magdalena» (erschieden 1998). Seine Reise-tätigkeit nahm ab – was seine Teilnahme etwa an Vorstandssitzungen in Köln betrifft, so scheint diese etwa ab 1996 kaum noch in Frage gekommen zu sein. Allerdings nahm er nun häufiger als zuvor Stellung zu inhaltlichen Angelegenheiten per Fax. Auch informierte er die anderen Vorstandsmitglieder regelmäßiger als bisher,

manchmal recht ausführlich, über andere von ihm an den Tag gelegte Aktivitäten, etwa über sein Engagement in der Stasi-Akten-Diskussion. Beigefügt waren des Öfteren eigene Zeitungsartikel und Stellungnahmen, die er dem Vorstand zur Kenntnis geben wollte und die seine Positionierung in dieser Debatte erhellten. In einem Fax vom 4. Februar 1993 an den Vorstand heißt es: «Bitte sagt an einer passenden Stelle, daß ich Stasi-Struktur-Recherchen mache und leider weniger Zeit für die Stiftung habe als gedacht/gewollt.» Doch auch aus reinen Verbandsangelegenheiten hielt er sich nicht heraus. So nahm er zu einem internen Konflikt in einem Fax an den Vorstand vom 8. Oktober 1994 wie folgt Stellung: «Alle Kritik muss ausgesprochen werden, jedoch wünsche ich mir dabei Freundlichkeit und – auch Heinrich Böll verwendete es – Höflichkeit. Der andere muß und darf nicht fertiggemacht werden.»

Ein besonders wichtiges Dokument zu seiner Haltung gegenüber der alten und der neuen Stiftung findet sich im Jahresbericht 1995/96. Darin abgedruckt sind zwei Beiträge «Zur Bedeutung Heinrich Bölls», der eine von György Dalos, der sich bevizugt mit der Rolle Bölls «als moralische Autorität im Osten» befasst, der andere von Jürgen Fuchs – ein unbetitelter mehrseitiger Text in Gedichtform, gewissermaßen sein Vermächtnis. Ich will nicht allzu viel dazu sagen, der Text spricht selbst. Innerhalb dieses Gedichts, das ich im Folgenden nur in Auszügen zitiere, benennt er Heinrich Bölls Unterstützungsleistung gegenüber politisch Verfolgten an einem selbst erlebten Beispiel aus der DDR und würdigt dessen moralische Haltung, wie sie sich in seinem Handeln und seinen literarischen Botschaften widerspiegelt. Fuchs beklagt in diesem Text auch die Fusion der drei grünen Einzelstiftungen:

*[...] Jahrelang
Bin ich im Vorstand, HBS heißt die Abkürzung
Eine Reform ist im Gange
Ein Zusammenschluß
Aus drei mach eins, Buntstiftung, Frauenanstiftung
Und die alte Heinrich-Böll-Stiftung
Höre ich mich sagen
Werden eins
In Berlin
Und der Name? Nach Hin und Her
Der alte
Ach so, höre ich eine sagen
Und Hannah Arendt?
Stiften gehen
Weggehen
Was hat das mit ihm zu tun? Gar nichts, Regine
Vielleicht gar nichts. Was kann die Familie
Retten? Sie muß gar nichts retten
Sie muß sich und ihn retten
Vor Dummheit, Feigheit
Ignoranz, vor «einem bewußt gewählten Unternehmensprofil» [...]*

Fuchs lässt seine eigene Zeit in der Kölner Stiftung Revue passieren:

*Ich bin immer gern nach Köln gefahren
Unter Krahnenbäumen
In die Alte Feuerwache
Es gab viele gute Projekte, weltweit, gewiß
Die will ich nicht vergessen oder runtermachen [...]*

*Freundlich und musisch
Könnte es zugehen
Aber
Weitere Sitzungen, eingehende Vorschläge, die stärker sind
Fertige Pakete, verschiedene Interessen, FB-Aufbau Ost, Aufbau
West
Fachgremien Wahl und Vorabtreffen, Frauen vor
Flußlandschaft. [...]*

Im Fortgang des Gedichts wird der Ton bitterer und geht vollends über in Resignation:

*Woher kommt der Haushalt, vom Staat? Weil der nette
Promi tot ist, verstorben? Und unsere Stellen?
Vom Vorstand, vom hauptamtlichen Vorstand
Verhärtete dein Herz
Verschleiß deine Hände
Der Wind hat sich gedreht
Ich soll konstruktiver sein, geduldiger? [...]
Welcher Ausweg? Kommunikations-Design?
Durchhalten? Die Institution
Kennenlernen und
Gestalten?
Politik?
Das hier beschmunzeln und verlachen als
Lyrik und Rahmenprogramm
Durchgeknallte
Gefühle*

Und noch einmal der Bezug zu Heinrich Böll, zu dessen Gedicht «Meine Muse», gewissermaßen als Fazit:

*Meine Muse [...] kreischt
Umsonst Narr
Narr umsonst*

*Aber die schönen Poetik-Vorlesungen in Jena
Und mediaWatch und Schwarz auf Weiß
Und das Haus in Langenbroich
Und das eine kleine
Zimmer im Haus der Demokratie, sympathisch: Büro Berlin*

Fuchs starb 1999 aufgrund seiner Leukämieerkrankung. Sein Tod nährte die Vermutung, er sei als Häftling des MfS vorsätzlich Gammastrahlen ausgesetzt worden – ein Verdacht, der sich bis heute nicht abschließend durch Beweise erhärten lässt. Ob und inwieweit er sich, unwahrscheinlich genug, in der neuen Heinrich-Böll-Stiftung weiter eingebracht hätte, werden wir schon aufgrund der ebenso schrecklichen wie banalen Tatsache seines frühzeitigen Ablebens nicht mehr erfahren.

Fazit

Jürgen Fuchs konnte in den Gremien der Heinrich-Böll-Stiftung – und dies trotz seiner knappen zeitlichen Möglichkeiten – viel bewirken. Er nahm die Arbeit in den jeweiligen Gremien sehr ernst, bereitete sich, so sein damaliger Ruf, gründlich vor, war ein aktiver Zuhörer und entfaltete den Menschen gegenüber große Verbindlichkeit. Wenn es zu Konflikten kam, so meine eigene Erfahrung, gehörte er zu denen, die um Rat gefragt wurden. Eine Vielzahl von bedeutsamen Projekten von großer Strahlkraft und Wirkung, etwa solchen im Zusammenhang mit der Aufarbeitung von DDR-Geschichte oder von deutsch-deutschen Themen gleich nach der Wende, hätte es ohne seinen Einfluss und sein Zutun wohl kaum oder nicht in dieser Form gegeben. Fuchs verstand es, sich Gehör zu verschaffen, und er wurde gehört.

Zu Jürgen Fuchs positioniert sich Lukas Beckmann wie folgt: «Für mich wohl das Entscheidende: Er sprach nicht nur ideell von Grundrechten, Menschenrechten und Bürgerrechten. Seine Lebenserfahrung mit der Macht und den subtilen Mitteln eines Regimes, das den Bürgern ihre Freiheit raubt, war immer präsent. Eine Erfahrung, die uns in den Westbiografien dieser (meiner/unserer) Generation fehlte.» Der spätere Geschäftsführer Frieder Wolf sagt zu seiner Rolle: «Jürgen agierte über menschliche, nicht über institutionelle Netzwerke. Mit diesem freiheitlichen Ansatz war er sehr nah am Gründungsimpuls der Böll-Stiftung.»

Die Geschichte von Jürgen Fuchs und der Heinrich-Böll-Stiftung ist eine, die von Nähe und Distanz handelt: Distanz ohnehin gegenüber den formalen Anforderungen, die sich aus dem institutionellen Rahmen selbst ergeben, allerdings genug Nähe, um in diesem Rahmen etwas bewirken und Einfluss nehmen zu können. Freundschaftliche Wertschätzung gegenüber den im Rahmen der Heinrich-Böll-Stiftung aktiven Individuen, großzügiges Lob zu gelingenden Projekten, kreativem Potenzial und guten Ideen – heute würde man diese Haltung als «achtsamen Umgang mit anderen» bezeichnen. Jürgen Fuchs formulierte Kritik direkt, wenn aus seiner Sicht Wesensmerkmale von Menschenrechten nicht beachtet wurden oder die historische Wahrheit verletzt wurde. René Böll sagt dazu: «Sein Eintreten für die Menschenrechte war

ohne Wenn und Aber» – dies war ohne Frage eine Haltung, die er mit dem Namensgeber der Stiftung gemeinsam hatte.

Jürgen Fuchs nahm die Rolle des Senators ein, des Älteren, der sich, unverstellt durch vorgeschobene Objektivität, ein Werturteil zutraute und es anderen zumutete. Bei aller Freundlichkeit und Zugewandtheit war Freundschaft, so meine Perspektive, nicht wahrnehmbar – auch diesbezüglich blieb die Distanz gewahrt. Rückblickend sagt György Dalos zur Rolle des Jürgen Fuchs in der Heinrich-Böll-Stiftung: «Er war moralisch, aber nicht moralisierend, er atmete die Wahrheit.»

Über die Frage, welchen Stellenwert das Engagement in der Heinrich-Böll-Stiftung für Jürgen Fuchs selbst hatte, können wir noch keine gesicherte Auskunft geben – dies wird künftigen Biografen vorbehalten bleiben. Es gab andere Bereiche seines Lebens, in die er Kraft, Mut und Zeit einbrachte. Sehr wichtig war ihm das Finden der historischen Wahrheit bei der Sichtung von Akten des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Unglaubliches leistete er, der Schriftsteller, beim Schreiben seines letzten Werkes, «Magdalena», gezeichnet von seiner unheilbaren Krankheit. Und da war seine Familie, seine Arbeit, der Schriftstellerverband, der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen, da waren Menschen, die seinen Rat und seine Unterstützung suchten. Vermutlich war das Engagement in der Heinrich-Böll-Stiftung bei alledem nur ein kleineres Segment.

Verwendete Materialien

Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand D.V.2 Heinrich-Böll-Stiftung, Köln: Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen, DDR-Adhoc-Gruppe.

Lukas Beckmann an die Verfasserin, E-Mail vom 31. Oktober 2016.

René Böll an die Verfasserin, E-Mail vom 6. Oktober 2016.

György Dalos an die Verfasserin, E-Mail vom 28. September 2016.

Faltblatt zum 25. Jubiläum der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2016.

Jahresbericht der Heinrich-Böll-Stiftung 1995/96, Köln.

Edwin Kratschmer et al., Poesie und Zersetzung. Reihe Literatur zur Beförderung der Humanität, Jena 1993.

Edwin Kratschmer (Hg.), Dem Erinnern eine Chance. Jenaer Poetik-Vorlesungen «zur Beförderung der Humanität» 1993/94, mit Jürgen Fuchs, Ludvík Kundera, Pavel Kohout, Wolf Biermann, Herta Müller, Elazar Benyoëtz, Andrzej Szczypiorski, Adolf Endler, Köln 1995.

Ernest Kuczyński, Im Dialog mit der Wirklichkeit. Annäherungen an Leben und Werk von Jürgen Fuchs, Halle/Saale 2014.

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung (Berlin), www.boell.de, 2016.

Jörn Mothes (Hg.) et al., Beschädigte Seelen. DDR-Jugend und Staatssicherheit, Bremen 1996.

Satzung der Heinrich-Böll-Stiftung (Köln) in der Fassung vom 25. Januar 1992.

Frieder Wolf an die Verfasserin, E-Mail vom 18. Oktober 2016.

2 Das historische Dokument

Föderatives Stiftungsmodell

Rede von Christine Dörner zum Antrag für ein «Föderatives Stiftungsmodell» auf dem Parteitag der Grünen in Oldenburg, 19./20.9.1987¹

Ich heiße Christine Dörner und ich bin von der AL Berlin, die zusammen mit dem Landesverband Niedersachsen, speziell der Stiftung Leben und Umwelt, den Antrag für ein föderatives Modell in der Stiftungsfrage eingebracht hat.

Ich denke, dass sich die Entscheidung für eine Stiftung und auch für ein bestimmtes Stiftungsmodell politisch begründen lassen muss, und zwar aus den Notwendigkeiten, die man hier und heute formulieren muss. Meines Erachtens sind die Gründe, ein bestimmtes Stiftungsmodell einzurichten, folgende:

Wenn man sich diese politische Landschaft im Moment betrachtet, so stellt man, was auch schon in der Wahldebatte angeklungen ist, fest, dass die Aufbruchstimmung der 70er Jahre verschwunden ist. Und das gilt nicht nur für die grüne Partei. Das gilt auch für die Bewegung. Wenn wir uns an die großen Solidaritätsdemonstrationen zum Beispiel mit der Dritten Welt, Chile in den 70er Jahren erinnern, der Kampagne der Frauen gegen den 218, die Aufbruchstimmung, die herrschte beim Aufbau von Frauenzentren, und vielem anderen mehr, ich will diese Latte von Beispielen nicht fortsetzen, dann ist klar, dass wir heute vor veränderten politischen Bedingungen stehen und dass dieses Abflauen der sozialen Bewegung auch seine Entsprechung in der öffentlichen Diskussion gefunden hat. So ist das Waldsterben kein Thema mehr. Es wird wieder gerast auf bundesdeutschen Autobahnen. Katastrophen wie die Rheinverschmutzung werden fast schon wie Naturkatastrophen hingenommen und sind nach 14 Tagen, spätestens drei Wochen, raus aus der öffentlichen Diskussion.

Die Antworten, die bis jetzt auf diese veränderte politische Situation gegeben wurden, sind mehr als dürftig, häufig platt und an der Vielschichtigkeit des Problems vorbeigehend. Diese zwei Strömungen, die sich in ihren Polen ausmachen lassen – eine setzt auf das Motto «Augen zu und durch und warten, dass die Zeiten besser werden», die andere, die auf weniger Radikalität setzt in der Politik –, die lassen sich nicht nur bei den Grünen ausmachen. Die finden sich in den Bewegungen genauso wieder. Als Beispiel dafür: Ich denke, der Versuch von Alice Schwarzer, gegen den 218 jetzt vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen, ist nichts anderes als der Versuch, fehlende soziale Bewegung durch juristische Vorgehen zu kompensieren. Ich glaube, dass diese eben beschriebene Situation eine sehr intensive Diskussion fordert, um die Situation, in der wir stehen, um unsere Vorstellungen und Zukunftsentwürfe, die

¹ Transkript der Rede von Christine Dörner, Archiv Grünes Gedächtnis, Tonsammlung, Sign. TK-00313/1-11

Möglichkeiten, die wir haben, unsere Ideen verbreiten und durchzusetzen. Und es ist genauso notwendig, dass in diese Diskussion möglichst viele Teile der sogenannten grünen alternativen Grundströmung einbezogen werden. Denn die grüne Partei wird nicht erfolgreich sein auf parlamentarischer Ebene ohne ein aktives Umfeld. Und die neuen sozialen Bewegungen werden nicht gestärkt dadurch, dass die ihnen nahestehende Partei parlamentarisch zurückgestutzt wird.

Es ist weiterhin notwendig, dass für diese Diskussion ein Ort geschaffen wird, an dem unabhängig von aktuellen Handlungszwängen miteinander gesprochen werden kann. Wo Menschen nicht als Vertreter/innen von Bewegungen oder Fraktionen auftreten müssen, sondern die Chance haben, als politisch kompetente, selbstverantwortliche Persönlichkeiten und Individuen zu handeln und sich darzustellen. Auch ein Ort, der nicht immer im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht und der es damit ermöglicht, auch selbstkritische Überlegungen zu äußern.

Ich denke, dass ein solcher Ort eine Grünen-nahe Stiftung sein könnte, wo der inhaltliche Diskurs über Bewegungsgrenzen hinweg wiederaufgenommen wird.

Diese Beschreibung der politischen Notwendigkeiten ist zugleich eine Aufgabenbeschreibung dessen, was die Stiftung machen soll und auch eine Aussage darüber, was sie nicht machen soll und darf.

- Erstens: Die Diskussion über Bewegungsgrenzen hinweg [oder gar] wenn das Gespräch mit Menschen gesucht wird, die uns kritisch gegenüberstehen, ist nicht möglich, wenn die Stiftung auf einen inhaltlichen politischen Ansatz festgelegt wird und dies zur Voraussetzung der Teilnahme der Stiftungsarbeit gemacht wird. Um das zuzuspitzen: Die Frage, ob der Feminismus die Lösung aller Fragen darstellt, ist selbst noch eine Frage und kann nicht vorab festgeschrieben werden.
- Zweitens: Eine Stiftung, die im Wesentlichen ein Finanzierungsinstrument der sozialen Bewegungen ist, mag vielleicht keinen Schaden anrichten, sie wird aber auch nichts qualitativ Neues schaffen helfen. Die Flaute der sozialen Bewegungen ist keine Geldfrage. Wer entscheidenden Einfluss in der Bevölkerung gewinnt, das ist von ganz anderen Faktoren abhängig, sonst hätte die Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre nicht erfolgreich sein können. Denn da gab es keine grüne Partei und keine Finanziere für diese Bewegung.

Genauso schlimm wäre es aber, wenn die Stiftung ein Instrument der grünen Partei würde, in dem Sinne, dass kurzfristige Parteiinteressen, zum Beispiel die Erarbeitung eines Gutachtens in einer bestimmten Frage, zur Hauptaufgabe der Stiftung würden. Die Stiftung wäre dann nichts anderes als ein Dienstleistungsunternehmen für die Partei bzw. für die Bundestagsfraktion oder andere zentrale Gremien. Was dabei herauskommt, zeigt die Praxis der [Altstiftung] zur Genüge.

Ich glaube, entscheidend ist: Die Stiftung kann nur dann erfolgreich den Diskurs organisieren, wenn sie als gemeinsames Projekt der verschiedenen Teile der grün-alternativen Bewegung angelegt ist. Also, dass sowohl Leute aus der grünen Partei, die Bewegung, als auch unabhängige Einzelpersonen an dieser Stiftungsarbeit teilnehmen.

Und jetzt kommt für mich ein zweiter und sehr wesentlicher Punkt: Um diese übergreifende Diskussion zu organisieren, ist es unerlässlich, dass sich die Stiftung auf existierende Zusammenhänge stützt. Wie ihr alle wisst, haben überregionale Treffen häufig gezeigt, dass es nichts nützt, wenn auf Bundesebene lediglich einige Großkopfferten oder Großkopffertchen zusammengesetzt werden und miteinander diskutieren. Das Ergebnis ist häufig ein lediglich unproduktiver und häufig auch peinlicher Schlagabtausch, wo nicht mehr zugehört wird, sondern nur noch aufeinander eingedroschen wird.

Interessante Ideen, Projekte und Projektvorschläge erfordern in der Regel eine längere kontinuierliche Diskussion, und die läuft normalerweise auch auf regionaler Ebene – und gerade da. Politisch einflussreiche und in der Öffentlichkeit auch diskutierte Vorschläge wie zum Beispiel die Proklamation von Städten als atomwaffenfrei, die Entwicklung von Konzepten für Wirtschaftsregionen zum Beispiel zur Stahl- und Werftenkrise sind aus lokalen und regionalen Zusammenhängen entstanden. Um hier weiterzukommen und die Vernetzung zwischen verschiedenen Bewegungen voranzutreiben, ist ein regionaler Bezug unbedingt notwendig.

Um es deutlich zu sagen: Dieser gewünschte regionale Bezug hat nichts mit Provinzialismus zu tun. Dieser Vorwurf ist deutlich zurückzuweisen. Vielmehr geht es um Folgendes:

- Erstens: Menschen müssen in einen längerfristigen kontinuierlichen Dialog einbezogen werden.
- Zweitens: Die je spezifischen Stärken der einzelnen Regionen sind auch für die Stiftungsarbeit zu nutzen.
- Drittens: Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, die in den einzelnen Regionen existieren, sollen auch zum Zuge kommen und nicht über den Kamm eines bundesweiten Stiftungskompromisses geschlagen werden.
- Viertens: Es geht darum, qualifizierte Diskussionen auf regionaler Ebene zu fördern. Die vor Ort Aktiven sollen nicht nur Zuschauer für bundesweiten Stiftungsspektakel sein. Und die Situation ist ja die, das wisst ihr alle im Moment auch: Die zentrale bundesweite Debatte ist ja nicht gerade auf einem Höhenflug. Es geht nicht zuletzt auch darum, dass
- fünftens die politischen Instanzen der Stiftung, das heißt die Entscheidungsinstanzen, über die Aktivitäten der Stiftung auch regional verankert werden müssen und die Landesorganisationen nicht auf bloße Bildungsarbeit reduziert werden, während die politischen Aktivitäten der Stiftung ausschließlich zentral entschieden werden. Dies schließt nicht aus, dass über die Aktivitäten der Stiftung auf Bundesebene koordiniert wird und auf Bundesebene Schwerpunkte gesetzt werden. Zum Beispiel kann die Bundesebene durchaus zu Entscheidungen kommen und sagen: Das nächste Jahr der Stiftungsarbeit ist zum Beispiel der Frage der Asylpolitik gewidmet. Nur ist es dafür nicht notwendig, dass ein zentraler Apparat aufgebaut wird auf Bundesebene. Es ist genauso denkbar und machbar, dass eine Landesstiftung, die an dieser Frage schwerpunktmäßig gearbeitet hat, auch eine bundesweite Koordination übernimmt.

Zum Schluss noch eine Sache: Mir hat sehr gut gefallen, was Christine Merkel geschrieben hat in den Unterlagen für die Heinrich-Böll-Stiftung. Ich zitiere:

Es geht ganz wesentlich um das Zusammenbringen von typischerweise getrennten, an den Rand gedrängten und gegeneinander ausgespielten Personengruppen. Ein Projekt zur Chemieindustrie, in dem Chemiarbeiter/innen und Umweltschützer/innen, Verbraucher/innen, Bauern und Bäuerinnen und Krebspatient/innen zusammenarbeiten, wäre hierfür ein Beispiel.

– Zitatende.

Ich stimme dieser Aussage vorbehaltlos zu. Wenn es gelänge, solche Projekte zu initiieren, wäre dies ein gewaltiger Fortschritt. Nur kann ich überhaupt nicht sehen, wie ein solches Projekt zustande kommen soll, wenn es nicht als Idee aus einer Region kommt, die unter der Chemieindustrie leidet, wo die Kontakte zwischen den Menschen bestehen oder behutsam aufgebaut werden können und wo eine kontinuierliche und längerfristige Arbeit untereinander möglich ist.

Kommentar: Anne Vechtel

Die Diskussion über das Ob und Wie einer Grünen-nahen Stiftung hat eine lange Geschichte. Eine Stiftung war nie unumstritten, weder in der Partei selbst noch im grün-alternativen Milieu. Auf dem Parteitag in Oldenburg im September 1987 erlebte die Diskussion einen ersten Höhepunkt, als die Grünen den Beschluss fassten, eine Stiftung gründen zu wollen. Eine Entscheidung über ihre Aufgaben und für ein bestimmtes Organisationsmodell fiel aber erst auf der folgenden Bundesdelegiertenkonferenz 1988. Bis in die Mitte der 1990er Jahre haben die Grünen-nahen Stiftungen dann in der Form gearbeitet, die 1988 festgelegt wurde. In der Mitte der 1990er Jahre wurde ein Reformprozess angestoßen, der 1997 mit der Einrichtung der Heinrich-Böll-Stiftung als föderaler Bundesstiftung seinen vorläufigen Abschluss fand.

Die Partei hatte bereits vor der Bundestagswahl 1983 und damit vor ihrem Einzug in den Bundestag die Praxis der etablierten Parteien CDU/CSU, SPD und FDP kritisiert und ihnen die Finanzierung ihrer politischen Stiftungen aus dem Bundeshaushalt als illegale Parteienfinanzierung vorgeworfen. 1984 klagte sie vor dem Bundesverfassungsgericht und ließ die Stiftungsfinanzierung überprüfen. 1986 erklärte das Bundesverfassungsgericht die gängige Praxis der Altparteien grundsätzlich für rechtens und wies darauf hin, dass den Grünen, sollten sie zu einer dauerhaften politischen Grundströmung werden, Gelder für eine politische Stiftung zur Verfügung stünden.

1986, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nahm die Stiftungsdiskussion Fahrt auf und bekam eine ganz neue Dringlichkeit. Die Initiative zur Gründung einer Heinrich-Böll-Stiftung formierte sich und dadurch fühlte sich die Partei

gedrängt, endlich eine Entscheidung zu fällen. Die Grünen-nahen Länderstiftungen, die sich in den Bundesländern formiert hatten, in denen die Grünen Anfang der 1980er Jahre in die Landtage eingezogen waren, sahen in einer neuen zentralen Grünen-nahen Stiftung eine Konkurrentin. Im gesamten grün-alternativen Milieu wurde verstärkt über Aufgaben und Struktur einer Stiftung, ihre Anbindung an die Partei, an neue soziale Bewegungen und autonome Bildungsinitiativen in den Regionen nachgedacht. Stiftungsmodelle wurden ausgearbeitet, diskutiert und modifiziert. Die Zeit für eine Entscheidung in der Partei schien reif.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen 1987 in Oldenburg wurden vier Anträge eingebracht, die jeweils unterschiedliche Strukturmodelle für eine politische Stiftung vorstellten: ein Antrag für eine Frauenanstiftung, für eine Bewegungsstiftung, für eine Heinrich-Böll-Stiftung und für eine föderative Stiftung. Die Partei mochte sich aber nicht für eines dieser vier Modelle entscheiden. Erst auf dem folgenden Parteitag 1988 in Ludwigshafen wurde ein Kompromiss gefunden, der drei der vier Modelle aufgriff: unter dem Dach einer Zentrale, dem Stiftungsverband Regenbogen, sollte es drei unabhängige, bundesweite Einzelstiftungen geben: die Heinrich-Böll-Stiftung, die Frauenanstiftung und den Buntstift als Dachverband der Länderstiftungen.

Wesentliche Elemente dieser drei Einzelstiftungen finden sich in der Struktur der heutigen Heinrich-Böll-Stiftung wieder: aus der Frauenanstiftung das Prinzip Autonomie von Frauen, im Feministischen Institut, heute Gunda-Werner-Institut, verwirklicht, und aus der Heinrich-Böll-Stiftung die Themenschwerpunkte zivilgesellschaftliches Engagement, Kunst, Kultur und Menschenrechte. Die heutigen, rechtlich unabhängigen Länderstiftungen gehen auf die immer schon rechtlich selbstständigen Länderbildungswerke zurück, die das Prinzip der Autonomie der freien Bildungsinitiativen aufgenommen hatten.

1988 war der Stiftungsgründungsprozess aber nur an ein vorläufiges Ende gekommen, denn die in Ludwigshafen verabschiedete Stiftungskonstruktion erwies sich in der Praxis als aufwändig und kompliziert. Relativ schnell wurde, angestoßen von der grünen Bundestagsfraktion, über eine Neustrukturierung und Zentralisierung nachgedacht. Auf dem Länderrat in Kassel 1995 und der Bundesdelegiertenkonferenz in Mainz 1996 wurde die Reform der Stiftungen beschlossen. 1997 wurden die drei Stiftungen zusammengeführt. Diese neue Stiftung übernahm den Namen der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Zentrale ist in Berlin angesiedelt, in allen Bundesländern gibt es Länderstiftungen, die formal eigenständig sind, ihre Gelder aus den Länderhaushalten beziehen und für länderübergreifende Projekte Mittel von der Stiftungszentrale bekommen. Heute ist die Heinrich-Böll-Stiftung also eine föderale Bundesstiftung.

Wir haben uns entschlossen, die Rede zum Antrag für ein föderatives Stiftungsmodell, wie sie von Christine Dörner auf dem Parteitag in Oldenburg 1987 vorgetragen wurde, in diesem Jahrbuch abzudrucken, um auf eine der Säulen aufmerksam zu machen, auf denen die Arbeit der heutigen Heinrich-Böll-Stiftung als föderaler Bundesstiftung ruht: Die spezifischen Stärken und die Vielfalt von Ideen und politischen Initiativen einzelner Regionen für die Stiftungsarbeit zu nutzen und die Entscheidungsinstanzen der Stiftung auch regional zu verankern.

Christine Dörner war seit 1981 bei der Alternativen Liste aktiv und engagierte sich besonders in der Debatte um die Gründung einer Grünen-nahen Stiftung. Sie war Redakteurin der *Stachligen Argumente*, der Mitgliederzeitschrift der Alternativen Liste, und Mitglied im AK «Demokratie und Parteien» der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung.

Christine Dörner war promovierte Soziologin und Statistikerin. Sie arbeitete empirisch zu Wahlverhalten und Parteien und veröffentlichte 1998 zusammen mit Klaudia Erhardt das Buch «Politische Meinungsbildung und Wahlverhalten. Analysen zum Superwahljahr 1994».

Beruflich konzentrierte sie sich auf Netzplanung und Datensicherheit. Sie arbeitete als Sicherheitsexpertin bei einem IT-Unternehmen und war Mitglied im Betriebsrat und Gesamtbetriebsrat des Unternehmens. Sie ist 2016 verstorben.

3 Archivbestände

Der Nachlass Martin Schmidt

Am 19. November 2011 verstarb nach langer Krankheit der Hamburger Grünen-Politiker Martin Schmidt. Seine Lebensgefährtin und politische Mitstreiterin Sabine Boehlich hat den politischen Nachlass dem Archiv Grünes Gedächtnis übergeben und die Nachlasserschließung großzügig unterstützt. Dafür sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Die Bedeutung dieses Nachlasses liegt in der Person Martin Schmidts. Martin Schmidt war immer ein politischer Kopf, auch lange vor den Grünen. Augenfälliger Beleg dafür ist, dass er Ende der 1950er Jahre AStA-Vorsitzender an der Freien Universität in Berlin wurde. Während der Studentenbewegung war er u.a. Vorsitzender des Republikanischen Clubs in Berlin. Zur grünen Parteipolitik gelangte er über sein Engagement in Verkehrsberuhigungsinitiativen in Hamburg-Altona. Hier wurde er einer der Gründerväter der Grün-Alternativen Liste (GAL) und entwickelte sich zu einem der führenden Politiker der Partei. In seinen persönlichen Akten sind Informationen und Vorgänge überliefert, die aufgrund der schwierigen Geschichte der Hamburger Grünen, einschließlich ihrer Rathausfraktion mit ihren Abspaltungstendenzen in den Jahren um 1990, in den aktenmäßigen Überlieferungen von Partei und Fraktion verlorengegangen sind. Sein Nachlass stellt daher eine wichtige Ergänzung zur Überlieferung der Hamburger Grünen dar. Aber jenseits dieses funktionalen Interesses sind die Unterlagen von Martin Schmidt in erster Linie Ausdruck seines persönlichen Engagements. So sind zahlreiche offizielle parteipolitische Gremienprotokolle und andere Dokumente sowohl zur GAL in Altona als auch zur Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft erhalten, aber fast immer zusammen mit seinen handschriftlichen Anmerkungen und Notizen aus eben diesen Sitzungen, so dass auch Martin Schmidts persönliche Sichtweise auf die Dinge deutlich wird.

Martin Schmidt wurde am 23. November 1933 in Friesenhausen geboren. Er studierte Geschichte und Altphilologie in Erlangen, Heidelberg, Oxford und an der Freien Universität in Berlin. In Berlin engagierte er sich in verschiedenen anfangs meist kirchlichen, später überwiegend linken Vereinigungen wie der Gesamtberliner Evangelischen Studentengemeinde (Obmann 1956/57), im AStA der FU (Vorsitzender 1958/59) und im Republikanischen Club (Vorsitzender 1969–71), wo er erste Erfahrungen in Ehrenämtern sammelte. Gleichzeitig war er auch in der Roten Hilfe und in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft aktiv und nahm in dieser Zeit an der Studentenbewegung teil. Martin Schmidt wurde 1969 in Heidelberg promoviert. In seinem weiteren Berufsleben hat er am Institut für Griechische und Lateinische Philologie

der Universität Hamburg zum Thesaurus Linguae Graecae geforscht und publiziert. Dort befindet sich auch sein wissenschaftlicher Nachlass.

Mit dem Ortswechsel von Berlin nach Hamburg Anfang der 1980er Jahre setzt die kontinuierliche Überlieferung seiner politischen Tätigkeiten ein. Über eine Verkehrsinitiative in Ottensen fand er seinen Weg in die Alternative Liste (AL) und zur Kommunalpolitik. Verkehrspolitik und besonders Fahrradpolitik wurden so etwas wie sein Markenzeichen. Über den Verkehrsausschuss in Altona stieg er bis zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und zum Krisenmanager der Koalition in der Hamburger Bürgerschaft auf. Außer für Verkehrs- und Fahrradpolitik betätigte er sich nunmehr auch in den Ausschüssen für Finanzen und Verfassungspolitik. Anhand dieses politischen Werdegangs lässt sich sein Aufstieg zum Generalisten, der zunehmend übergreifende politische Perspektiven entwickelte, sehr gut nachvollziehen. Die Erschließung des Nachlasses von Martin Schmidt hat der historischen Forschung dementsprechend verschiedene Inhalte zugänglich gemacht. Für die Zeit aus der Studentenbewegung der 1960er und 1970er Jahre sind verschiedene Artikel und Aufsätze von Martin Schmidt erhalten, so zum Beispiel zu seinen Aktivitäten im Republikanischen Club und der Roten Hilfe, der Evangelischen Studentengemeinde in Berlin und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, in letzterer war er auch als Redakteur tätig. Des Weiteren erhalten die Leser und Leserinnen Einblicke in die Gründungsgeschichte der AL in Hamburg, zu deren Speerspitzen Martin Schmidt zählte. Es begann mit der Verkehrsinitiative in Ottensen, die ihn zu einer ernsthaft betriebenen Verkehrspolitik in die Bezirksversammlung führte. Auf Bezirksebene nahm er sich jedoch noch anderer Themen an, beispielsweise der Jugendszene und den Jugendtreffpunkten (z.B. Thedebad), den Häuserprojekten in der Hafenstraße und der «Schicki-Mickisierung» Ottensens. Hier erwies er sich in der GAL als kompetenter Konfliktmanager. Diese Eigenschaft sollte der Partei besonders zugutekommen, als Ende der 1980er Jahre eine Spaltung drohte: Der linke Flügel verfolgte eine eher autonome Politik für die Stadt Hamburg, der rechte Flügel verfolgte das Ziel einer ökologischen Reformpolitik. Es gründete sich eine neue Frauenliste und das Grüne Forum Hamburg, zu deren Vorstandsmitgliedern Martin Schmidt und Sabine Boehlich gehörten. Gelöst wurde der Konflikt Anfang der 1990er Jahre durch den Austritt radikaler Mitglieder auf beiden Seiten sowie die Eigenständigkeit der Frauenliste, die weiterhin allein kandidierte. Der Kern der GAL und das Grüne Forum fanden aber wieder zusammen und kandidierten weiter gemeinsam als GAL in Hamburg. Von 1997 bis 2001 regierte die GAL in einer Koalition mit der SPD, in der sie vier Senatoren stellte. Martin Schmidt war hier vor allem mit der Verwaltungsreform beim Finanzsenator tätig. Weitere Themen, mit denen sich Martin Schmidt in der Regierungsfraktion auseinandersetzte, waren die Fahrradpolitik, die Bürgerbeteiligung und die Zukunft von Wilhelmsburg. Darüber hinaus noch die Drogenpolitik am Hamburger Hauptbahnhof und die Innere Sicherheit. Als «Elder Statesman» wandte er sich in seinem Ruhestand ab 2001 vermehrt historischen Fragen zu. So interessierte ihn insbesondere das jüdische Leben in Hamburg vor und zur Zeit des Nationalsozialismus. Städtebauliche Konflikte um den ältesten jüdischen Friedhof in der Stadt oder das KZ Neuengamme sind Beispiele

LIEBER SCHLEICHEN STATT LEICHEN



Über 200 Menschen werden in jedem Jahr auf Hamburgs Straßen durch Autos getötet, mehrere tausend oft schwer verletzt. Die meisten von ihnen sind Kinder und alte Menschen. Sie müssen sterben, weil auch in Hamburg seit Jahrzehnten der Autoverkehr das verhätschelte Lieblingskind von Politikern und Verkehrsplanern ist.

Mit der GAL, BIVO,
FAHRGASTINITIATIVE,
dem ADFC, den GRÜNEN
RADLERN u.v.a.
Musik: MUCHO P.
(Sieger des Nordrock-Festivals)

FÜR EINE VERNÜNFTHGE VERKEHRSPOLITIK!

Eingeladen sind die Senatoren Apel und Lange,
die HVV-Direktoren, Vertreter des
Verkehrsausschusses in der
Bürgerschaft und
Martin Müller (CDU)

RADLERFETE in der Fabrik

**Macht die
Autos zur
Schnecke!**

Für eine vernünftige VERKEHRSPOLITIK!

- für bessere Radwege
- für einen fahrgastfreundlichen Nachverkehr
- für einen dichteren Fahrplankontakt

Dienstag, 17.8. um 20 Uhr
Eintritt 5,-- DM



BARNERSTR. 36 2009 HAMBURG 30 3Y 15 85

FABRIK

für diese Aktivitäten als Historiker. Aber er führte auch viele Ehrenämter weiterhin aus, beispielsweise und bezeichnenderweise im Rahmen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH). In dieser Zeit beschäftigte er sich mit der 68er-Bewegung, hielt Vorträge und publizierte seine eigenen Erlebnisse jener Jahre.

Martin Schmidt war ein Politiker, der mit seiner Arbeit und seiner kritischen Auseinandersetzung mit den Themen andere inspirierte und damit eine realistische Politik innerhalb der Partei für Hamburg durchsetzen konnte. Er war von jeher einer, der selbst schrieb, mitschrieb, Kommentare und Randbemerkungen verfasste und getippte Protokolle nochmals zirkulieren ließ, um auch das Bestmögliche aus den Texten und Vorhaben herauszuholen. Das ist bereits früh durch publizierte Artikel erkennbar. Das «Wording» war sein Metier und verschaffte ihm eine wichtige Funktion innerhalb der GAL. Der Nachlass enthält seine Beiträge zusammen mit dem jeweiligen Entstehungskontext, so dass der Nachlass eine kritische Auseinandersetzung mit Schmidts Aufsätzen gewährleistet. Als Reformator der Hamburger Grünen lässt der Nachlass erkennen, dass Martin Schmidt im wahrsten Sinne des Wortes «den Laden zusammenhielt», als es die große Krise gab, und dass er fast diplomatisch, aber auch nicht ohne Ecken und Kanten, zwischen den Konfliktparteien vermittelte. Sein Interesse für die jüdische Geschichte erscheint als ein persönliches Anliegen eines Alt-68ers. Seine Sammlung zu Informationen über das jüdische Leben reicht von seiner Studiengruppe bis hin in den Ruhestand und durchzieht somit auch fast sein ganzes Leben.

Die GAL-Landesvorsitzende, Katharina Fegebank, fasste das politische Leben und Wirken Martin Schmidts mit folgenden Worten zusammen: «Der Tod von Martin Schmidt trifft uns sehr. Die GAL verliert einen ihrer Vordenker, der die Partei geprägt hat wie kaum ein zweiter. Er war ein kluger, streitbarer und immer herzlicher Mensch. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus lag ihm besonders am Herzen. Trotz schwerer Krankheit hat sich Martin Schmidt bis zuletzt für die GAL engagiert. Er hat mich immer zum Nachdenken herausgefordert. Martin Schmidt war ein Querdenker und Kämpfer für die Demokratie, wie ihn jede Partei haben sollte. Ich werde ihn vermissen.»¹

1 <https://hamburg.gruene.de/artikel/22-11-2011/die-gal-trauert-um-dr-martin-schmidt> [19.9.2016].

Die Akten des hessischen Landesverbandes der Grünen

Der Hessenlöwe

Der Bruch der rot-grünen Koalition im Februar 1987 führte zu einer vorgezogenen Landtagswahl. Die hessischen Grünen haben für diesen Wahlkampf mehrere Wahlspots in Auftrag gegeben. Leider sind die Spots und auch die genauen Inhalte nicht mehr überliefert, dennoch kennen wir einige Details aus den Unterlagen des Landesvorstandes. Einer der Spots wurde mehrfach auf den Sitzungen des Landesvorstandes wegen der immensen Kosten besprochen. Der Spot lief unter dem schlichten Namen «Löwe». Für seine Herstellung wurden zwei Löwen aus Braunschweig nach Frankfurt am Main transportiert. Der Drehort musste aufwendig abgeschirmt und vergittert, die Tiere von Dompteuren versorgt werden. Die Dreharbeiten mit den Tieren, die wohl den Hessenlöwen spielen sollten, dauerten drei Tage. Auf der Landesvorstandssitzung am 22. Juni 1987, also bereits nach der Wahl, in der die Grünen 9,4 % der Stimmen holten, wurde das «zukünftige Verhalten bei derartigen Geschäften» besprochen. Die Rechnungen für die gesamte Dreharbeit wurden beglichen und es wurde vereinbart, einen Vermerk «Lehren für zukünftige Wahlkämpfe» von einer halben Seite zu erstellen, damit solche teuren Produktionen nicht mehr so leichtfertig zugesagt werden.¹

Diese kleine Geschichte ist nur eine von vielen, die im Bestand des Landesverbandes der hessischen Grünen zu erforschen sind. Trotz des deutlichen Schwerpunkts auf der alltäglich politischen Arbeit der Landesgeschäftsstelle und des Landesvorstandes bietet der Bestand durchaus zahlreiche interessante Einblicke in die politische Kultur.

Geschichte des Landesverbandes

Die Anfänge der Parteigründung in Hessen können bis in das Jahr 1977 zurückverfolgt werden, als es zur Bildung grüner und alternativer Listen aus dem Spektrum der Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung kam. Der Zusammenschluss dieser verschiedenen Listen und Vereinigungen führte im Juli 1978 zur Gründung der Grünen Liste Hessen (GLH), die zur Landtagswahl im Oktober 1978 antrat.

¹ Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand C Hessen I.1, Sign. 1, 37.

Nach der Gründung der Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen im März 1979 in Frankfurt am Main wurde ein Landeswahlausschuss aus den Umweltparteien AUD, GLU und GAZ gebildet, der die Europawahlkampagne in Hessen durchführte und der schließlich zur Gründung des Landesverbandes am 15. Dezember 1979 in Linden-Leihgestern einlud. Vier Wochen später konnte mit der Gründung der Bundespartei die Sonstige Vereinigung aus dem Namen gestrichen werden.²

Der Landesvorstand verstand sich in Hessen als rein koordinierendes und ausführendes Organ. Nach der Auflösung der Landesgeschäftsstelle in Offenbach im November 1980 wurde die Arbeit der Geschäftsführung für fast ein Jahr bis zur Eröffnung der neuen Geschäftsstelle in Frankfurt am Main ehrenamtlich erledigt. Nach einer als dramatisch empfundenen Besetzung durch die RAF wurde die Landesgeschäftsstelle im April 1989 nach Wiesbaden verlegt, wo sie sich bis heute befindet.

Die Parteitage – als höchste beschlussfassende Gremien – heißen in Hessen Mitgliederversammlungen (LMV) und werden etwa viermal im Jahr durchgeführt. In der Zeit zwischen den Landesmitgliederversammlungen übernimmt der Landeshauptausschuss die politischen Aufgaben. Vor allem in der Gründungsphase des Landesverbandes spielte der Landeshauptausschuss eine wichtige politische Rolle. Ab 1982, mit dem Einzug der Grünen in den Hessischen Landtag, übernahm die Landtagsfraktion die Führungsfunktion. 1991 gab es die erste wichtige Strukturreform des Landesverbandes. Die Stellung der Kommunalpolitiker wurde deutlich aufgewertet und zugleich eine Modifizierung der Trennung von Amt und Mandat eingeleitet.

Mit der Einrichtung des hessischen Umweltministeriums und der Ernennung von Joschka Fischer zum ersten grünen Minister für Umwelt und Energie schrieben die hessischen Grünen 1985 Geschichte. Dreimal, von 1985–1987 und von 1991–1999, koalierten die Grünen mit der SPD auf Landesebene. Seit 2014 regiert in Hessen eine schwarz-grüne Koalition. Besondere bundesweite Beachtung fand außerdem die Auseinandersetzung zwischen dem realpolitischen Flügel um Joschka Fischer und dem radikalökologischen Flügel mit Jutta Ditfurth an der Spitze.

Zum Aktenbestand

Die Geschichte des Landesverbandes ist reich an Schlaglichtern, politischen Kämpfen und markanten Abschnitten, die einer anderen Chronologie folgen als die Entwicklungen auf der Bundesebene. Die zahlreichen Umzüge der Geschäftsstelle haben eine lückenlose Aktenüberlieferung erschwert. Mittlerweile kann die administrative und politische Arbeit des Landesverbandes seit seiner Gründung aus den Akten aller wichtigen Gremien des Landesverbandes nachgelesen werden. Die Sitzungsunterlagen, Protokolle und Beschlüsse der Landesmitgliederversammlung, des

2 Vgl. Christoph Becker-Schaum, Von der Protestbewegung zur Demokratischen Alternative. Die Grünen Hessen 1979–2004, in: Hessen – 60 Jahre Demokratie: Beiträge zum Landesjubiläum / Historische Kommission für Nassau. Hg. von Helmut Berding und Klaus Eiler. Wiesbaden, 2006, S. 151–187; Zoë Felder, Bündnis 90/Die Grünen in Hessen. Entstehung und Entwicklung bis zur Landtagswahl 2009, Wiesbaden 2014.

Landeshauptausschusses bzw. ab 1991 des Parteirates und des Landesvorstandes können zu vielfältigen politischen Fragestellungen genutzt werden. Besonders interessant ist jeweils die Dokumentation der Entstehung der Landtagswahlprogramme, für die es unterschiedlich zusammengesetzte Programmkommissionen (so 1981/82, 1989/90 und 1993/94) gab.

Eine eigene umfangreiche Aktengruppe bilden die Unterlagen des Frauenreferats, das von Juli 1986 bis 1991 existierte und zuerst von Margareta Wolf und dann von Regine Walch als Frauenreferentinnen geführt wurde. Für diese Zeit arbeitete das Frauenreferat als Scharnier zwischen unterschiedlichen Initiativen, Organisationen und der Partei zu frauenpolitischen Themen.

Das Herzstück der politischen Arbeit des Landesverbandes bilden die Vorbereitungen der Wahlen, Kampagnen und unterschiedliche Veranstaltungen, die im Aktenbestand sehr gut dokumentiert sind. Ergänzt wird diese Überlieferung durch zahlreiche Fotos, Plakate, Audio- und Videomaterial, eine Broschürensammlung und seit 2004 auch durch Internetspiegelungen. Exemplarisch für alle Landesverbände werden vom Archiv Grünes Gedächtnis die Finanzunterlagen des hessischen Verbandes archiviert.

Chronologie

1979–1985: Gründung des grünen Landesverbandes und erste Erfolge bei den Kommunalwahlen

- 15. Dezember 1979: Gründung des Landesverbandes Die Grünen Hessen in Linden-Leihgestern
- September 1981: Eröffnung der Geschäftsstelle der hessischen Grünen in neuen Räumen in Frankfurt am Main
- 22. März 1981 – Kommunalwahlen: Bei ihrer ersten Kommunalwahl ziehen Grüne in 6 der 21 Kreistage, 3 Stadtverordnetenversammlungen kreisfreier Städte und 6 weitere Stadtparlamente ein. Erste rot-grüne Koalition in Kassel.
- 7. Februar 1982 – Landesmitgliederversammlung (LMV): Einrichtung von Ökofonds und Rotation der Abgeordneten beschlossen.
- 26. September 1982 – Landtagswahl: Grüne 8% (9 Mandate). Die Grünen lehnen eine Tolerierung der SPD-Minderheitsregierung ab.
- 4. August 1983: Die Grünen lehnen den Landeshaushalt ab, daraufhin beschließt der hessische Landtag seine Selbstauflösung.
- 25. September 1983 – Neuwahlen zum Landtag: Grüne 5,9%. Die Grünen entscheiden sich für Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung. Die Tolerierung wird im Dezember 1984 aufgrund der Teilgenehmigung für NUKEM II aufgekündigt.
- 10. März 1985 – Kommunalwahlen: Grüne 7%, erste Zusammenarbeit mit der SPD in den Landkreisen

DIE GRÜNEN



- Mai-Oktober 1985 – Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen: Forderung nach einem grünen Umweltministerium und Frauenministerium
- 16. Oktober 1985 – Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung: Joschka Fischer, Umwelt- und Energieminister, Karl Kerschgens, Staatssekretär im Umweltministerium, Marita Haibach, Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten bei der Beauftragung der Landesregierung für Frauenangelegenheiten Vera Rüdiger (SPD)

1985–1987: Erste rot-grüne Koalition in Hessen

- 24. November 1985 – Landesmitgliederversammlung (LMV): innerparteiliche Strukturreform, Verabschiedung des Frauenstatuts
- 15. Juli 1986: Einrichtung eines Frauenreferats bei der Landesgeschäftsstelle
- 5. April 1987 – Landtagswahl: Grüne 9,4%

1987–1991: Grüne in der Opposition

- 1. April 1989: Eröffnung der Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden
- Mai 1991: Gründung der Grünen Jugend Hessen (GJH)
- 9. Juni 1992: Gründung der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie als parteinahe Stiftung in Hessen
- 20. Januar 1991 – Landtagswahl: Grüne 8,8%, anschließend Koalitionsgespräche zwischen SPD und Grünen

1991–1995: Zweite rot-grüne Koalition in Hessen

- 5. April 1991: Wahl von Hans Eichel zum hessischen Ministerpräsidenten der rot-grünen Koalition: Joschka Fischer, Umweltminister; Teilung des Sozialministeriums in das Ministerium für Familie, Jugend und Gesundheit, Ministerin wird Iris Blaul (Die Grünen), und in das Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Ministerin wird Heide Pfarr (SPD)
- November 1992: In der Auseinandersetzung um Asylpolitik gibt es Forderungen nach Rücktritt der Ministerin Iris Blaul, stattdessen legt ihre Staatssekretärin Brigitte Sellach ihr Amt nieder. Ihr Nachfolger wird Alexander Müller.
- 19. Juni 1993 – LMV-Beschluss: Umbenennung des Landesverbandes in Bündnis 90/Die Grünen Hessen

1995–1999: Dritte rot-grüne Koalition in Hessen

- 5. April 1995: Vereidigung von Hans Eichel als Ministerpräsident, Ruprecht von Plottnitz als Minister für Justiz und Europaangelegenheiten und Iris Blaul als Ministerin für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit
- 20. September 1995: Rücktritt von Iris Blaul als Ministerin wegen Fehlentscheidungen in Personalfragen, Nachfolgerin wird Margarethe Nimsch

- 22. Februar 1998: Rücktritt von Margarethe Nimsch aufgrund des Vorwurfs der «Cousinenwirtschaft»
- März 1998: Nominierung von Priska Hinz zur Nachfolgerin von Margarethe Nimsch
- 1999–2013 in der Opposition
- 22. September 2013 – Landtagswahl: Grüne 11,1% (14 Mandate)

seit 2014: Erste schwarz-grüne Koalition

- 18. Januar 2014 – konstituierende Sitzung des Landtags: Tarek Al-Wazir wird Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, Priska Hinz Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Jo Dreiseitel Staatssekretär für Integration und Antidiskriminierung im CDU-geführten Ministerium für Soziales



VLS.DP.R.: ULRICH CONRAD WORDSWIDE

AUD

DIE PARTEI FÜR

UMWELT-UND LEBENSCHUTZ



AKTIONSGEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER DEUTSCHER

Der Archivbestand der Berliner AUD (1964–1989)

Die laufende Archivierung der Altakten von Parteigeschäftsstellen ist an sich eine doppelt dankbare Aufgabe, doppelt dankbar, weil sich hier der Servicebedarf der Geschäftsstelle und das historische Interesse an der Überlieferung in einer Win-win-Situation treffen. Anders war die Situation in der Gründungsphase der Grünen, als die Geschäftsstellen der Vorläuferorganisationen aufgelöst wurden, ein grünes Archiv aber noch nicht existierte. Informationen über die Landesverbände der Gründungsorganisationen sind deshalb in der Regel nur über Nachlässe von Aktiven der Gründungsphase überliefert. Das betrifft vor allem die Grüne Aktion Zukunft (GAZ), die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) und die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), wenn deren Landesgeschäftsstellen nicht als Geschäftsstellen der Grünen weiter fungiert haben. Der Berliner AUD-Landesverband macht eine Ausnahme von dieser Regel. Der letzte Schatzmeister der AUD, Hellmut Weller, hat bei der Auflösung der AUD-Geschäftsstelle, vielleicht auch erst bei der Auflösung der Geschäftsstelle des Landesverbandes der Grünen, die Geschäftsstellenunterlagen zu sich nach Hause mitgenommen. Seine Erben haben sie nach seinem Tod dem Landesarchiv Berlin übergeben, und dort wurden sie von einer Mitarbeiterin des Grünen Gedächtnisses entdeckt. In der Folge kam eine Vereinbarung zwischen dem Landesarchiv und dem Grünen Gedächtnis zustande, das die Archivalien übernommen hat. Jetzt liegt das Findbuch vor.

Für die Überlieferung der Berliner AUD war Hellmut Weller die entscheidende Person. Er hat auch den 1985 aufgelösten Grünen-Landesverband abgewickelt. Die diesbezüglichen Unterlagen sind auf demselben Weg über das Landesarchiv ins Grüne Gedächtnis gelangt. Hellmut Weller ist von der AUD zu den Grünen gekommen. Als Grüner war er zeitweilig Mitglied der Grünen Liste Berlin, die sich beim Austritt von Herbert Gruhl aus den Grünen im Januar 1981 gebildet hatte. Daraus wurde dann die ÖDP, der Weller nicht beigetreten ist. Die in der Geschäftsstelle des Grünen Landesverbandes Berlin entstandenen Akten bilden einen eigenen Archivbestand.

Die Berliner AUD hat die Geschäftsstelle der Vorgängerorganisation der AUD, der Deutschen Gemeinschaft, übernommen, so dass der Aktenbestand der AUD einige Jahre über die Zeit der Gründung zurückreicht. Zusätzlich enthält der Bestand, da sich die AUD 1980/81 nicht vollständig aufgelöst hat, noch Unterlagen einer weiteren Organisation mit der gleichen Abkürzung, des Arbeitskreises Unabhängiger Deutscher, der bis 1989 bestanden hat. Der AUD-Bestand enthält damit Akten und Dokumente

der AUD von der Gründung des Landesverbandes 1966 bis zu seiner Auflösung 1981 sowie Aktenführungen der Vorgängerorganisation Deutsche Gemeinschaft von 1964 bis 1966 und der Nachfolgeorganisation Arbeitskreis Unabhängiger Deutscher bis 1989, insgesamt Dokumente aus 25 Jahren Berliner Politik an der Nahtstelle von Nationalismus und Ökologie. Das macht ihn zu einer einzigartigen Quellensammlung.

Wenn die Archivalien von AUD Berlin und Die Grünen Berlin zwar formal zwei getrennte Bestände bilden, so gibt es gleichwohl genügend Gründe, warum beide Bestände zusammengehören, und das nicht allein wegen der Person Hellmut Weller. Was sich andernorts als grüner Landesverband konstituiert hatte, dem entsprach in Berlin die Alternative Liste für Demokratie und Ökologie, die allerdings in der Gründungsphase der Grünen von sich aus nicht Teil der Bundespartei der Grünen werden wollte. Dass in Berlin und Hamburg neben der AL im Dezember 1979 jeweils noch ein grüner Landesverband entstand, ist im Wesentlichen der Anti-AL-Haltung der Hamburger und Berliner AUD geschuldet. Ein sichtbares Zeichen dieser Haltung war ihr Widerstand gegen die Auflösung der AUD nach der Gründung der Grünen, weil sie die Ansicht vertraten, dass mit der Auflösung der notwendige Widerstand gegen den Linksradikalismus der AL geschwächt werden würde. Dabei war die AUD Berlin alles andere als ein starker Landesverband. Eine signifikante Zahl in diesem Zusammenhang ist, dass von der Gründung des grünen Landesverbands im Dezember 1979 bis Anfang Januar 1980 nur 21 AUD-Mitglieder den Eintritt in die neue Partei mit vollzogen haben.

Der schnelle Aufschwung, den die Grünen seit der Gründung 1980 erlebt haben, lässt vielleicht erwarten, dass auch die Gründungsorganisation AUD einen solchen Aufschwung gekannt habe. Der erste Eindruck, den der Berliner AUD-Bestand vermittelt, ist jedoch klar ein anderer. Die Berliner AUD hatte ihre Hochzeit, wenn dieser Ausdruck nicht bereits übertrieben ist, in der zweiten Hälfte der 1960er und in der ersten Hälfte der 1970er Jahre, also gleich nach der Reorganisation der nationalistischen Splittergruppen und der Gründung der AUD. Zehn Jahre später ist davon nicht mehr viel zu spüren. Die AUD verzichtete 1975 sogar auf eine Kandidatur zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und rief dazu auf, ungültig zu wählen. Den Aufschwung der Ökologiebewegung in den späten 1970er Jahren scheint die AUD eher als Konkurrenz erlebt zu haben. Für ein solches Verständnis der Konjunkturen der AUD spricht, dass nur für die Jahre von 1965–1975 nennenswerte Ablagen zu politischen Aktivitäten wie Wahlkampagnen, inhaltlicher Arbeit von Arbeitsgemeinschaften und zu den Kreisverbänden der AUD existieren, während in der Zeit danach die üblichen Parteiativitäten, Vorstandssitzungen, Parteiversammlungen, Mitgliederverwaltung und Mitgliederkorrespondenz, schließlich die Kassenführung und die Rundbriefe aus der AUD-Bundesgeschäftsstelle das Wesentliche des Aktenbestands ausmachen, also die Pflichtaufgaben einer Partei. Mit am interessantesten sind vermutlich die handschriftlichen Vermerke, gerade auch in der unmittelbaren Gründungsphase der Grünen, in der sie wichtige Ergänzungen zu anderen Überlieferungen bieten. Das gilt insbesondere für die ausführlichen Versammlungsprotokolle und Berichte der Delegierten an ihre Berliner Basis. Ein hervorstechendes Merkmal der Unterlagen zu den AUD-Parteiversammlungen ist die Pedanterie, mit der die Teilnahme der Mitglieder

dokumentiert ist. Diese Dokumentation ist ein untrügliches Barometer für die Stimmung an der Parteibasis, die nicht allein an den programmatischen Schriften der AUD abgelesen werden sollte, die bislang allein als Quelle zur Geschichte der AUD dienen.

4 Archivprojekte

Zum Abschluss der Edition der Fraktionssitzungen «Die Grünen im Bundestag 1983–1990»

1983 war das Jahr, in dem «Die Grünen» in den Bundestag eingezogen sind. In der Geschichte der Grünen bedeutete dieser Erfolg einen entscheidenden Wendepunkt. Das innerparteiliche Gewicht der neuen Fraktion übertraf bei weitem das aller bisherigen Landtagsfraktionen. Dafür sorgten schon die schieren Zahlen. Die bremische Bürgerschaftsfraktion und die baden-württembergische Landtagsfraktion hatten beide vier Mitglieder, die 1982 gewählte hessische Landtagsfraktion immerhin schon acht. Die erste Bundestagsfraktion bestand aufgrund der Rotationsregel aus 58 stimmberechtigten Mitgliedern, nämlich den 27 gewählten MdBs und einem Abgeordneten aus Berlin, aus ebenso vielen Nachrückern sowie aus je einem/r Vertreter/in aus Bremen und dem Saarland. Die Bundespartei profitierte davon einerseits, andererseits musste sie sich jedoch nunmehr in vielen tagespolitischen Fragen damit begnügen, die zweite Geige zu spielen. Vier Jahre später konnten Die Grünen ihren Wahlerfolg noch einmal steigern, doch scheiterten sie 1990 knapp an der 5-Prozent-Hürde. Verglichen mit späteren Bundestagsfraktionen bildete die erste Grünenfraktion durch ihre nahezu acht Jahre im Bundestag eine Einheit.

Die Bundestagsfraktion vom März 1983 bis zum Dezember 1990 war die mächtigste politische Akteurin der Grünen in diesem Zeitraum, aber nicht die einzige: der Bundesvorstand und der Bundeshauptausschuss, die Landesverbände und Landtagsfraktionen, die Bundesarbeitsgemeinschaften, aber auch die sozialen Bewegungen, die zu vertreten Die Grünen bei den Wahlen angetreten waren, waren weitere Akteure im politischen Feld der Grünen. Die Bundestagsfraktion war unter all diesen Akteuren diejenige, die sich am meisten professionalisierte und in vielen Zusammenhängen eine Schlüsselrolle einnahm, was die künftige Entwicklung der Grünen betraf. Dabei war die Bundestagsfraktion eine kollektive Akteurin, ihre Politik mehr als die Addition des politischen Engagements der einzelnen Mitglieder. Schon die kontinuierliche Aufmerksamkeit, die der Bundestag und die Bundestagsfraktion auf sich zogen, sorgte für eine kritische Begleitung durch die vielen Akteure innerhalb der grünen Partei, die, was in den 1980er Jahren wichtig war, gemäß den grünen Regeln überwiegend nicht so professionalisiert waren. Das alles hebt die besondere Stellung der Bundestagsfraktion im Zusammenhang der Grünen überhaupt hervor, was der Edition der Bundestagsfraktion ihre Bedeutung als historische Quelle verleiht.

Die inzwischen vollständig vorliegende Edition bietet Aufschluss über die innere Organisation und die programmatische Entwicklung der Fraktion, auch im Kontext der Entwicklung der grünen Partei und der überparteilichen politischen Bewegungen. Sie besteht aus zwei mal zwei starken Halbbänden und einer CD-ROM und enthält die Protokolle der Fraktionssitzungen und der Fraktionsvorstandssitzungen und darüber hinaus die wichtigsten Papiere, über die in der Fraktion diskutiert und entschieden wurde. Gerade sie machen die Edition zu einem spannenden Leseabenteuer, denn sie präsentieren die grünen Projekte viel eindrücklicher als es die ausschließliche Wiedergabe der Protokolle kann, zumal die Sitzungsprotokolle keine Verlaufs-, sondern Beschlussprotokolle sind. Für die grüne Geschichte der 1980er Jahre liegen damit die wichtigsten grünen Inhalte zusammen mit den Entscheidungsprozessen über diese Inhalte vor, was erst die kritische Bewertung der Dokumente ermöglicht, ohne die eine kritische Geschichte der Grünen nicht geschrieben werden kann.

Das eine Pendant zur Bundestagsfraktion, die Bundespartei, wird sicherlich nicht in gleicher Weise ediert werden müssen. Vielmehr können die Unterlagen zu den grünen Parteitag sowie zu den kleinen Parteitag und den Sitzungen des Bundeshauptausschusses als archivisch erschlossene Aktenserien im Archiv Grünes Gedächtnis eingesehen werden. Die Erschließung der Presseerklärungen des Bundesvorstandes der Grünen (1979–1993) ist soeben abgeschlossen worden, die zu den Sitzungen des Bundesvorstands ist noch in Bearbeitung. Die Mitschnitte einiger Bundesdelegiertenkonferenzen der 1980er Jahre sind übrigens gleich im Anschluss von der Partei publiziert worden. Das andere Pendant zur Bundestagsfraktion sind die Beratungen des Deutschen Bundestags, die als stenographische Protokolle der Sitzungen des Bundestags ediert und inzwischen online zugänglich sind. Für die Beratungen in den Ausschüssen gilt dasselbe wie für die Gremien der Bundespartei. Sie stehen als archivisch erschlossene Aktenserien im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags. Man ersieht aus diesem Gesamtzusammenhang, wie die Bundestagsfraktion als Bindeglied zwischen Partei und Parlament aufgestellt war, dass sie in der Position dazwischen so etwas wie der Maschinenraum und die Ideenwerkstatt grüner Politik in den 1980er Jahren war. Diesen Maschinenraum und diese Ideenwerkstatt hat die Edition der Fraktionssitzungen für künftige Forschung erschlossen.

Die Edition ist eine wissenschaftliche Leistung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Die Bearbeiter während des fast fünfzehn Jahre langen Editionsprojektes waren Josef Boyer, Helge Heidemeyer, Tim Peters, Paul Kraatz und Wolfgang Hölscher. Das Archiv Grünes Gedächtnis ist Mit Herausgeber der Edition.

Die Edition enthält natürlich viele spannende Geschichten, eine davon sei kurz erzählt. Während der gesamten 10. Wahlperiode von 1983–1986/1987 gelang es der Bundestagsfraktion nicht, sich eine Geschäftsordnung zu geben. Schließlich akzeptierte sie, dass sie mit einem Provisorium lebte. Der Umstand, dass die Fraktion sich nicht auf eine Geschäftsordnung einigen konnte, gehört zu den gesammelten Erzählungen von grüner Unprofessionalität. Einer der Hauptgründe für das Scheitern der Geschäftsordnung dürfte in den unkontrollierten Folgen der Rotation zu suchen sein. Die neue Fraktion nach der Bundestagswahl im Januar 1987 hatte aus den Fehlern der

alten gelernt und gab sich sehr schnell eine Geschäftsordnung, aber war sie deshalb professioneller? Tatsächlich erlebte die neue Fraktion von 1987–1990 viel gravierendere Blockaden als die alte und zwar durch den Strömungsstreit zwischen Fundamentalist/innen und Realpolitiker/innen. So war das von der Partei 1986 verabschiedete Umbauprogramm so etwas wie der Kern und übergreifende Zusammenhang der ökologischen Perspektiven der Grünen. Als solches war es in der Fraktion entwickelt worden und hätte als Leitlinie ökologischer Politik auch in der 11. Wahlperiode bis 1990 dienen müssen. Das hat tatsächlich aber nicht stattgefunden. Die programmatische Weiterarbeit in der Fraktion war durch den Strömungsstreit blockiert. Da half auch die Geschäftsordnung nicht weiter.

Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle 1983–1987. 2 Halbbände. Düsseldorf 2008.

Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1987–1990. 2 Halbbände und eine CD-ROM. Düsseldorf 2015.

Jürgen Fuchs: «Sagen, was ist» Diktatur als grenzüberschreitende Erinnerungslandschaft

Internationale Konferenz, Wrocław, 3.–5. November 2016

Der Titel der ersten internationalen Jürgen-Fuchs-Konferenz in Polen greift eine Formulierung des Schriftstellers auf, die seine Fähigkeit unterstreicht, einen Sachverhalt in verknüpften Worten, dafür aber umso treffender, wenn nicht enthüllender, zu benennen. Die Konferenz hat am Philologischen Institut der Universität Wrocław stattgefunden.

Nach der Begrüßung der Teilnehmenden durch den Hausherrn Dr. Tomasz Malyszek und die Veranstalter, Christoph Becker-Schaum für die Heinrich-Böll-Stiftung und Lutz Rathenow als Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen – weiterer Mitveranstalter war der Thüringer Landtag –, führten Dr. Ewa Matkowska (Universität Wrocław) und Dr. Ernest Kuczyński (Universität Łódź) in das Programm der Konferenz ein. Die Konferenz war international und interdisziplinär ausgerichtet. Die Teilnehmenden und Gäste kamen überwiegend aus Polen und Deutschland, aber auch aus Ungarn, Rumänien und Tschechien. Es kamen Schriftsteller, Germanisten, Politikwissenschaftler, Bürgerrechtler, Mitarbeiter von Gedenkstätten, Theologen und Weggefährten. Zu den Erfolgen der Konferenz gehört, dass diese Vielfalt keine Barrieren zwischen den Disziplinen errichtete, sondern zum Austausch einlud.

Den Eröffnungsvortrag hielt der Schriftsteller Utz Rachowski, der wie Jürgen Fuchs aus Reichenbach im Vogtland stammt und ihn seit 1968 persönlich gekannt hat. Rachowski schilderte ihre erste Begegnung noch während der Tage der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968. Die Panzer der NVA waren auch durch Reichenbach gefahren, und Jürgen Fuchs hatte Dubčeks Namen eher unauffällig auf Plakate geschrieben. Jürgen Fuchs wusste, vor welchen Lehrern er, der Mitschüler Rachowski, sich hüten sollte. Rachowski berichtete auch, welche Dichter Jürgen Fuchs in Reichenbach und anschließend in Jena beeindruckt hatten, z.B. der polnische Lyriker Zbigniew Herbert oder Johannes Bobrowski, der Auschwitz überlebt hatte, und zitierte aus ihren und Jürgen Fuchs' Gedichten.

Im erste Panel, «Sagen, was ist» – Literatur unter totalitären Bedingungen», ging es um die literarischen Anregungen, die Fuchs aufgenommen, und die politischen Umstände, die er in seinem Werk verarbeitet hat. Lutz Rathenow wies auf diejenigen

Dichter und Schriftsteller hin, die den noch jungen Jürgen Fuchs beeindruckt hatten, und erläuterte die Umstände der ersten Gedichtveröffentlichungen des Jenaer Studenten in den jährlichen Anthologien der neuen DDR-Literatur. Rathenow skizzierte, was er die Textlandschaft der DDR nannte. Dabei war die Reihe der Autoren durchaus breit und international: Salinger, Kunert, Wondraschek, Enzensberger, Vonnegut, Lem, Böll und nicht zuletzt Klemperers LTI, *Lingua Tertii Imperii*, deren verdichtete Prosa Fuchs beeindruckt hätten.

Klaus Michael lenkte den Blick auf Jürgen Fuchs als Nachfahren der Avantgarde, insofern er die Einheit von Literatur und Engagement hervorhob, exemplarisch in der Zusammenarbeit mit Wolfgang Biermann in den wenigen Jahren zwischen Fuchs' Exmatrikulation in Jena und Biermanns Ausbürgerung aus der DDR. Er fragte, wie weit Fuchs ein Modell entwickelt habe, das auch für andere anschlussfähig war. Udo Scheer (Berlin) vertiefte diese Fragen anschließend. Jürgen Fuchs habe polarisiert, sich nicht hinter Metaphern versteckt. Klartext und nicht Sklavensprache zu sprechen, sei für ihn maßgeblich gewesen. Die nachfolgende Diskussion betonte die sprachliche Dimension des Werks. Scheer unterstrich in diesem Zusammenhang die bislang wenig beachtete Bodo-Strauss-Lektüre und wies auf den späten «Magdalena»-Roman hin. Wolfgang Templin betonte die Aktualität des politischen Gehalts des Fuchs'schen Werks, das ganz klar Haltung bezogen habe, und leitete damit zum zweiten Panel über, welches dem Erfahrungsraum Diktatur gewidmet war.

Werner Greiling (Jena) referierte über Literatur und Leben von Jürgen Fuchs zwischen 1972 und 1976. Wie war die Diktatur in der Provinz? Er berichtete von einer Lesung mit Jürgen Fuchs im Kreishaus von Plößneck, die erstaunlicherweise habe stattfinden können; über die leisen, nachdenklich ernsten Texte und die verknappte, auf Ratio angelegte Prosa dieser, wie er sagte, großartigen Lesung. Dazu zitierte er Beispiele der damaligen Lyrik Fuchs', die im Unterwellenborner Lyrikzirkel um Edwin Kratschmer entstanden war, ihren Wortwitz, ihre Kontraste und ihren jähen Umschlag von Karikatur in Ernst.

Wolfgang Templin machte in seinem Beitrag «Vom Umgang mit Schuld in der DDR» darauf aufmerksam, dass Fuchs nie in Polen war, in Polen aber ungeheuer präsent sei. Seine Texte würden nicht in erster Linie als Lyrik, sondern als Erfahrungsberichte gelesen, die auf mögliche eigene Erfahrungen vorbereiten. Die Texte von Jürgen Fuchs, so Wolfgang Templin, ermöglichten eine andere Art und Weise, die Hinterlassenschaft des kommunistischen Systems zu durchdringen, weil Fuchs die Finger daraufgelegt habe, zu erfahren, was das System mit den Menschen anrichtete. Er habe auf diese Weise dieses System nicht nur ergründen und beurteilen, sondern vor allem differenziert verstehen wollen. Es sei deshalb ein Fehlurteil, wenn man in ihm nur den unversöhnlichen Außenseiter sehen wolle.

Christian Dietrich eröffnete mit seinem Beitrag «Religiöse Wurzeln und Widerstand bei Jürgen Fuchs» Perspektiven, die für viele der Teilnehmenden gänzlich neu waren. Die religiöse Dimension der Sprache von Fuchs zeigt sich Christian Dietrich zufolge in seinem Vertrauen in die Kraft des Wortes. Johannes Bobrowski, der der Sprache eine geradezu magische Kraft zugetraut habe, und Paul Celan und dessen Metapher von der Flaschenpost, die ihr Ziel trotz allem gewiss erreiche, hätten ihn

hierin versichert, am meisten aber seine Großmutter Olga. Die Großmutter stand in der Tradition der Gothaer lutherischen Bekenntnisgemeinde und hatte einen maßgeblichen Einfluss auf Jürgen Fuchs. Die anschließenden Nachfragen und die Diskussion förderten eine interessante Querverbindung zu Heinz Gollwitzer zutage. Gegenstand der Diskussion war u.a., dass Jürgen Fuchs zwar einerseits keine religiöse Sprache geschrieben habe, andererseits aber genauso wenig eine atheistische. Seine Sprache sei vielmehr von einem ausgeprägten Bedürfnis nach Transzendenz geprägt gewesen. Für dieses Bedürfnis nach Transzendenz fanden die Diskutanten eine Reihe sehr unterschiedlicher Bestimmungen, angefangen bei Fuchs' Bedürfnis, die Dinge konkret zu erfahren und nicht nur über ihre Bedeutung zu reden, bis zu seinem Verständnis von Verantwortung, das seine Grundlage in der laizistischen Aufklärungsphilosophie hatte. Trotzdem: Die Bibel, war zu erfahren, war für Jürgen Fuchs immer griffbereit.

Die nachfolgenden germanistischen und politischen Vorträge vertieften die Diskussion über die Möglichkeiten von Literatur unter den Bedingungen von Diktatur. Sie thematisierten vielfach politische Aspekte der Fuchs'schen Sprache bzw. sprachliche Aspekte von Politik. Interessant waren aber auch gelegentliche Vergleiche mit polnischen Autoren, die weit öfter die kommunistische Diktatur als nationale Katastrophe begriffen, wohingegen Fuchs den einzelnen Menschen thematisierte. In die eher politischen Beiträge flossen immer wieder auch persönliche Erinnerungen ein. So bemerkte György Dalos, der in seinem Beitrag die politische Stimmung in der Mitte der 1970er Jahre schilderte, eine Art Vormärzstimmung, in der alle auf bessere Zeiten hofften. Als er Fuchs kennengelernt habe, sei er selbst bereits aus der Partei ausgeschlossen gewesen, während dieser noch FDJ-Mitglied war, aber, so Dalos: «Früher oder später wird man merken, dass er ein anständiger Mensch ist.» Dann würden die Probleme auf ihn zukommen. Ähnlich äußerte sich Josef Rauvolf, der über Jürgen Fuchs und die ČSSR referierte: «Es lag auf der Hand, dass er bald an Grenzen stoßen müsste.» Rauvolf hatte Gedichte von Jürgen Fuchs übersetzt und vertont, darunter eines, das mit der aufschlussreichen Zeile beginnt: «Nein, ich werde nicht aufgeben». Die Gedichte Jürgen Fuchs gehörten also auch zum musikalischen Samisdat, und Josef Rauvolf hatte Proben davon mitgebracht. Dass Jürgen Fuchs ins Tschechische übersetzt wurde, sei darauf zurückzuführen, dass die Realität, um die es in seinen Gedichten ging, in der ČSSR bekannt gewesen sei. Ein entsprechendes Verständnis habe es im Westen jedoch nicht gegeben.

Elsbeth Zylla berichtete über Jürgen Fuchs und die Kölner Heinrich-Böll-Stiftung in den Jahren von 1987–1996. Jürgen Fuchs hatte seit seiner Ausbürgerung Kontakte zur intellektuellen Sphäre der späteren Heinrich-Böll-Stiftung gepflegt. Seit der Revolution in der DDR gewann sein Kölner Engagement eine andere Qualität, insbesondere als die Stiftung im Mai/Juni 1990 die DDR-Adhoc-Gruppe einrichtete. Als Ende 1991 aus der Adhoc-Gruppe der Fachbeirat Neue Bundesländer wurde, wechselte Jürgen Fuchs in den Vorstand der alten Heinrich-Böll-Stiftung, dem er bis zu ihrem Ende angehörte. Für die Verbindung zwischen Jürgen Fuchs und der Heinrich-Böll-Stiftung ist die DDR-Adhoc-Gruppe besonders interessant. Für sie war Jürgen Fuchs häufig selbst Podiumsteilnehmer und Referent. Er initiierte die

Jenaer Poetik-Vorlesungen, insgesamt 30 Vorlesungen von Autoren aus zehn Ländern, die Literatur unter den Bedingungen von Diktatur thematisierten, wobei er selbst mit seiner Vorlesung über Poesie und Zersetzung den Auftakt machte. Weitere Veranstaltungen zu «KGB und Literatur» und zum Mitteleuropaverständnis seien hier erwähnt, außerdem hatte er großen Anteil daran, dass die Heinrich-Böll-Stiftung die Aufarbeitung des Nachlasses von Robert Havemann auch personell unterstützt hat. Ein Schwerpunkt seines Engagements in den letzten Jahren der alten Heinrich-Böll-Stiftung war die Aufklärung über die Bespitzelung und Verfolgung Jugendlicher und ihre Instrumentalisierung durch die Stasi.

Während der Tagung blitzten manchmal Konflikte auf, zumeist im Zusammenhang mit den politischen Perspektiven des Fuchs'schen Werks, mal mit konservativen, mal mit radikaleren Interpretationen, die aber nie ausdiskutiert wurden. Für die Tagung war wichtiger, wie Lutz Rathenau es formulierte, auf die konkreten Erinnerungen zurückzugehen. «Wir konnten in Breslau», sagte er, «entspannter über Jürgen Fuchs reden als in Jena und fanden in Breslau ein Interesse, das es anderswo nicht gibt.»

Die Konferenz fand bei den Teilnehmenden eine sehr positive Aufnahme, so dass gegen Ende der Beschluss gefasst wurde, die Beiträge in einem Tagungsband zu publizieren. Die Beitragenden haben Wort gehalten, so dass der Band tatsächlich in Kürze im Dresdener Neisse-Verlag erscheinen wird.

Zur Zukunft der Archive von Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen

Positionspapier des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare

Wichtige Quellen aus den Alternativ- und Protestbewegungen sind gefährdet, denn die Situation der Archive, die sich vorrangig um die Überlieferungssicherung neuer sozialer Bewegungen kümmern, ist prekär und ihre Zukunft alles andere als sicher.

Der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) hat zur Sicherung dieser Quellenüberlieferungen einen Arbeitskreis eingerichtet, in dem das Archiv Grünes Gedächtnis, vertreten durch Anne Vechtel, mitarbeitet. Der Arbeitskreis fordert in einem Positionspapier sowohl eine institutionelle Förderung für Bewegungsarchive als auch die Einrichtung eines zentralen Auffangarchivs, das Bestände aus Archiven, die nicht mehr weitergeführt oder aus politischen Gründen nicht an staatliche Archive übergeben werden, aufnehmen und ihnen eine unabhängige und dauerhafte Bleibe bieten kann.

Eine starke vielfältige Archivlandschaft ist wichtig, weil nur so am besten gesichert werden kann, dass Quellen aus der politischen Arbeit neuer sozialer Bewegungen überliefert werden.

Wir drucken das Positionspapier des VdA an dieser Stelle ab. Wir wünschen uns, dass die Forderungen breit diskutiert werden.

Anne Vechtel

Positionspapier des VdA zu den Überlieferungen der Neuen Sozialen Bewegungen

Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen haben die deutsche Gesellschaft seit 1945 nachhaltig geprägt. Dass die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht geschrieben werden kann, ohne den Einfluss sozialer Bewegungen und der Oppositionsbewegungen auf Politik, Sozialgeschichte, Alltagskulturen und Lebensformen zu berücksichtigen, ist in der zeitgeschichtlichen Forschung längst anerkannt. In eklatantem Widerspruch zu ihrer historischen Bedeutung stehen jedoch die Bedingungen, unter denen die Quellen dieser Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen gesichert und überliefert werden.

Der Arbeitskreis *Überlieferungen der Neuen Sozialen Bewegungen*¹ im VdA hat deshalb in Auseinandersetzung mit diesen Defiziten ein Positionspapier erarbeitet. Um die Bedeutung dieses Papiers zu betonen, hat der Gesamtvorstand des VdA auf seiner Sitzung am 25. Februar 2016 beschlossen, das Positionspapier als offizielle Stellungnahme des Verbands zu veröffentlichen (Erstdruck in: Archivar Nr. 2/2016, S. 179 ff.). Er will damit die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Quellen der Neuen Sozialen Bewegungen lenken, weil diese für die Sicherung des kulturellen Erbes, die Geschichtsschreibung und Gesellschaftsanalyse der Bundesrepublik Deutschland von großer Bedeutung sind.²

I. Problemskizze

In der deutschen Geschichte gab es immer wieder soziale Bewegungen, in denen emanzipatorisches Gedankengut und Freiheitsstreben sichtbaren Ausdruck fanden. Protest-, Widerstands- und Alternativ-/Gegenkulturbewegungen sind ein fester Bestandteil einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Politisch gesehen ist die Demokratie ohne Protest, Widerstand und Utopie nicht zu verteidigen und zukunftsfähig zu erhalten. Die Demokratie lebt nicht allein von ihren Institutionen und Regeln, sie lebt insbesondere auch vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger außerhalb der Institutionen, Verbände und Parteien. Und sie lebt auch vom begrenzten Regelbruch und dem Ausprobieren neuer Ideen.

Die Relevanz und prägende Rolle von sozialen Bewegungen wird vielfach erst im Nachhinein erkannt. Solange diese bestehen, fehlt den offiziellen Gedächtnisinstitutionen die Motivation und auch die Möglichkeit, deren Aktivitäten zu überliefern. Erst nach ihrer Etablierung, wie die Beispiele der Nationalversammlung 1848/49 oder der DDR-Bürgerrechtsbewegung zeigen, finden Zeugnisse der Bewegungen als

- 1 Der Arbeitskreis «Überlieferungen der Neuen Sozialen Bewegungen» wurde im Februar 2009 gegründet. Er ist aus Gesprächen entstanden, die seit dem Archivtag 2007 in Mannheim zwischen Vertreter/innen einiger Freier Archive und dem VdA-Vorstand geführt wurden, und verfolgt das Ziel, die Kommunikation zwischen den verschiedenen Bereichen des Archivwesens zu verbessern und die Bedeutung der Freien Archive stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Dieses Positionspapier wurde zwischen November 2014 und Februar 2016 von Jürgen Bacia (Archiv für alternatives Schrifttum), Matthias Buchholz (Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), Sabine Happ (Universitätsarchiv Münster), Julia Kathke (Landesarchiv Baden-Württemberg, ab September 2015), Nina Matuszewski (Kölner Frauengeschichtsverein), Dagmar Nöldge (FFBIZ – Das feministische Archiv, bis Frühjahr 2015), Clemens Rehm (Landesarchiv Baden-Württemberg), Reinhart Schwarz (Hamburger Institut für Sozialforschung), Anne Vechtel (Archiv Grünes Gedächtnis) und Cornelia Wenzel (Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung) erarbeitet.
- 2 Vgl. dazu Lothar Rolke, *Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs*, Opladen 1987; Michael Buckmiller, Joachim Perels (Hg.), *Opposition als Triebkraft der Demokratie. Bilanz und Perspektiven der zweiten Republik*, Hannover 1998; Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt/Main 2008; Martin Löhning, Mareike Preisner, Thomas Schlemmer (Hg.), *Ordnung und Protest. Eine gesamtdeutsche Protestgeschichte von 1949 bis heute*, Tübingen 2015.

Bestandteil der offiziellen Erinnerungskultur verstärkt Eingang in staatliche und kommunale Archive.

Doch was passiert mit sozialen Bewegungen, deren Anliegen und Deutungsmuster nicht Teil des politischen oder kulturellen Selbstverständnisses der Gesellschaft geworden sind? Auch Minderheiten, AussteigerInnen³ und QuerdenkerInnen sind Teil der Gesellschaft, folglich gehören ihre Dokumente ebenso zur gesellschaftlichen Wirklichkeit und müssen angemessen überliefert werden.

Ihre Zeugnisse fanden kaum Eingang in die öffentlichen Archive. Hier finden sich überwiegend Unterlagen, in denen sich die Sicht Außenstehender spiegelt. Aktionen und Motive der Handelnden müssen überwiegend aus den Unterlagen erschlossen werden, die aus der Sicht derer angelegt wurden, die diesen Bewegungen zumeist kritisch gegenüber standen.

Für die zeitgeschichtliche Forschung, die politische Bildungsarbeit, aber auch für die Identitätsbildung und damit die Selbstvergewisserung unserer Gesellschaft sind authentische Quellen zur Emanzipations- und Freiheitsgeschichte unabdingbar. Es müssen also Wege gefunden werden, das bei den AkteurInnen dieser Bewegungen entstandene und an verschiedenen Stellen verstreute Material zu sichern und zugänglich zu halten.

Eine alle gesellschaftlichen Lebenswelten umfassende Archivierung muss mit der Entwicklung der Gesellschaft Schritt halten; das gilt insbesondere für politische Prozesse: «[...] je stärker die repräsentative Demokratie durch partizipatorische Elemente ergänzt wurde und je mehr Mitglieder die Parteien verlieren, je stärker sich also politische Aktivität auf Akteure und Felder außerhalb der Parlamente und Parteien verlegt, desto drängender wird die Frage, wie systematisch sie eigentlich dokumentiert wird. Während der Bestand der Parteiarchive durch staatliche Zuschüsse langfristig gesichert ist, ist dies im politischen Feld jenseits der Parlamente und Parteien keineswegs der Fall. Ein wachsender Teil des politischen Geschehens wird also nicht durch öffentliche Mittel archivarisches gesichert und für die Forschung aufbereitet, was potenziell die historiografische Perspektive auf den politischen Wandel verzerrt.»⁴

II. Bestandsaufnahme zur Überlieferungssituation

Die Überlieferungsbildung zu den sozialen Bewegungen zählt in den öffentlichen Archiven zu den freiwilligen Arbeitsfeldern. Anders als die Überlieferungssicherung öffentlicher Institutionen ist diese Aufgabe archivrechtlich nicht als Pflichtaufgabe verankert. Deshalb spiegeln sich die Aktivitäten sozialer Bewegungen nicht adäquat

³ Das in diesem Papier verwendete große «I» steht für die Einbeziehung aller Geschlechter.

⁴ Detlef Siegfried, Rezension zu: Jürgen Bacia und Cornelia Wenzel, *Bewegung bewahren. Freie Archive und die Geschichte von unten*, Berlin 2013, in: H/Soz/Kult www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-21750?language=de (abgerufen am 16.9.2015).

in den Beständen der verschiedenen öffentlichen Archive wider.⁵ In archivfachlichen Diskussionen werden zwar häufig Probleme der Überlieferungsbildung und der Überlieferungsdefizite von nichtamtlichem Archivgut thematisiert. Dabei geht es allerdings zumeist um Unterlagen von Vereinen, Firmen, Parteien und anderen Einrichtungen in nichtöffentlicher Trägerschaft. Die Problematik der Quellensicherung bei zivilgesellschaftlichen Gruppen sowie unabhängigen Initiativen und Bündnissen werden gar nicht oder bestenfalls am Rande gestreift.⁶

In der Praxis betreuen staatliche, kommunale und universitäre Archive ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich und erfüllen, je nach Mittelausstattung, ihren Überlieferungsauftrag. Vereinzelt kommen mit der Übernahme von Nachlässen Materialien aus den sozialen Bewegungen in die Archive, allerdings geschieht dies oft zufällig und vor allem bei Initiativen, Personen und Gruppen, deren Bedeutung in der Wissenschaft oder Öffentlichkeit schon bekannt ist oder diskutiert wird. Diese Ansätze sind meist dem Engagement einzelner ArchivarInnen zu verdanken und bleiben oft ohne institutionelle Kontinuität und Nachhaltigkeit.

Ausnahmen bilden einige größere Bestände von bekannten Initiativen oder Personen, die auf Grund ihrer Geschichte oder besonderer Begebenheiten beispielsweise im APO-Archiv an der Freien Universität Berlin, dem Archiv der Sozialen Demokratie, dem ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, dem Hamburger Institut für Sozialforschung, dem Institut für Zeitgeschichte und dem Archiv Grünes Gedächtnis gesammelt wurden und dort eingesehen werden können.⁷

Aufgrund der Nähe von Teilen der sozialen Bewegungen zu akademischen Kreisen und einer gewissen infrastrukturellen Voraussetzung an den Hochschulen wären entsprechende Materialien in den Universitätsarchiven zu vermuten. Aber auch hier bleibt die Sicherung bisher meist punktuell: zum einen, weil viele Universitäten erst spät begonnen haben, eigene Archive aufzubauen und häufig auch dann nicht an diesen Unterlagen interessiert sind, zum andern, weil viele ProtagonistInnen der sozialen Bewegungen den Universitätsarchiven genauso wie anderen Archiven in öffentlicher Hand ihr Material nicht anvertrauen woll(t)en.⁸

5 Vgl. dazu z.B. Wolfgang Kraushaar, Weiße Flecken der Überlieferung, in: Robert Kretzschmar, Clemens Rehm, Andreas Pilger (Hg.), «1968» und die «Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre». Überlieferungsbildung und Forschung im Dialog (Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg A 21), Stuttgart 2008, S. 95–103.

6 In den Jahren 2010 und 2011 hat sich die Bundeskonferenz der Kommunalarchive auf ihren Jahrestagungen mit dem Thema «Nichtamtliches Archivgut in Kommunalarchiven» beschäftigt, doch auch hier spielten die Überlieferungen aus den sozialen Bewegungen nur eine marginale Rolle. Siehe dazu: Marcus Stumpf, Katharina Tiemann (Hg.): Nichtamtliches Archivgut in Kommunalarchiven. Teil 1: Strategien, Überlieferungsbildung, Erschließung, Münster 2011. Teil 2: Bestandserhaltung, Dokumentationsprofil, Rechtsfragen, Münster 2012.

7 Eine Zusammenstellung zu vorhandenen Beständen bei Jürgen Bacia und Cornelia Wenzel, Bewegung bewahren. Freie Archive und die Geschichte von unten, Berlin 2013, S. 34ff.

8 Vgl. Thomas Becker, Ute Schröder, Die Studentenproteste der 60er Jahre, Köln 2000; aber auch: Thomas Becker, Archivische Bewertung der Unterlagen in Universitätsarchiven und anderen öffentlichen Archiven, in: Kretzschmar, Rehm, Pilger (wie Anm. 5), S. 75–85, v.a. S. 84f.; Diskussionsergebnisse dazu bei Clemens Rehm, 1968 – Was bleibt von einer Generation?, ebd., S. 37–44, v.a. S. 43.

Von Kommunalarchiven könnte am ehesten erwartet werden, dass dort zu den verschiedenen Alternativ- und Protestbewegungen gesammelt wird. In einem Positionspapier der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) von 2004 wird als zentrale Aufgabe definiert, «die lokale Gesellschaft und Lebenswirklichkeit umfassend abzubilden, deren Ereignisse, Phänomene, Strukturen im Großen wie im Kleinen zu dokumentieren und dabei der Pluralität des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschehens gerecht zu werden».⁹ Doch auch hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander, wie eine empirische Erhebung speziell zur Überlieferung der Neuen Sozialen Bewegungen bei allen deutschen Kommunalarchiven im Jahr 2015 ergeben hat: Nur 335 der 1.500 befragten Stadt-, Kreis- und Gemeindearchive besaßen Materialien; rund 200 dieser Archive verfügten über weniger als 5 laufende Regalmeter (lfm.), weitere rund 100 Einrichtungen besaßen bis zu 20 lfm. – und lediglich rund 20 Archive besaßen Sammlungen im Umfang von mehr als 20 lfm.¹⁰ Für das gesamte Spektrum der sozialen Bewegungen nach 1945 ist ein ähnlich ernüchterndes Ergebnis zu erwarten.

Es muss also konstatiert werden, dass die für die Archivierung zuständigen kommunalen, staatlichen und universitären Archive strukturell nicht in der Lage sind, eine Sicherung der vielfältigen Überlieferungen zu gewährleisten. Zum einen fehlt ihnen der geregelte Zugriff auf die vorhandenen und möglicherweise archivwürdigen Unterlagen, zum anderen ist die Neigung in sozialen Bewegungen erfahrungsgemäß – und verständlicher Weise – gering, die Unterlagen in die Obhut eines traditionellen Archivs zu geben: zu groß ist die Distanz vieler dieser Initiativen und Personen zu diesen Institutionen.¹¹

Freie Archive¹²

Freie Archive gehen auf die Oppositions- und Protestbewegungen seit den 1960er Jahren zurück. Fast alle Gruppen und Initiativen dieser Bewegungen standen an verschiedenen Punkten und auf verschiedenen Ebenen in Konflikt mit den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft. In diesem Prozess der Auseinandersetzung bildeten sie ein eigenes politisches Selbstverständnis heraus. Zu diesem Selbstverständnis gehörte es,

⁹ Positionspapier «Das historische Erbe sichern! Was ist aus kommunaler Sicht Überlieferungsbildung?», Empfehlungen der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag, 2004, www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de/empfehlungen/Positionspapier_Ueberlieferungsbildung.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.01.2016).

¹⁰ Jürgen Bacia, Anne Niezgodka, Claudia Spahn, Große Defizite bei Kommunalarchiven. Eine empirische Untersuchung zur Überlieferung Neuer sozialer Bewegungen, in: *Archivar* 68, Heft 3 (2015), S. 251–254.

¹¹ Dieses Phänomen verstärkt sich, je größer das Misstrauen gegenüber den öffentlichen Archivierungsinstitutionen ist. Bemerkenswerte Beispiele dafür sind kirchennahe Gruppen und DDR-Oppositionelle, die ihre Materialien unabhängigen Archiven anvertrauen und nicht Kirchenarchiven oder der Stiftung Aufarbeitung.

¹² Der Begriff «Freie Archive» wird hier für die Archive der Alternativ- und Oppositionsbewegungen benutzt.

die Dokumente der eigenen Arbeit und die Dokumente der Auseinandersetzung mit dem Staat und seinen Institutionen, mit Politik und Verwaltungen aufzuheben – genau hier liegen die Keimzellen der Freien Archive, die parallel zur politischen Arbeit entstanden und zunächst besser als Handapparate der Gruppen und Initiativen zu bezeichnen waren. Diese Archive wurden als unabhängige Orte der Überlieferung der eigenen Geschichte aufgebaut: zum einen, um sich der eigenen Geschichte, der eigenen Aktivitäten, der eigenen politischen Identität vergewissern zu können, zum anderen, um die Sicherung der Dokumente des eigenen, (system-)oppositionellen Handelns nicht dem Staat und seinen Archiven zu überlassen.

So vielschichtig, uneinheitlich und bunt die Bewegungslandschaft war, so bunt und disparat entwickelte sich auch die Archivlandschaft, die sie hervorgebracht hat:¹³ Sie nennen sich *Archiv*, *Informationsstelle*, *Dokumentations-* oder *Bildungszentrum*, *Anarchiv*, *Pressearchiv* oder *Bibliothek* und halten sich weder an die historisch entstandenen Definitionen der «klassischen» Einrichtungen noch an deren Sparteneinteilung. Sie sind von ihren Beständen her eine Mischform aus Archiv, Bibliothek und Dokumentationsstelle. Entsprechend beherbergen sie die unterschiedlichsten Dokument- und Materialarten. Es finden sich dort Archiv- und Bibliotheksbestände, Presseedokumentationen, Sammlungen von Objekten oder musealen Gegenständen. Die meisten Freien Archive verfügen über einen großen Anteil an Grauer Literatur, also Flugblätter, Broschüren, Dokumentationen, Samisdat-Publikationen¹⁴, Zeitungen und Zeitschriften aus Selbstverlagen beziehungsweise kleinen alternativen Verlagen, deren Veröffentlichungen sich nicht in den etablierten Archiven und Bibliotheken finden. Manche besitzen große Mengen Fotos, Plakate, Tondokumente, Handakten, Protokolle, Filme und Sammlungen mit lebensgeschichtlichen Interviews, umfangreiche Sammlungen von Presseartikeln. Andere hüten Personen-, Gruppen- oder Redaktionssachverständnisse. Gelegentlich werden auch Transparente von Demonstrationen sowie Anstecker, Aufkleber und allerlei Devotionalien gesammelt. Ziel war und ist es also nicht, eine bestimmte Art von Einrichtung zu gründen, sondern die Geschichte einer Gruppe, einer Bewegung, einer Region oder eines thematischen Zusammenhangs mit allen Materialien zu überliefern, die dafür produziert worden sind.

Bei den Freien Archiven gibt es keinen Überlieferungsauftrag im herkömmlichen Sinne, vielmehr definieren diese Einrichtungen ihre Zuständigkeit und ihr Sammlungsprofil selbst. Neben vielfältigen weiteren Aufgaben, wie etwa Forschung oder Bildungsarbeit, steht die Überlieferungssicherung teils mehr, teils weniger im Vordergrund. Gemeinsam ist ihnen, dass sie im Gegensatz zu den traditionellen Archiven in der Regel einen guten Zugang zu den jeweiligen Szenen und damit einen direkten Zugriff auf deren Dokumente haben.

Im Jahr 2016 gibt es in Deutschland etwa 90 Freie Archive, die im weitesten Sinne dem Umfeld der Oppositions- und Protestbewegungen der Bundesrepublik und der Bürgerrechtsbewegung der DDR zuzurechnen sind. Den größten

¹³ Vgl. die Zusammenstellung von oppositionellen und gegenkulturellen Bewegungen in Ost- und Westdeutschland im Anhang.

¹⁴ Bei Samisdat handelt es sich um illegale und an der staatlichen Zensur vorbei vervielfältigte und verbreitete Publikationen.

Anteil machen die Frauenarchive aus (24), gefolgt von einigen unabhängigen Umweltbibliotheken/-archiven (18), den linksalternativen Archiven (15) und den Dritte-Welt- bzw. Eine-Welt-Archiven (8). Viele dieser Archive haben sehr umfangreiche Sammlungen zusammengetragen:

15 Archive verfügen über Bestände von mehr als 500 Regalmetern, 22 Archive verfügen über Bestände zwischen 200 und 500 Regalmetern; die verbleibenden gut 50 Archive besitzen zum Teil deutlich unter 200 Regalmetern. Wenn man die Bestände aller Freien Archive zusammenzählt, kommt man vorsichtig gerechnet auf mindestens 20 Regalkilometer.¹⁵

Um zu verdeutlichen, was sich hinter diesen Zahlen verbirgt, hier einige Beispiele: Das 1985 in Duisburg gegründete *Archiv für alternatives Schrifttum (afas)* hat die bundesweit umfangreichste Sammlung zu nahezu allen Bereichen der sozialen Bewegungen zusammengetragen und Hunderte von Sammlungen von Projekten, Initiativen, Zeitungsredaktionen oder Privatpersonen übernommen. Zu dem Gesamtbestand von 1.500 Regalmetern gehören neben dem Archivgut über 8.000 Zeitschriftentitel, 12.000 Broschüren, 15.000 Plakate, 50.000 Flugblätter, 3.500 Fotos, über 10.000 Bücher sowie Buttons, Flyer, Transparente, Museumsgut und Devotionalien.

Die neue Frauenbewegung hat einige bedeutende Archive hervorgebracht. Bereits in den 1970er Jahren wurden in Berlin der *Spinnboden* und das *Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum (FFBIZ)* gegründet. Der *Spinnboden*, neben *Herstory* in New York das größte Lesbenarchiv weltweit, sammelt sowohl zur aktuellen als auch zur historischen Lesbenbewegung. Er übernahm bisher 40 Nachlässe. Das *FFBIZ* hat die wohl größte Sammlung zur neuen Frauenbewegung aufgebaut. Es weist neben Publikationen dieser Bewegung mehrere tausend Plakate und Fotos sowie Flugblätter und Buttons nach.

Das 1983 in Kassel gegründete *Archiv der deutschen Frauenbewegung* ist mit einem Bestand von 550 Regalmetern das wohl umfangreichste zur historischen Frauenbewegung. Es beherbergt 45 Nachlässe, 35 Aktenbestände von Frauenorganisationen, archivische Sammlungen zu Personen, Körperschaften und Themen, 6.000 Fotos sowie eine 35.000 Titel umfassende Spezialbibliothek.

Das *Bremer Frauenarchiv und Dokumentationszentrum*, 1986 als Teil des Kultur- und Bildungszentrums *belladonna* gegründet, bietet neben anderen Beständen mit 350.000 Artikeln das größte Frauenpressearchiv in Nordeuropa.

Der *FrauenMediaTurm* in Köln verfügt über eine umfangreiche Bibliothek zur Neuen Frauenbewegung und über rund 30.000 Fotos aus dem Umfeld der Emma-Redaktion.

Aus den Bürgerbewegungen der DDR sind einige Archive hervorgegangen, die die Geschichte der oppositionellen Gruppen dokumentieren. Mit dem in Berlin beheimateten *Archiv der DDR-Opposition* in der *Robert Havemann-Gesellschaft*, dem *Archiv Bürgerbewegung Leipzig* und dem *Thüringer Archiv für Zeitgeschichte* in Jena gibt es neben einigen weiteren Einrichtungen in Ostdeutschland gleich drei Archive,

¹⁵ Siehe Bacia, Wenzel, 2013 (wie Anm. 7), S. 23 und S. 98f. Einige Zahlen wurden 2016 aktualisiert; im Bereich der Grauen Literatur sind einige Überschneidungen zu berücksichtigen.

in denen in großem Umfang authentische Quellen aus dem Widerstand der Oppositionsbewegungen der DDR zu finden sind, die man in staatlichen Archiven vergebens sucht. So beherbergt die Robert-Havemann-Gesellschaft mit dem *Archiv Grauzone* auch das Archiv der ostdeutschen Frauenbewegung.

Das 1985 gegründete *Archiv des Schwulen Museums Berlin*, eines der größten der Welt, hat bislang ca. 50 Nachlässe übernommen, darunter solche von Überlebenden des Nationalsozialismus. Ferner verfügt es über eine umfangreiche Sammlung von Publikationen und Grauer Literatur zur Geschichte der Schwulenbewegung seit den 1950er Jahren.

Das 1987 in Hamburg gegründete *Archiv Aktiv* hat eine einzigartige Sammlung zur Geschichte der gewaltfreien Bewegungen aufgebaut. Neben Materialien der PazifistInnen und KriegsdienstgegnerInnen finden sich dort auch Unterlagen zu Ökologie-, Friedens- und Menschenrechtsbewegungen.

Das 1983 in Freiburg gegründete *Archiv Soziale Bewegungen* sammelt umfassend die Dokumente der Alternativ- und Protestbewegungen der Region, aber auch Materialien aus der Nordschweiz und dem Elsass.

Das *Archiv soziale Bewegungen* in der Hamburger Roten Flora und der Berliner *Papiertiger* bestehen seit 25 bzw. 30 Jahren und verfügen über die größten Sammlungen aus den autonomen Bewegungen seit den 1970er Jahren.

Das räumlich sehr unscheinbare *Umbruch Bildarchiv* in Berlin hat in den fast 30 Jahren seines Bestehens eine Sammlung von rund 100.000 Fotos und Dias aus den politischen und sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte zusammengetragen. Dies funktioniert nur durch ein Netz von Fotografinnen, die in den verschiedenen Bewegungen zu Hause sind, an deren Aktionen teilnehmen und ihre Bilder zur Verfügung stellen.

Das 1998 in Berlin gegründete *Archiv der Jugendkulturen* sammelt als einzige Einrichtung dieser Art in Europa in großem Stil authentische Zeugnisse wie Fan-zines, Flyer, Musik, aber auch Archiv- und Bibliotheksgut aus den verschiedenen Jugendszenen.

Das in Köln ansässige 1990 gegründete *Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD)* sammelt sozial-, kultur- und alltagsgeschichtliche Zeugnisse von nach Deutschland eingewanderten MigrantInnen.

Das erst seit 2001 bestehende *Gorleben Archiv* sammelt Flugblätter, Fotos und Filme, Plakate, Protokolle und Briefe der Bewegung, die seit den 1970er Jahren gegen das geplante Endlager für Atommüll im Wendland kämpft.

Seit Mitte der 1980er Jahre setzt sich das *Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz)* mit rechtsradikalen Bewegungen in Deutschland auseinander. Dazu sammelt es sowohl authentische Dokumente rechter Organisationen als auch Publikationen antifaschistischer Gruppen.

Absicherung und Erschließung

Der professionelle Standard der Freien Archive bezüglich archiv- und bibliotheksfachlicher Arbeitsweise ist sehr unterschiedlich. Häufig leiden die Archive darunter,

dass sie den Mangel verwalten müssen. Das fängt bei der sachgerechten Lagerung der Materialien an und endet bei den Personalkosten, denn kaum ein Archiv verfügt über feste Stellen. Fast alle MitarbeiterInnen haben autodidaktisch begonnen, viele haben sich fachlich weitergebildet. Trotz dieser Schwierigkeiten findet man in vielen Freien Archiven elektronische Kataloge, die zum Teil eine Online-Recherche erlauben. In größerem Umfang werden vor allem Zeitschriften und Broschüren katalogisiert (Graue Literatur), deutlich seltener werden Plakate und Fotos oder gar einzelne Artikel verzeichnet. Findbücher zu Archivbeständen bilden immer noch die Ausnahme.

Am besten organisiert sind die Frauenarchive. Der *i.d.a. Dachverband deutschsprachiger Frauen-/Lesbenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen* hat bereits im Jahr 2000 einen gemeinsamen Internet-Auftritt eingerichtet. Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurde eine Metadatenbank über die Bestände in den Frauenarchiven aufgebaut, die seit November 2015 online ist. Der Ausbau dieser Metadatenbank zu einem Deutschen Digitalen Frauenarchiv ist – ebenfalls mit Unterstützung des BMFSFJ – in Planung.

In der Datenbank der *Eine-Welt-Archive* werden Artikel zu Entwicklungspolitik und Internationalismus nachgewiesen. Auch die *Infoläden* haben eine Verbunddatenbank, die allerdings darunter leidet, dass sie nur noch von wenigen Einrichtungen aktualisiert wird.

In die von der *Staatsbibliothek zu Berlin* betriebene zentrale Zeitschriften-Datenbank (ZDB), in der bundesweit alle wichtigen Periodika nebst ihren Standorten verzeichnet sind, haben es nur wenige Zeitschriften aus Freien Archiven geschafft. Die dafür erforderliche Mehrarbeit kann kaum ein Freies Archiv leisten. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet wiederum das Netzwerk der Frauenarchive: Seit 2002 wird dort die ZDB-Eingabe gemeinsam organisiert. Inzwischen sind auf diesem Wege etwa 1.300 vorher nicht nachgewiesene Titel vor allem kleinerer, regionaler Frauenzeitschriften mit geringer Auflage in die ZDB eingearbeitet worden.

Die Bestände der Freien Archive zu den sozialen Bewegungen übertreffen diejenigen in staatlichen und kommunalen Archiven um ein Vielfaches, qualitativ wie quantitativ. Die zeitgeschichtliche Bedeutung dieser Bestände steht jedoch in krassem Gegensatz zu Ausstattung und Absicherung dieser Einrichtungen. Freie Archive werden meist mit einer Mischform aus bezahlter und unbezahlter Arbeit betrieben, einige arbeiten gänzlich unbezahlt. Die meisten führen einen lang andauernden und beharrlichen Kampf um staatliche oder kommunale Unterstützung oder bemühen sich bei einschlägigen Stiftungen um Förderung.

Einigen größeren Archiven sind in den letzten Jahren erste Schritte zu einer besseren Absicherung gelungen. So konnte das *Schwule Museum* in Berlin mitsamt Archiv und Bibliothek eine institutionelle Förderung über den Senat erreichen, das *Archiv der deutschen Frauenbewegung* in Kassel wird seit längerem institutionell vom Land Hessen und das *Frauenarchiv und Dokumentationszentrum belladonna* vom Bremer Senat gefördert, das *Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland* erhält neben Unterstützung durch die Stadt Köln institutionelle

Förderung durch das Land NRW und seit kurzem ist auch für das *Archiv Soziale Bewegungen* in Freiburg die Unterstützung vom Land Baden-Württemberg aufgestockt worden.

Alle anderen Freien Archive leben von Projektmitteln oder arbeiten ohne Bezahlung. Die unabhängigen Archive der DDR-Bürgerrechtsbewegung haben über die *Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*, die Gedenkstättenstiftungen der jeweiligen Länder oder die Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen zwar keine dauerhaft gesicherte Existenzgrundlage, aber doch zumindest die Aussicht auf regelmäßige Projektförderung. Einigen größeren Frauenarchiven und dem *ida-Dachverband* gelingt es immer wieder, nicht unerhebliche Projektförderungen durch Bundesministerien zu erhalten: Eine dauerhafte und zuverlässige Finanzierung ist aber auch hier nach wie vor Utopie. Und auch das *Archiv für alternatives Schrifttum*, das seit langem bundesweit zu einem wichtigen Auffangarchiv für Materialien aus allen Bereichen der sozialen Bewegungen geworden ist, lebt von viel zu geringen, jährlich neu zu beantragenden Projektmitteln.

Dieser prekären Lage ist es geschuldet, dass die eigentlich erforderliche gezielte Sammel- und Erschließungstätigkeit nicht in ausreichendem Maße geleistet werden kann. Zugleich stehen die Freien Archive vor vielfältigen Herausforderungen:

- Sie werden zunehmend von der zeitgeschichtlichen Forschung wahrgenommen und genutzt, weil bei ihnen Dokumente vorhanden sind, die in allen anderen Archiven fehlen.
- Gruppen und Initiativen, die sich auflösen oder umstrukturieren, bieten ihre Materialien direkt den Freien Archiven an.
- Anerkannte wissenschaftliche Institutionen verweisen Personen und Institutionen, die über einschlägiges archivwürdiges Material verfügen, an Freie Archive. Allein im Jahr 2015 haben das *Institut für Zeitgeschichte*, die *Freie Universität Berlin*, das *Institut für die Geschichte der Medizin der Robert Bosch-Stiftung* und die *Archivschule Marburg* MaterialgeberInnen mit entsprechenden Unterlagen an das *Archiv für alternatives Schrifttum* verwiesen.
- Selbst Sammlungen, die bereits anderenorts archiviert waren, werden inzwischen an Freie Archive abgegeben. So sah sich die *Freie Universität Berlin* nicht mehr in der Lage, die Verantwortung für ein umfangreiches Archiv zu rechten Organisationen in der Bundesrepublik zu übernehmen; abgegeben wurde es an das *Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin*, das über keine gesicherte Finanzierung verfügt.

Die fachlich zu begrüßende Tendenz, Freien Archiven eine wichtige Rolle bei der Überlieferungssicherung unkonventioneller Materialien zuzuweisen, belegt sehr deutlich, dass auch grundsätzlich geeignete, etablierte öffentliche Archive eine dauerhafte Archivierung von Unterlagen aus der alternativen Szene nicht garantieren können.

Zwar wird allenthalben auf die Bedeutung von Archiven als Gedächtnis der Gesellschaft verwiesen, doch trotz ihres unübersehbaren Alleinstellungsmerkmals existiert

für die Freien Archive bisher keine systematisch angelegte Förderung. Hier besteht seitens des Bundes, der Länder und der Kommunen dringender Handlungsbedarf.

III. Schlussfolgerungen

Die Überlieferungen der sozialen Bewegungen gewähren Einblick in Strukturen, die sich jenseits des staatlichen Einflusses entwickelt haben. Sie sind Beleg und Ausdruck lebendiger demokratischer Kultur in Deutschland und bilden einen Teil der Identität der Bundesrepublik. Es gilt, sie flächendeckend zu erhalten, in ihrer Substanz zu bewahren und zugänglich zu machen. Mit dieser anspruchsvollen Aufgabe sind die zumeist von Projektförderung lebenden Freien Archive oder gar ehrenamtlich betriebenen Initiativen mit der jetzigen finanziellen Ausstattung auf Dauer überfordert. Die bundesrepublikanische Gesellschaft steht vor der Herausforderung, eine angemessene Überlieferung der einzigartigen Quellen sicherzustellen.

Im Folgenden werden dazu verschiedene Lösungsoptionen vorgestellt. Dabei werden bisherige Erfahrungen, Realisierungschancen und mögliche Konsequenzen aufgezeigt.

a) Projektförderung

Es gelingt vielen Freien Archiven, überzeugende Projekte zu entwickeln, die von verschiedenen Stellen gefördert werden. Damit geht aber keine dauerhafte institutionelle Förderung einher, vielmehr erhöht sich der Aufwand für die Archive mit der Beantragung und Verwaltung solcher Projekte. Eine kontinuierliche Arbeit im Bereich von Kernaufgaben, besonders in der Überlieferungsbildung und der NutzerInnenbetreuung, ist auf diese Weise nahezu unmöglich.

Zur Bewahrung der Überlieferung der sozialen Bewegungen gilt es, Strukturen aufzubauen, die die nachhaltige Sicherung gewährleisten. Dieses Problem kann durch die Einwerbung von projektgebundenen Mitteln nicht gelöst werden.

b) Öffentliches Archivwesen

Dem Versuch, die Probleme bei der Archivierung von Unterlagen der sozialen Bewegungen durch die Ausweisung zusätzlicher Mittel in öffentlichen Archiven zu lösen, sind enge Grenzen gesetzt. Da diese Aufgabe archivgesetzlich nicht verankert ist, sind erfahrungsgemäß sowohl kommunale Gremien als auch staatliche Stellen in der Regel nicht bereit, diese zusätzliche Aufgabe in ihren Archiven zu finanzieren. Wie einschlägige Beispiele zeigen, wird vielmehr versucht, diese Aufgabe an dritte Stellen abzuschieben.

Selbst wenn in Einzelfällen doch eine dauerhafte Lösung in einem Archiv der öffentlichen Hand gelingen konnte, ist unbestritten, dass auf diese Weise keine nachhaltige flächendeckende Lösung der geschilderten Probleme erreicht werden kann, zumal von Seiten potentieller VorlassgeberInnen nicht selten Ressentiments gegenüber staatlichen Institutionen zu konstatieren sind.

c) Verbundlösungen

Der Zusammenschluss von mehreren Archiven zu regionalen und überregionalen Verbundlösungen wird oft als eine mögliche Lösung angeführt, da auf diese Weise Synergieeffekte erzielt werden können. Doch auch diese Lösung hat sehr enge Grenzen: Ein Verbund von Freien Archiven kann kaum zur Absicherung der Überlieferung beitragen, da diese Archive nur über eine prekäre Ausstattung verfügen. Ein Verbund mit öffentlichen PartnerInnen und Freien Archiven der sozialen Bewegungen käme einer finanziellen Subventionierung der Freien durch die Archive der öffentlichen Hand gleich. Eine dauerhafte Absicherung der Überlieferungen der sozialen Bewegungen kann auf diesem Weg nicht erreicht werden.

Ohnehin zeigt der Blick auf die gesamtdeutsche «Szene», dass viele einzelne AnsprechpartnerInnen (Städte, Gemeinden, Landkreise, Länder etc.) mit jeweils spezifischen Interessen nur in einem extrem komplexen Prozess zu einem Verbund gestaltet werden könnten. Nach den bisherigen Erfahrungen haben sich Archivverbünde auf lokaler Ebene und vor allem zu Einzelfragen bewährt, z.B. im Rahmen von Notfallverbünden.

d) Freie Archive

Die Absicherung der bestehenden und etablierten Freien Archive der sozialen Bewegungen durch eine dauerhafte institutionelle Förderung ist die optimale Lösung, da dies aus Sicht der NutzerInnen, der Initiativen und im Hinblick auf die jeweilige Identität der beste Weg ist.

Auf diese Weise sind die Bestände der sozialen Bewegungen, die oftmals lokal stark verankert sind, flächendeckend am besten zu überliefern. Für Archive, die landesweit sammeln, ist die Förderung durch die Bundesländer zu intensivieren und für die großen, bundesweit sammelnden Freien Archive ist dringend auch eine finanzielle Förderung auf Bundesebene anzustreben.

Nicht nur im Hinblick auf die in den letzten Jahrzehnten angelegten Sammlungen, sondern auch angesichts der vielfältigen noch nicht archivierten Unterlagen in Privatbesitz, deren Übernahmen absehbar sind bzw. deren Verlust droht, besteht dringender Handlungsbedarf, vorhandene arbeitsfähige Strukturen auszubauen.

e) Zentrales Auffangarchiv

Die notwendige umfassende und dauerhafte Absicherung der Freien Archive konnte in den letzten Jahren trotz intensiver Bemühungen nicht erreicht werden und wird sich auch im nötigen Umfang zeitnah nicht realisieren lassen. Daher ist zur Sicherung der Dokumente sozialer Bewegungen eine zentrale Auffanginstitution für gefährdete Archive, ein *Archiv für Bewegungsgeschichte und Alternativkulturen* zu schaffen.

Die Aufgabe einer solchen Institution besteht darin, die Bestände gewachsener Archive aus dem Umfeld der sozialen Bewegungen, die nicht mehr weitergeführt werden können, zu übernehmen und dauerhaft zu sichern. Sie bietet aber auch den Materialien von sozialen Bewegungen, Gruppen und Initiativen, die von anderen Freien Archiven nicht übernommen werden können und die nicht bereit sind, ihre

Archive und Sammlungen an staatliche, kommunale oder universitäre Archive abzugeben, eine unabhängige, sichere und dauerhafte Heimat.

Für die Umsetzung dieses Konzeptes kann eine neue Institution geschaffen oder die Funktion eines Auffangarchivs – bei der adäquaten Ausstattung mit finanziellen Ressourcen – an einem der bestehenden Freien Archive angesiedelt werden. Den organisatorischen und finanziellen Rahmen könnte eine privatrechtliche Stiftung bilden.

Zusammenfassung

Die Förderung der Freien Archive ist eine Herausforderung von bundesweiter Bedeutung. Eine dauerhafte und ausreichende institutionelle Unterstützung durch die öffentliche Hand würde dem Umstand Rechnung tragen, dass es sich bei der Überlieferung der sozialen Bewegungen um Kulturgut nationalen Ranges handelt.

Es ist deshalb dringend notwendig, bestehende Strukturen auszubauen und angemessen zu finanzieren, die dieses kulturelle Erbe sichern und zugänglich halten.

AnsprechpartnerInnen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Freien Archive im Hinblick auf finanzielle Unterstützung sind zuerst die jeweiligen Landkreise, Städte und Gemeinden. Im Interesse der kulturellen Identität ihrer Kommune, ihrer Region obliegt ihnen die Förderung der Initiativen vor Ort.

Doch dürfen die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht alleingelassen werden. Auch die einzelnen Bundesländer und der Bund stehen hier in der Pflicht. Da die Freien Archive nicht nur über alle Bundesländer verstreut sind, sondern ihre Aufgaben sehr oft landes- und bundesweit verstehen und erledigen, liegt es nahe, die Gemeinschaftsgremien bzw. -institutionen des Bundes und der Länder in die Verantwortung zu nehmen.

Flankierend dazu ist die Errichtung einer Stiftung notwendig, die als zentrale Auffanginstitution für diejenigen Archive bereitsteht, die vor der Auflösung stehen.

5 Rezensionen

Vorgeschichte der Gegenwart

Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom



Das 2008 in erster Auflage erschienene Buch von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael «Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970» hat offensichtlich ein Bedürfnis der Zeithistoriker/innen erfüllt. Etwa zeitgleich hat Konrad Jarausch sein Buch «Das Ende der Zuversicht?»¹ herausgegeben, das man als parallele Veröffentlichung verstehen kann. Weitere Bücher nahmen den «Boom» oder den «Strukturbruch» in den Titel auf, besonders ausdrücklich der von Knud Andresen, Ursula Blitzegeio und Jürgen Mittag herausgegebene Band «Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren».² Die intensive Rezeption und überwiegend zustimmende Aufnahme von «Nach dem Boom» beruht einerseits darauf, dass

die Studie den Horizont der Zeitgeschichte um ein Jahrzehnt näher an die Gegenwart geschoben hat. Zum anderen haben die Autoren Zeitgeschichte als Problemgeschichte der Gegenwart konzipiert. Der Hauptgrund für das große Interesse an «Nach dem Boom» dürfte aber darin zu sehen sein, dass Doering-Manteuffel und Raphael eine Brücke von der soziologischen Gegenwartsanalyse zur Zeitgeschichtsschreibung geschlagen haben. «Modernisierung», «Postindustrielle Gesellschaft», «Wertewandel», «Risikogesellschaft», «Postmoderne», «Finanzmarkt-Kapitalismus» u.a.m. waren die Stichworte, die sie aufgenommen haben. Dieser Weg wird jetzt fortgesetzt. Der nun vorliegende Band dokumentiert die Fortschritte im gemeinsamen Gespräch von Sozialwissenschaften und Geschichtswissenschaft über die Vorgeschichte der Gegenwart, wobei als Gesprächspartner vielleicht als erster Streeck³ zu nennen wäre.

- 1 Konrad Jarausch (Hg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008.
- 2 Bonn: Dietz Nachf. 2011.
- 3 Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin: Suhrkamp 2013.

Auch die Geschichtsschreibung über die Grünen ist von dem ersten, gar nicht sehr umfangreichen Band entschieden beeinflusst worden. Die in den letzten Jahren erschienenen Dissertationen von Silke Mende⁴, Saskia Richter⁵ und Birgit Metzger⁶ haben sich alle drei direkt auf den von Doering-Manteuffel und Raphael ausgearbeiteten Strukturbruch als den zeitgeschichtlichen Ort der Genese der Grünen bezogen. Dabei blieb die Verbindung zwischen den aufeinander bezogenen Elementen, hier der Strukturbruch der bisherigen kapitalistischen Ordnung einschließlich ihrer in den oben genannten Stichworten adressierten kulturellen Dimensionen, dort der Wandel des Parteiensystems, vage genug, dass Zweifel an diesem Zugang zur Historisierung der Grünen bestehen bleiben mussten. Es ist gar nicht so einfach, den hypostasiierten Zusammenhang dicht zu beschreiben, auch wenn er grundsätzlich schwerlich bestritten werden kann. Der Strukturbruch des liberalen Industriekapitalismus und der Durchbruch der politischen Ökologie fallen in der Tat weitgehend zusammen. Darauf beruht – neben dem Interesse an sich an dem vorliegenden Band mit seinen zwanzig Beiträgen, die vier Dimensionen des Strukturbruchs vertiefen – das besondere Interesse aus einer grünen Perspektive.

Der erste Gesamteindruck ist, dass der Strukturbruch der 1970er Jahre durch die neuen Beiträge einerseits vertieft wird, andererseits aber auch relativiert wird, was damit zusammenhängt, dass das Leitmotiv nicht mehr so sehr der Strukturbruch ist als vielmehr der Ansatz einer Problemgeschichte der Gegenwart. Seit dem Erscheinen von «Nach dem Boom» im Jahre 2008, schreiben Doering-Manteuffel und Raphael in der Einleitung, seien Beiträge erschienen, die die Grundlage der gegenwartsnahen Zeitgeschichte erheblich erweitert hätten und die die jüngste Vergangenheit präziser und nuancierter erscheinen ließen. Durch sie sei der Zeithorizont einer Problemgeschichte der Gegenwart in einigen Fällen, also explizit nicht in allen Fällen, deutlich ausgeweitet worden. Anders ausgedrückt gibt es also Sektionen der Zeitgeschichtsschreibung, für die die Kontinuität mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts oder des 19. und 20. Jahrhunderts von vitalerem Interesse ist. Die Problemgeschichte der Gegenwart umfasst deshalb eine weniger klar abgegrenzte Epoche und greift so weit zurück, wie dies nach Sachlage der Probleme geboten scheint. Dadurch kommt eine Vielzahl von Eigenzeitlichkeiten autonomer Handlungsfelder ins Blickfeld. Das ist sehr überzeugend. Die Herausgeber wollen damit aber nicht die Zäsur der 1970er Jahre aufgeben. Der Strukturbruch der 1970er Jahre bleibt in seiner Bedeutung für den Epochenzusammenhang bestehen, was aber neu ins Blickfeld kommt, ist die Binnendifferenzierung der jüngsten Vergangenheit seit den 1970er Jahren, wobei die Herausgeber in Übereinstimmung mit dem Modell des Strukturbruchs eher geneigt sind, die Jahre nach 1995 mit den Krisen der Globalisierung für eine Binnenzäsur hervorzuheben als die friedlichen Revolutionen von 1989/90.

-
- 4 Silke Mende, «Nicht rechts, nicht links, sondern vorn». Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München: Oldenbourg 2011.
 - 5 Saskia Richter, Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, München: DVA 2010.
 - 6 Birgit Metzger, «Erst stirbt der Wald, dann du!» Das Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978–1986), Frankfurt/New York: Campus 2015.

Die Entscheidung für eine bevorzugte Binnenzäsur in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre anstelle der Wiedervereinigung von 1990 hat natürlich mit der Gewichtung der Fragestellungen in der «Vorgeschichte der Gegenwart» zu tun. Dabei liegt das Schwergewicht wie schon in «Nach dem Boom» eindeutig auf der Entwicklung der Wirtschaft bzw. des Wirtschaftsmodells. Dem Wandel der Arbeitswelt seit den 1980er Jahren hatten schon die Herausgeber von «Nach dem Boom» eine «revolutionäre Qualität» zugeschrieben. Elf der 20 Beiträge gehen dem «epochalen Formwandel des kapitalistischen Produktionsregimes» nach, differenziert nach den Sektionsüberschriften «Formwandel und Strukturbrüche der Arbeit» und «Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zwischen Kontinuität und Bruch». Das Spektrum der Beiträge reicht hier von der Frauenerwerbsarbeit bis zur Standortkonkurrenz in der Chemieindustrie. Die beiden anderen Sektionen, «Von der Konsum- zur Konsumentengesellschaft» und «Zeithorizonte und Zeitdiagnosen», finden immer wieder Anschluss an diesen Schwerpunkt. So untersucht Dennis Eversberg, um nur das einschlägigste Beispiel für einen solchen Rekurs zu nennen, die Veränderungen im sozialen Feld des Arbeitsmarkts.⁷

Wer sich bevorzugt für die Debatte zwischen Historie und Soziologie interessiert, wird vor allem in der letzten Sektion «Zeithorizonte und Zeitdiagnosen» fündig werden. Die hier versammelten Beiträge diskutieren sozialwissenschaftliche Theorien des Poststrukturalismus und der Zukunftsforschung, Theorien vom Ende der Geschichte und andere. Diese Beiträge sind schon deshalb wichtig, weil ohne Debatte die sozialwissenschaftlichen Theorien gleichsam normativ dastehen. Durch die Debatte werden sie geerdet. Dabei ist erstaunlich zu sehen, wie die Aussagen der oben aufgelisteten Theorien, die im Hauptteil von «Nach dem Boom» behandelt worden waren, hier relativiert werden. Viele der sozialwissenschaftlichen Theorien, die den Strukturbruch der 1970er Jahre analysieren, sind zugegebenermaßen auch innerhalb der Soziologie längst relativiert worden. Trotzdem sind die hier vorgelegten Aufsätze auch aus der speziellen grünen Perspektive, also im Zusammenhang mit der Historisierung des Kontextes, in dem die Grünen entstanden sind, sehr zur Lektüre empfohlen.

Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, Thomas Schlemmer (Hg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016.

⁷ Dennis Eversberg, Destabilisierte Zukunft. Veränderungen im sozialen Feld des Arbeitsmarkts seit 1970 und ihre Auswirkungen auf die Erwartungshorizonte der jungen Generation, in: Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, S. 451–474.

Erst stirbt der Wald, dann du!

Das Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978–1986)



«Wenn die Bäume sterben, werden die Menschen nicht leben. Es stirbt nicht nur der deutsche Wald – noch verlieren wir ihn erst Hektar um Hektar. Eben-soviel wie die Gesamtfläche der Bundesrepublik beträgt, verlieren wir alle zwei Jahre an tropischem Regenwald und in etwas mehr als einem Jahr an Ackerkrume. Letzten Endes wird es der Bombe nicht mehr bedürfen, um uns selbst auszulöschen», heißt es im Wahlaufwurf der Grünen zur Bundestagswahl 1983. So, oder so ähnlich äußerten sich alle Parteien und machten das «Waldsterben» zum Gegenstand ihres Wahlkampfes. Das Thema entwickelte sich in der Bundesrepublik zwischen 1983 und 1985 zum Problem höchster politischer Priorität. Es bestand Einigkeit über die Notwendigkeit zur «Rettung des Waldes», wie das

1983 beschlossene Aktionsprogramm der Bundesregierung hieß. Die Medien berichteten fast täglich über die Schäden an den Bäumen und es wurden öffentliche Debatten um Gegenmaßnahmen geführt.

Die Katastrophenprognose und die hochemotionale Debatte darüber stehen im Mittelpunkt der Dissertation von Birgit Metzger, «Erst stirbt der Wald, dann du! Das Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978–1986)», die 2015 als Buch erschienen ist. Die zentrale Frage lautet: «Wie und warum führte die westdeutsche Gesellschaft Anfang der 1980er Jahre eine so intensive Debatte über das Waldsterben?» Um diese Frage zu beantworten, wählt Metzger einen akteurszentrierten Ansatz. Sie schaut sich an, wie Förster, Forstwissenschaftler, Umweltschützer und Politiker mit dem Thema umgegangen sind. Dabei begreift Metzger die Auseinandersetzung um das Waldsterben als einen Schlüsseldiskurs zum Verständnis des gesellschaftlichen Wandels und ordnet diesen in den Kontext des «Strukturbruchs» der 1970er Jahre ein¹. Die Studie betritt, wie die Autorin selbst formuliert, Neuland, da die Historisierung

1 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2010; dies. (Hg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016.

der 1980er Jahre noch nicht im großen Stile begonnen hat. Die meisten umwelthistorischen Studien hören mit der Feststellung des gesellschaftlichen Umbruchs der 1970er Jahre auf.

Am Anfang beschreibt die Autorin den gesellschaftspolitischen Kontext, wie Umwelt und Umweltschutz in den Blick der staatlichen Politik gerieten und Ende der 1960er Jahre zu einem eigenständigen Rechts- und Politikbereich wurden. Trotz der eher defensiven Umweltpolitik des Staates kann um 1970 von einer «ökologischen Wende» gesprochen werden, die den Rahmen für die Debatte um die neuartigen Schäden an den Bäumen bildete. Als Vorläufer der Waldsterbensdebatte beschreibt Metzger die Diskussion um die Luftverschmutzung, die in den 1970er Jahren in der Öffentlichkeit geführt und vor allem hinsichtlich der Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit behandelt wurde. Dabei spielte der Wald bis 1979 selbst keine wichtige Rolle. Das änderte sich, als Ende der 1970er Jahre Wissenschaftler innerhalb kürzester Zeit Veränderungen an Waldbäumen, vor allem an Buchen, Douglasien und Fichten feststellten. Es kam zu ersten Veröffentlichungen von Forstwissenschaftlern und im September 1979 formulierte der Deutsche Forstwirtschaftsrat (DFWR) den berühmten Satz «Stirbt der Wald, so stirbt der Mensch!».

Baumschäden und Luftschadstoffe, mit besonderem Fokus auf Schwefeldioxid, wurden von immer mehr Akteuren thematisiert, so dass Metzger vom Beginn der Waldsterbensdebatte im Jahr 1982 spricht. Ihren Höhepunkt erreichte sie 1985. Bilderreihen bzw. Schadbilder, die in den Medien, aber auch in Gutachten und bei Anhörungen gezeigt wurden, führten damals die Schäden plastisch vor Augen. Unmittelbar zum Politikberatungsprozess dazu gehörten auch Exkursionen, wie beispielsweise eine Reise in den Schwarzwald als Teil der Anhörung des Innenausschusses des Bundestages im Herbst 1983. Darüber, dass die Luftverschmutzung eine wesentliche Rolle bei dieser Katastrophe spielte, waren sich die Wissenschaftler durchaus einig, kontrovers wurden dennoch die Ursachenzusammenhänge behandelt. So wurde die Erforschung der Waldschäden durch die Bundesregierung im großen Umfang gefördert und seit 1983 erscheint jährlich ein Waldschadensbericht.

Die Politisierung des Waldsterbens führte, so Metzger, zu zwei Ergebnissen: erstens zu politischen Maßnahmen zur Luftreinhaltung wie der Großfeuerungsanlagenverordnung, und zweitens zum Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 (S. 351–358). Sie stellt ebenfalls fest, dass alle Parteien von den Grünen bis zur CDU/CSU das Waldsterben in ihren Wahlprogrammen behandelten und zum Gegenstand ihres Wahlkampfes machten.

Ein eigenes Kapitel widmet die Autorin der semantischen und begriffsgeschichtlichen Analyse. Der zentrale Begriff «Waldsterben» war sowohl ein forstlicher Fachbegriff als auch «Kristallisationspunkt der Emotionalität dieses Themas und apokalyptischer Zukunftsängste» (S. 367). Besonders interessant ist Metzgers Darstellung der kulturellen Dimension des Waldsterbensdiskurses, den sie als die Gesamtheit der Aussagen zum Waldsterben definiert. «Denn der Wald fungierte zugleich als Symbol für die deutsche Kultur und die deutsche Nation. Beschwörungen des Waldmythos, wie er im 19. Jahrhundert geprägt worden war, waren in der Walddebatte der 1980er Jahre fast omnipräsent [...]» (S. 434) Als These kann hier festgehalten

werden, dass die Waldsterbensdebatte auf der einen Seite den westdeutschen Identitätsdiskurs und auf der anderen Seite die Selbstverständigungsdebatte einer Industriegesellschaft auf dem Weg hin zu einer möglichen «ökologischen Modernisierung» berührt.

Als letztes geht Metzger auf «Umweltbewegung, Protest und Alltagskultur» ein. Wünschenswert wäre an dieser Stelle eine stärkere Argumentation. Die Aussage, dass die Waldsterbensdebatte «seit ihren Anfängen durch Aktivitäten der Umwelt- und Naturschutzverbände sowie der Bürgerinitiativen geprägt» war (S. 514), reicht leider für eine überzeugende Erzählung nicht aus. Die Vielfalt der Aktionsformen und die Heterogenität der Umweltbewegung werden in diesem Kapitel überzeugend geschildert, daraus aber auf eine «Ökologisierung der westdeutschen Gesellschaft» (S. 582) zu schließen, kann methodisch so nicht stichhaltig begründet werden.

Die Autorin verzichtet auf eine Positionierung in der wenig gewinnbringenden Frage, ob es nun tatsächlich das Waldsterben gegeben habe oder nicht. Denn bis heute, und vor allem, weil die Katastrophe nicht eingetroffen ist, ist die Debatte über den Realitätsgehalt der Waldsterbensprognose durchaus offen. Ob es nun ein Ausdruck einer apokalyptischen Fiktion war, wie von Joachim Radkau² bezeichnet, oder ob die Bäume tatsächlich nah daran waren, in unmittelbarer Zukunft abzusterben, ist für die Betrachtung des Diskurses an sich und der Perspektive, die Metzger gewählt hat, zweitrangig. Sie schaut sich in erster Linie den chronologischen Ablauf des Krisenszenarios von seiner Entstehung über seine Höhepunkte bis hin zum Abflachen des Diskurses an. Dabei ist unverständlich, und für die Lesbarkeit der Studie eher hinderlich, dass Metzger sich so ausgiebig mit den Positionen der Experten beschäftigt und dabei beinahe jede forstwissenschaftliche Publikation erwähnt. Dagegen bleiben andere relevante Akteure entweder unterbeleuchtet, wie die Parteien, oder absolut unbehandelt, wie die Öffentlichkeit bzw. Bevölkerung.

Außerdem stellt Metzger in ihrer Einleitung eine Reihe von Leitfragen auf, die keinerlei Auswirkung auf Struktur und Darstellung ihrer Arbeit haben, sondern lediglich als rhetorische Figuren verwendet werden. Die Frage, warum ausgerechnet die Wälder so viel Aufmerksamkeit erhalten haben und so viele Akteure sich erfolgreich mit diesem Thema auseinandergesetzt haben, bleibt nach der Lektüre leider offen. Dabei gehört die Frage, wie und warum in der Umweltthematik Prioritäten generiert werden, zu den spannendsten Fragen der Umweltgeschichte.

Birgit Metzger, *Erst stirbt der Wald, dann du! Das Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978–1986)*, Frankfurt/Main: Campus Verlag, 2015.

2 Vgl. Joachim Radkau, *Die Ära der Ökologie*, München 2011, S. 45, 137.

Deutschland in Grün

Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte



In Deutschland wird recycelt, Biosupermärkte sind aus größeren Städten nicht mehr wegzudenken und die meisten Menschen wissen ganz genau, welchen ökologischen Fußabdruck ihre Fernreisen hinterlassen. Der Atomausstieg ist parteiübergreifend Konsens und die Energiewende wird unter heftigen Diskussionen vorangetrieben. Auf all das sind die meisten Menschen in Deutschland stolz und werden dafür oft von ihren europäischen Nachbarn bewundert.

Das «Ökologische» gehört zwar mittlerweile selbstverständlich zu Deutschland und fast kann man davon sprechen, dass sich die Deutschen im Ökologischen mit ihrer Nation versöhnt haben, in dem sie hier einen Patriotismus gefunden haben, der niemanden ängstigen muss, dennoch ist die Umweltgeschichte Deutschlands

nur eine zwiespältige Erfolgsgeschichte (S. 11).

Diese fast provokant wirkende «Ökobilanz» für Deutschland stellt Frank Uekötter in seiner neuesten Überblicksdarstellung zur Umweltgeschichte auf. Der Autor unternimmt hier den Versuch, sich seinem Forschungsgegenstand von außen, aus dem Blickwinkel seiner jüngsten Erfahrungen an der englischen Universität von Birmingham zu nähern, wo er geisteswissenschaftliche Umweltforschung lehrt. Selbst- und Fremdwahrnehmung Deutschlands als ökologischem Musterland müssten kritisch hinterfragt werden, neue Forschungen – besonders für die Zeit ab den 1970er Jahren – und veränderte politische Debatten eingearbeitet werden, so sein Anliegen. Gleichzeitig geht es Uekötter als politisch engagiertem Historiker darum, deutlich zu machen, dass die Geschichte des Ökologischen in Deutschland nicht unkritisch als lineare Erfolgsgeschichte beschrieben werden kann. Uekötter will vor allem den historischen Rückblick für die aktuelle Debatte über Klimawandel, Ressourcenverbrauch, Energiewende und das Schwinden der Artenvielfalt nutzbar machen. Er will realistisches politisches Entwicklungspotenzial aufzeigen und den Grundstock für eine ökologische Realpolitik (S. 224) legen.

Uekötter arbeitet chronologisch-systematisch das Forschungsmaterial für seine ökologische Gesamtschau auf. Einleitend stellt er ausführlich dar, dass es ihm um die

fundierte Verbindung von «Umweltgeschichte mit politischer Umweltzukunft im 21. Jahrhundert» geht. Im bilanzierenden Kapitel geht er den Perspektiven für eine ökologische Realpolitik im 21. Jahrhundert nach. Innerhalb dieses Rahmens arbeitet er die umweltgeschichtlichen Debatten und Entwicklungen vom Kaiserreich bis heute auf. Die beiden Phasen, in denen ökologische Themen sich global strukturierten bzw. neu strukturierten (1945–1973 und 1987–1992), werden, ebenso wie die geschichtswissenschaftlichen Erklärungen für die ökologische Revolution in den 1970er Jahren, gesondert untersucht. Darüber hinaus liefert er eine kenntnisreiche Darstellung der Umweltgeschichte der DDR und kontrastiert die Entwicklungen im sowjetisch geprägten Osten mit denen im Westen.

Innerhalb dieser Grobsystematik setzt Uekötter einen Mix aus soziologischen und politikwissenschaftlichen Methoden ein, wobei seine Arbeit schwerpunktmäßig auf der 3-Felder-Methode Pierre Bourdieus fußt: Er untersucht die staatliche Politik, die Zivilgesellschaft und die lebensweltlichen Äußerungen des Ökologischen. Diesen drei Feldern stellt er die Wissenschaft und die Medien an die Seite und entlehnt aus der Politikwissenschaft das Konzept der akteursbezogenen Handlungskapazitäten.

Uekötter zeichnet keine lineare umwelthistorische Erfolgsgeschichte nach. Nach seiner Lesart verläuft die Geschichte in konjunkturellen Auf- und Abschwüngen und ihr Ausgang ist offen, ja muss offen sein. Denn alles, was als umweltrelevant gilt, und das gilt besonders für demokratische Systeme, wird in einem ständigen Prozess zwischen vielen unterschiedlichen Akteur/innen unter sich ändernden nationalen wie globalen Rahmenbedingungen ausgehandelt. Auch wenn nicht eindeutig von einem erfolgreichen grünen Deutschland gesprochen werden kann, so ist der besondere Ruf Deutschlands doch nicht ganz unberechtigt, denn in den 1980er Jahren erlebten umweltpolitische Themen in der BRD einen unvergleichlichen Boom, von dessen Erbe Deutschland vielleicht noch eine Weile zehren könnte. Selbst die Wiedervereinigung und die Öffnung des Ostens, die die ökologische Hinterlassenschaft des Sozialismus deutlich werden ließen, die beiden rot-grünen Bundesregierungen und die Atomkatastrophe von Fukushima haben Umweltthemen nicht noch einmal vergleichbar prominent platzieren können. Heute ist offen, herrscht zuweilen sogar Ratlosigkeit darüber, was das Ökologische eigentlich ist. Politisches Potenzial, und dies fundiert er in seiner historischen Erzählung gut, liegt in einer ökologischen Debatte über die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten sollten. Hier können sich Impulse für ein neues ökologisches Denken und Handeln entwickeln.

Es gelingt Uekötter, das deutsche Profil durch die Kontrastierung mit Debatten und Entwicklungen in anderen Ländern zu schärfen. Darüber hinaus stellt er die Verschränkungen von nationalstaatlichen mit europäischen und globalen Handlungsrahmen überzeugend da. Er schildert den umweltpolitischen Kompetenzzuwachs der EU und der Weltgemeinschaft im Rahmen der UN-Verträge. Der von ihm versprochene Wechsel des Blickwinkels, vom westlichen, industrialisierten Ausland auf die Umweltgeschichte Deutschlands zu schauen, hätte allerdings viel deutlicher ausfallen können. Sein Fokus bleibt Deutschland. Der versprochene Blick von außen bleibt punktuell. Seine kenntnisreiche Beschreibung der DDR-Umweltgeschichte und der Herausforderungen durch die deutsche Vereinigung bilden hier eine Ausnahme.

Hier legt er die Grundlage für einen fundierten Vergleich und arbeitet deutlich heraus, wie groß die Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten beider Systeme und Gesellschaften waren.

Uekötter bildet mit «Deutschland in Grün» den aktuellen Forschungsstand ab. Alle wichtigen Untersuchungen, Kontroversen, ja selbst politischen Funktionalisierungen von Forschungen sind eingearbeitet, souverän und gut leserlich präsentiert. Hier sei besonders auf das Kapitel zur DDR-Umweltgeschichte «Raubtierkapitalismus im Dienste des Realsozialismus» hingewiesen. Uekötter gelingt es zudem sehr gut, umwelthistorische Forschungsfragen mit denen der allgemeinen Zeitgeschichte zu verzahnen und dadurch Möglichkeiten für die Fortentwicklung beider Disziplinen aufzuzeigen und die Umweltgeschichte innerhalb der Zeitgeschichte besser zu positionieren. Wer sich diesbezüglich auf den neuesten Stand bringen möchte, dem ist die Lektüre von «Deutschland in Grün» zu empfehlen.

Eine solche umfassende deutsche Umweltgeschichte kann allerdings keine historischen Fallstudien liefern. Wer sich mit einzelnen Themen intensiver beschäftigen will, muss andere Arbeiten zu Rate ziehen. So setzt eine gewinnbringende Lektüre dieses Buches einigermaßen informierte Leserinnen und Leser voraus.

Frank Uekötter, Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2015.

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Christoph Becker-Schaum ist Historiker und leitet das Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung.

Sophie Lange ist Historikerin und erschloss gemeinsam mit Christoph Becker-Schaum den Bestand Martin Schmidt. Zurzeit arbeitet sie am Berliner Kolleg Kalter Krieg und promoviert an der Humboldt-Universität zu Berlin zum Thema «Deutsch-deutsche Umweltbeziehungen im inter- und transnationalen Kontext».

Anastasia Surkov ist Historikerin und Mitarbeiterin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie promoviert zur Problematik des Antisemitismus im zaristischen Vielvölkerimperium am Institut für Geschichte Osteuropas der Humboldt-Universität zu Berlin.

Anne Vechtel ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Archivarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung.

Elsbeth Zylla ist Germanistin und Politikwissenschaftlerin und seit 1993 in unterschiedlichen Berufsrollen für die Heinrich-Böll-Stiftung tätig, aktuell im Studienwerk. Publizistische Aktivitäten, u.a. die Herausgabe des Briefwechsels zwischen Heinrich Böll und Lew Kopelew (2010).

1 Beiträge zur Zeitgeschichte Interview mit **Lukas Beckmann** «In Friedens- und Menschenrechtsfragen geht es um Loyalität von Bürgern unterschiedlicher Systeme und verschiedener Staaten» Interview mit **Mechtild M. Jansen** «Das war mir immer wichtig, die unterschiedlichen Realitäten in meiner Bildungsarbeit zusammenzukriegen» **Elsbeth Zylla** Jürgen Fuchs und die Kölner Heinrich-Böll-Stiftung
2 Das historische Dokument Das föderative Stiftungsmodell **Kommentar: Anne Vechtel** **3 Archivbestände** **Sophie Lange** Der Nachlass Martin Schmidt **Anastasia Surkov** Die Akten des hessischen Landesverbandes der Grünen **Christoph Becker-Schaum** Der Archivbestand der Berliner AUD (1964–1989) **4 Archivprojekte** **Christoph Becker-Schaum** Zum Abschluss der Edition der Fraktionssitzungen «Die Grünen im Bundestag 1983–1990» **Christoph Becker-Schaum** Jürgen Fuchs: «Sagen, was ist». Diktatur als grenzüberschreitende Erinnerungslandschaft **Positionspapier des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare** Zur Zukunft der Archive von Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen **5 Rezensionen** **Christoph Becker-Schaum** Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom **Anastasia Surkov** Erst stirbt der Wald, dann du! Das Waldsterben als westdeutsches Politikum **Anne Vechtel** Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte